

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte

Die pragmatischen Deutschen

Zum Staats- und Nationalbewußtsein in Deutschland

Roland Habich/Detlef Landua/Wolfgang Seifert/Annette Spellerberg

„Ein unbekanntes Land“ – Objektive

Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden  
in Ostdeutschland

Dieter Fuchs/Hans-Dieter Klingemann/Carolin Schöbel

Perspektiven der politischen Kultur  
im vereinigten Deutschland

Eine empirische Studie

B 32/91

2. August 1991

Werner Weidenfeld, Dr. phil., geb. 1947; Professor für Politikwissenschaft an der Universität Mainz; seit 1987 außerdem Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit. – Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Die Identität der Deutschen, Bonn–München 1983; Der deutsche Weg, Berlin 1990.

Karl-Rudolf Korte, Dr. phil., geb. 1958; Politikwissenschaftler an der Universität Mainz (Abt. Internationale Politik), seit 1986 stellv. Leiter der Forschungsgruppe Deutschland. – Veröffentlichungen u. a.: Der Standort der Deutschen, Köln 1990; Die Bundesrepublik Deutschland im Spiegel ihrer erzählenden Literatur, München 1991.

Roland Habich, Dipl.-Soz., geb. 1953; Koordinator der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) für Sozialforschung (Leitung: Prof. Dr. Wolfgang Zapf). – Zahlr. Veröffentlichungen in der Wohlfahrts- und Sozialstrukturforschung, zuletzt: (mit H.-H. Noll) Individuelle Wohlfahrt. Vertikale Ungleichheit oder horizontale Disparitäten?, in: Soziale Welt, Sonderband 7, 1990.

Detlef Landua, Dipl.-Soz., geb. 1959; Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des WZB. – Zahlreiche Veröffentlichungen zur Wohlfahrtsforschung, zuletzt: Möglichkeiten längsschnittorientierter und kontextbezogener Auswertungsverfahren für die Analyse subjektiver Einstellungsdaten, in: PVS, (1991)1.

Wolfgang Seifert, Dipl.-Soz., geb. 1959; Doktorand in der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des WZB. Arbeitsschwerpunkt: soziale Lage von Gastarbeitern in Westdeutschland.

Annette Spellerberg, Dipl.-Soz., geb. 1960; Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des WZB. – Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit A. Klocke) Aus zweiter Hand. Eine sozialwissenschaftliche Untersuchung über den Second-Hand-Markt Berlins, 1990.

Dieter Fuchs, Dr. phil., geb. 1946; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am WZB. – Veröffentlichungen u. a.: Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1989; (Mithrsg.) Continuities in Political Action, Berlin–New York 1990.

Hans-Dieter Klingemann, Dr. rer. pol., geb. 1937; Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin, Direktor der Abteilung „Institutionen und Sozialer Wandel“ am WZB. – Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Max Kaase): Wahlen und politisches System, Opladen 1983; Wahlen und politischer Prozeß, Opladen 1986; Wahlen und Wähler, Opladen 1990.

Carolin Schöbel, Dipl.-Pol., geb. 1964; Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Die Verarbeitung von Krisenfaktoren im soziopolitischen System Berlins“ (Berlin-Projekt 1990) am WZB.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Die pragmatischen Deutschen Zum Staats- und Nationalbewußtsein in Deutschland

## I. Vorbemerkungen

Wie denken die Deutschen über sich selbst? Welches Bild haben die West- und Ostdeutschen von ihrem Staat und ihrer Nation? Wie definieren sie ihren Standort? Welches Verständnis haben sie von Politik und Kultur, von Heimat und Europa? Diese Fragen zum Profil der Nation besitzen durch den Prozeß der deutschen Einheit ein neues Gewicht. Zuverlässige Antworten sind gefragt.

In einer ersten umfassenden, systematischen Darstellung von empirischen Forschungsergebnissen der bis zum Frühjahr 1991 erhobenen Daten, Befunde und Argumentationslinien zum Staats- und Nationalbewußtsein in Deutschland ermittelten wir zentrale Merkmale der aktuellen Schichten von Gemeinschaftsorientierungen in Deutschland<sup>1</sup>). Die neuen Ergebnisse hängen jedoch nicht nur ursächlich mit dem Prozeß der Einheit und der Einbeziehung der Ostdeutschen in das Gesamtprofil der Deutschen zusammen. Der Reiz und die Originalität der Untersuchung liegen in der Verbindung der verschiedenen Schichten unserer Selbstwahrnehmung: Die Einstellungen zum Staat und zur Nation werden mit Alltagseinstellungen in zentralen Lebensbereichen verknüpft. Die komplizierten Dimensionen unserer Gemeinschaftsorientierung vom Kleinen zum Großen, vom Individuellen zum Kollektiven, vom Privaten zum Öffentlichen kommen so zum Vorschein. Aus ihnen setzt sich insgesamt das Profil der Nation zusammen<sup>2</sup>). Viele Reaktionen im Umfeld der Diskussion um die Einheit Deutschlands erhalten so ihre verständliche Einordnung. Zahlreiche weiterführende Überlegungen zur neuen Rolle der Deutschen in Europa bauen auf den Schichten des Gesamtprofils der Deutschen auf.

Die Einstellungen im vereinten Deutschland sind differenziert. Auch die methodisch-analytischen Zugänge zum Datenmaterial West und Ost können nicht als gleichgewichtig gewertet werden. Zuverlässige und langfristige Trendbeobachtungen aus jahrzehntelang erhobenem empirischen Datenmaterial sind nur für Westdeutschland möglich. Die Daten aus Ostdeutschland sind eher punktuell zu betrachten und erfassen in dichter Form erst den Zeitraum seit Herbst 1989<sup>3</sup>); Quantifizierungen sind daher nur höchst sensibel vorzunehmen. Anders verhält es sich jedoch im Bereich qualitativ gewonnener Einstellungsdaten. Die Befindlichkeiten der Deutschen in den neuen Bundesländern, ihre Hoffnungen, Befürchtungen, Einstellungen sind mit diesen qualitativ unterstützenden Methoden durchaus prägnant herauszufiltern. In Kombination mit quantifizierbaren Umfrageergebnissen sind die Interpretationen durchaus aufschlußreich<sup>4</sup>).

<sup>3</sup>) Vgl. zum Datenbestand: Roland Habich u. a., Geringe Lebenszufriedenheit in der ehemaligen DDR, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Nr. 5, Januar 1991, S. 1-4, dort sind einige Ergebnisse wiedergegeben zu a: Basiserhebung DDR 1990, bei der das sozio-ökonomische Panel auf das Gebiet der ehemaligen DDR im Juni 1990 ausgedehnt wurde, b: Wohlfahrtsurvey 1990 Ost, bei dem eine Replikation des bundesrepublikanischen Wohlfahrtsurveys im Oktober/November 1990 in der ehemaligen DDR durchgeführt wurde; ausführlicher dazu Detlef Landua u. a., Der lange Weg zur Einheit. Unterschiedliche Lebensqualität in den „alten“ und „neuen“ Bundesländern, in: Wissenschaftszentrum Berlin, Arbeitspapiere aus der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, P 91-101, Berlin 1991; weitere Ost-West-Vergleiche: Das Profil der Deutschen. Was sie vereint, was sie trennt, in: Spiegel-Spezial, Nr. 1/1991, dort sind Umfrageergebnisse von EMNID und des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung zusammengestellt; außerdem: Deutschland 2000. Erwartungen und Hoffnungen der Deutschen in Ost und West. Eine repräsentative Befragung ab 14 Jahren. Ein Bericht der Infratest Kommunikationsforschung, München 1990; IPOS, Meinungen zu Europa in der DDR, Mannheim 1990.

<sup>4</sup>) Vgl. hierzu unsere sowohl qualitativ als auch quantitativ gewonnenen Ergebnisse des Forschungsprojektes Geschichtsbewußtsein in Deutschland der Forschungsgruppe Deutschland in Kooperation mit SINUS (Heidelberg), ZUMA (Mannheim): Werner Weidenfeld/Felix Ph. Lutz, Forschungsbericht zum Geschichtsbewußtsein in Deutschland, Mainz 1991; ergänzend SINUS, Geschichtsbewußtsein in der ehemaligen DDR. Qualitative Untersuchung im Auftrag der Forschungsgruppe Deutschland, Heidelberg 1991.

*Der Beitrag ist ein überarbeiteter Vorabdruck aus dem in Kürze im Verlag Klett-Cotta erscheinenden Buch: Werner Weidenfeld und Karl-Rudolf Korte, Die Deutschen – Profil einer Nation, Stuttgart 1991.*

<sup>1</sup>) In unserer umfangreichen Gesamtuntersuchung „Die Deutschen – Profil einer Nation“ sind die konkreten empirischen Einzelbelege zu den folgenden Ergebnissen präzisiert.  
<sup>2</sup>) Grundsätzlich dazu Werner Weidenfeld (Hrsg.), Die Identität der Deutschen, München 1983; Ders., Der deutsche Weg, Berlin 1990.

Doch welche Gemeinschaftsorientierung, welches Profil haben die Deutschen? Um dies zu beantworten, betten wir den Kernbereich der Einstellungen zum Staat und zur Nation in einen zweifachen Kontext ein; denn Staats- und Nationalbewußtsein sind nur Varianten eines allgemein gesellschaftlichen Bewußtseins:

- Wir fragen nach den Grunddispositionen in ausgewählten zentralen Lebensbereichen wie

Ehe und Familie, Arbeitswelt und Freizeit, nach Technikakzeptanz und Umweltschutz; Kirche, Religion und Gesellschaft; der Lebenszufriedenheit und dem Sicherheitsbedarf.

- Wir fragen nach regionalen, europäischen, transnationalen Einstellungsprofilen.

Erst dieses Umfeld erschließt die eigentliche Dimension des Profils der Deutschen.

## II. Ambivalente Grunddispositionen

Zur Beantwortung der Frage, wie die Deutschen über sich selbst denken, werden von Person zu Person andere Kriterien herangezogen. Doch trotz großer Unterschiede in der individuellen Bewertung der Lage gibt es auch Gemeinsamkeiten: Mehrheitlich stehen zunächst das eigene Befinden, die subjektiven Einstellungen und Lebensziele im Mittelpunkt. Diese Grunddispositionen wirken wie ein Filter, durch den die Aufnahme und die Bewertung der Alltagsrealität – auch des Staats- und Nationalbewußtseins – erfolgen. Den Grunddispositionen kommt deshalb eine zentrale Orientierungsleistung zu.

Bevor in einzelnen Aspekten eine Zusammenfassung der primär quantitativ erhobenen Befunde erfolgt, wollen wir zunächst ein Mosaik ausmalen. Das Groß-Puzzle läßt sich nur mit Mühe zusammensetzen, weil Vielfalt und Widersprüche dominieren. Da finden sich zunächst einmal die Jedermanns, die gerade auf der Suche nach einem Gleichgewicht zwischen Privatem und Öffentlichem, zwischen Individuellem und Kollektivem, zwischen Beruf und Freizeit sind. Sie bevorzugen in West und Ost gleichermaßen das geordnete, harmonische Familienleben, halten traditionelle Werte wie Ordnung, Sauberkeit, Fleiß, Sparsamkeit, Zielstrebigkeit hoch. Beschaulichkeit und Romantik verbinden die Zurückhaltung gegenüber allzuviel Neumodischem. Dennoch: Das Leistungspathos verringerte sich insgesamt, traditionelle Moralvorstellungen lockerten sich. Die Westdeutschen sind weitgehend selbstzufrieden in der saturierten Wohlstandsgesellschaft. Sie genießen und konsumieren die Freiheiten des politischen, ökonomischen und sozialen Systems, haben einen ausgeprägten Sinn für Umwelt- und Sozialverträglichkeit aller Handlungen. Man ist gerne Deutscher und zugleich stolz auf die Errungenschaften der Demokratie, zumal der Umbruch in der DDR und in ganz Osteuropa selbstbestätigend wirkte:

„Wir wußten schon immer, daß wir im besseren System leben.“

Man freut sich im Westen über die Einheit und bewundert die Revolutionsleistung der Ostdeutschen. Doch finanzielle Opferbereitschaft für die Einheit? – „Nein, das geht doch zu weit.“ Die Ostdeutschen wollen das Wirtschaftswunder in Monaten nachholen. Die komplette Westwendung verspricht Heilung – doch nur langfristig. Im Augenblick herrschen Niedergeschlagenheit, Verdrossenheit, Ziellosigkeit. Man kämpft in West und Ost gleichermaßen für lokal-regionale Belange und ist eher Zuschauer bei fernen dramatischen Aktionen. Man steht zu emanzipatorischen Anstößen und postmateriellen Lebensgenüssen, sucht allerdings den Mittelweg. Pauschal-Arrangements sind en vogue: langfristig geplant, risikolos, im vertrauten Metier, meist in Gruppen-Geborgenheit, sicherheitshalber.

Daneben, oft ohne schroffe Übergänge, wandeln die vielen bunten Typen der Stand-by-Gesellschaft: Große Bevölkerungsteile reagieren heute in allen ihren Entscheidungen spontaner und schneller, oft beliebiger, immer individuell und besonders eigenverantwortlich. Vieldeutigkeit macht sich breit. Ein rascher Wechsel von Themenkonjunkturen und unterschiedlichen, situationsspezifischen Problemwahrnehmungen ist zu beobachten. Der Umgang mit Politik wird spielerischer. Die Orientierung an Politik erscheint punktuell, situativ, kontextabhängig, erlebnis- und betroffenenorientiert.

Insgesamt ist diese Collage-Gesellschaft als Ganzes geprägt von einer Gratwanderung zwischen Individualisierung und Sicherheit. Das alles hängt mit Veränderungen im gesellschaftlichen Kontext zusammen, die richtungweisend unsere Grunddispositionen in allen Lebensbereichen – also auch dem politischen – bestimmen. Es handelt sich um

die Pluralisierung der Lebensstile und die Werte des neuen Individualismus. Gerade diese Strömungen lassen eher eine pragmatisch als idealistisch begründete Zustimmung zur Demokratie wachsen. Der Konsens im Staatsbewußtsein und der Gemeinschaftsorientierung der Deutschen muß so auf private Lebensentwürfe, auf gleichartige individuelle Zielsetzungen abzielen, weniger auf übergreifende Ideen.

Mit dem Zugewinn kreativer Lebensmöglichkeiten pochen viele auch auf einen Zugewinn an individueller Gestaltungskompetenz. Ein Identitäts-Management wird jedem abverlangt, der eine eigenwillige Verknüpfung und Kombination verschiedener Realitäten und Rollen sucht. Hierin steckt das wichtige Potential an kritischer Eigenständigkeit. Hierin verbirgt sich auch moderne, pluralistisch-demokratische Lebensweise.

Modernisierung und Krise verspüren die meisten jedoch als doppeldeutigen Prozeß: als Verlust alter Sicherheiten und sozialer Muster, denen keine neuen Eindeutigkeiten folgen. Kehrseiten zeigen sich: Der Wandel, der es ermöglichte, daß wir menschenunwürdige Abhängigkeiten abstreifen, der freier, beweglicher und offener macht, dieser Wandel strapaziert zugleich unsere Flexibilität. Es ist ein altes Thema, sich auf dem Markt der Identitätsofferten zurechtzufinden. Doch die Herausforderung ist für die meisten offenbar ein akzeptabler Preis der Demokratie.

Für die Ostdeutschen bleibt dies eine besonders schwer zu nehmende Hürde. Eine Vielzahl gleichberechtigter Optionen hat es bisher für sie nicht gegeben, und die ehemals verpflichtenden Werte haben sich innerhalb weniger Wochen als ruiniert herausgestellt.

Antworten auf diese auch modernitätsbedingten Herausforderungen und individuelle Auswege liegen oft auf unterschiedlichen Ebenen. Geschichtsbewußte Heimatnostalgie und regionale Selbstfindung sind Beispiele für Auswegsuche. Parallel dazu hat jedoch in den achtziger Jahren in Westdeutschland das Ästhetische, das Design, moderne Ersatzfunktionen übernommen. Die Eigenart des

ästhetischen Scheins suggeriert dabei meist einen einfachen Ausweg. Insbesondere die jüngere Generation schert sich wenig um die Sinnstiftungsbemühungen und verblaßten Utopien der Studentenrevolte. Individualität soll aus der Differenzierung mittels Ästhetik erwachsen. Diese Gegenbewegung zur Protestgeneration liebt die Ausstattung und das Inszenierte, das So-tun-als-ob, die Simulation.

Das Bild bleibt ambivalent: Die Deutschen lieben Mobilität und Reiselust, Erlebnishunger und bunt-kreative Selbsterfüllung. Gleichzeitig suchen sie die Sinnbefriedigung in überschaubaren Sinnzusammenhängen, nach Glück in Bindungen, die manchmal sogar in freiwillig gesuchter Pflichterfüllung gegenüber sich selbst neue Bindungswünsche offenlegt. Diese Gesamtschau aushalten und ausleben kann man nur mit einem ausgeprägten Pragmatismus. Die Profilschichten der Nation tragen deshalb das besondere Kennzeichen ‚pragmatisch‘. Die pragmatischen Deutschen rechtfertigen auch den Ansatz der Gesamtuntersuchung: Die Gemeinschaftsorientierung der Deutschen hat viele sich wechselseitig bedingende Facetten. Die Übergänge sind fließend: Auf die Politik verlagert sich der gesellschaftliche-Erwartungsdruck; lebensweltliche Argumentationsmuster bestimmen auch die Diskussion über politische Sachverhalte, also eine Bezugnahme auf subjektive Lebensformen, Werte, Bedürfnisse, Identitätsansprüche. Betroffenheits-Engagement ist Ausdruck dieser Subjektivierung von gesellschaftspolitischen Zusammenhängen. Doch demokratische politische Kultur braucht diese Verankerung in den Grunddispositionen. Nur wenn hier Raum für Verantwortung, Eigeninitiative, Selbsterfüllung und Streitkultur gegeben ist – was unsere Ergebnisse für die Deutschen durchaus bestätigen –, kann das gleiche auch in der Politik zum Tragen kommen.

Zu den zentralen, vorwiegend quantitativ ermittelten Trends in den drei Bereichen: Grunddispositionen; Bürger und Staat; Region, Nation, Europa sowie zu wichtigen Perspektiven gehören die folgenden Aspekte.

### III. Modell Deutschland

Historische Zäsuren im Selbstverständnis der Westdeutschen hingen schon immer mit Veränderungen im bzw. zum anderen Teil Deutschlands zusammen<sup>5)</sup>. Wenn mittlerweile in kürzester Zeit-

spanne die Einheit für die Deutschen in West und Ost zum alltäglichen Bestand der Selbstwahrnehmung geworden ist, dann ist dies ein wichtiger empirischer Beleg dieses Befundes. Er war in dieser Form nicht zu erwarten. Denn nie zuvor wurden zwei Staaten mit derart entgegengesetzten politischen Systemen nahezu übergangslos mitein-

<sup>5)</sup> Zur Einordnung vgl. Karl-Rudolf Korte, *Der Standort der Deutschen*, Köln 1990.

ander verbunden<sup>6)</sup>). Zu einem Zeitpunkt, als die Einheit in ihr schwieriges Stadium des Alltags tritt, ist deutlich geworden, wie stark die Kulturnation in vier Jahrzehnten weitergewirkt hat. Dennoch: Einheit bedeutet nicht Einigkeit. Verschiedene Erfahrungsbereiche und Lebensgefühle sind in jeder Gesellschaft spezifisch anders ausgeprägt gewesen. So ist mit der schnellen und willkommenen Konsumierung des Einheits-Alltags nicht nur das Ausmaß der Gemeinsamkeiten, sondern auch das der Verschiedenheit klarer geworden. Noch existieren zwei Gesellschaftsstrukturen nebeneinander in einem Land. Wie bei einem lang ersehnten Familientreffen folgt auf die erste Begrüßungseuphorie und den raschen gegenseitigen Informationsaustausch die Phase der Ernüchterung. Unterschiede und Gegensätze sind nur durch Gewöhnung bei gegenseitigem Respekt und Toleranz auszuhalten. Nur mit viel Geduld und Aufklärung kann man die mentalen Mauern abtragen, wie es 1982 Peter Schneider im Roman „Der Mauerspringer“ thematisierte: „Die Mauer im Kopf einzureißen, wird länger dauern, als irgendein Abrißunternehmen für die sichtbare Mauer braucht.“<sup>7)</sup>

Die DDR war jahrzehntelang Vergleichsgesellschaft, zu der die Bundesrepublik eine demokratische Gegen-Identität entwickelt hatte. Sie war oft legitimatorischer Kontrast zur Rechtfertigung bundesrepublikanischer Verhältnisse. Es gehörte zur Identität der Westdeutschen, daß man im besseren Deutschland lebte. Und jetzt? Was wird ohne diese Hilfe zur Selbstordnung? Kann sich die Bundesrepublik auch ohne diese Negativ-Folie definieren? Bis jetzt erweist sich, daß die neue, vergrößerte Bundesrepublik das offenbar nicht mehr nötig hat. Sie kann ganz gut ohne dieses Visavis leben. Doch langfristig muß sie vermutlich stärker als bisher eine aus sich selbst heraus definierte Standort-Identität herausarbeiten.

Das Profil der Gemeinschaftsorientierung der Westdeutschen hat sich durch den Prozeß der Einheit nicht fundamental geändert. Trotz Suchbewegungen nach neuen, auch national beschreibbaren Standortverankerungen lockert sich nicht die Westbindung. Nach über vierzig Jahren gehört es zum Konsens, daß man der Zugehörigkeit zum Westen Sicherheit und Wohlstand verdankt. Bis-

her driftet eher der Osten nach Westen als umgekehrt. Der einstige sozialistische Ostblock folgt dem Modernisierungssog des Westens. Auch Neutralitätskonzepte, Brücken- und Mittlerfunktionen, gar Sonderwege fanden in der Umbruchphase nur geringe Beachtung. Die Ostdeutschen wollen vielfach westdeutsch werden, ohne jedoch sich selbst zu verleugnen. Der Westen füllte das Vakuum nach dem revolutionären Zusammenbruch des Systems. Pragmatisch wollten die Ostdeutschen nicht etwas völlig Neues verwirklichen, sondern das haben, was der Westen schon immer hatte. Keine neue Utopie, sondern das relativ Bessere – und zwar sofort. Das waren wichtige Ziele.

Der Prozeß der Einheit zeigt bis zum jetzigen Zeitpunkt, daß nicht etwas gemeinsames Neues aus der Bundesrepublik und der DDR entstanden ist. Vielmehr hat sich auch im Bewußtsein der West- und Ostdeutschen die alte Bundesrepublik erweitert: Aus zwei ungleichen Hälften erwuchs ein größeres Ganzes. Die alte Bundesrepublik Deutschland ist weitgehend das Modell Deutschland: Verfassung, Gesetze, D-Mark, Sozialsystem, politische Institutionen, Föderalismus gelten nun ebenso für das Gebiet der ehemaligen DDR.

Auch aus praktischer Notwendigkeit hat sich die Einheit als Anpassung einer Ordnung an die andere erwiesen. Das Gebiet der ehemaligen DDR ist dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beigetreten. Für die Deutschen ist dabei die neue, vergrößerte Bundesrepublik die einzig denkbare staatliche Hülle der deutschen Nation. Die Deutschen sind saturiert. Doch unverkennbar trägt diese Vereinigung auch Züge einer Eingemeindung der Ostdeutschen durch die Westdeutschen, die nicht bereit sind, die Einheit in den Kontext eines historischen Gezeitenwechsels einzuordnen. Die beiden Gesellschaften werden jedoch erst zusammenwachsen, wenn individuell klarer wird, warum die Deutschen zusammengehören.

Deutschland schloß sich das erste Mal in seiner Geschichte nicht gegen, sondern mit der Zustimmung seiner Nachbarn zusammen. Deutschland ist dabei fest integriert in westliche Bündnisssysteme. Der deutsche Weg hat einen wichtigen Zielpunkt erreicht, denn Einheit und Freiheit sind erstmals gleichermaßen verwirklicht in einem veränderten Europa, das sich wieder selbst eine Ordnung geben kann. Die Teilung Europas war seit dem Zweiten Weltkrieg ein völlig neues Element in der europäischen Geschichte. Jetzt erst taucht die alte Struktur Europas wieder auf<sup>8)</sup>. Europa kann die Einheit

<sup>6)</sup> Zu den Grundproblemen vgl. Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt/M.-New York 1991.

<sup>7)</sup> Peter Schneider, Der Mauerspringer, Darmstadt-Neuwied 1982, S. 102. Zum literarischen Portrait der Bundesrepublik seit 1949 vgl. Karl-Rudolf Korte, Die Bundesrepublik Deutschland im Spiegel ihrer erzählenden Literatur, München 1991.

<sup>8)</sup> Vgl. dazu Hagen Schulze, Die Wiederkehr Europas, Berlin 1990.

oder die Vielheit wählen. Mit den Bildern aus Osteuropa kehren auch die alten Erfahrungs- und Handlungsräume ins europäische Bewußtsein zu-

rück. West- und Osteuropäer fangen an, wieder in historischen und regionalen Lebenszusammenhängen zu denken, nicht bloß in Bündnissen.

#### IV. Zuteilungs- und Wettbewerbsmentalität

In fünf ausgewählten zentralen Lebens- und Einstellungsbereichen: Ehe und Familie; Arbeitswelt und Freizeit; Technikakzeptanz und Umweltschutz; Kirche, Religion und Gesellschaft; Lebenszufriedenheit und Sicherheitsbedarf sind die Grunddispositionen trotz veränderter Wertstruktur und sozialstruktureller Differenzierungen durch ein hohes Maß an Stabilität und Konstanz geprägt. Auf der Wichtigkeitsskala der West- und Ostdeutschen nehmen Ehe und Familie, Gesundheit und Sicherheit, materieller Wohlstand und persönliche Unabhängigkeit unverändert einen hohen Rang ein. Der objektiven Stabilität des ökonomischen, sozialen und politischen Systems in Westdeutschland entspricht das konstant hohe Maß an Lebenszufriedenheit<sup>9)</sup>.

Das gilt nicht in gleichem Maße für Ostdeutschland. Soweit zuverlässiges Datenmaterial vorliegt, läßt sich zwar kein durchgehend gravierender Unterschied bei den Grunddispositionen zwischen den West- und den Ostdeutschen feststellen. Doch die jeweils feststellbaren Unterschiede hängen maßgeblich mit dem Grad der Modernisierung und Industrialisierung sowie dem jeweiligen Wirtschaftssystem zusammen. In dem Maße, wie sich die soziale Marktwirtschaft auch auf dem Gebiet der ehemaligen DDR etabliert, nehmen die Parallelen zu den westdeutschen Grunddispositionen zu. Bisher sind allerdings noch die objektiven Lebensbedingungen in West- und Ostdeutschland sehr unterschiedlich. Gerade die Ergebnisse aus dem Bereich der Wohlfahrtsforschung dokumentieren anschaulich die deutlichen Unterschiede im subjektiven Wohlbefinden. Doch die Rangordnungen der Zufriedenheiten mit einzelnen Lebensbereichen gleichen sich in Ost und West, allerdings auf zum Teil sehr unterschiedlichem Niveau<sup>10)</sup>. Dies ist um so erstaunlicher, als es sich um zwei deutlich divergierende Gesellschaftssysteme der alten Bundesrepublik und der ehemaligen DDR handelt.

Ein Beispiel aus dem Bereich Arbeitswelt und Freizeit mag das illustrieren: Die Fragen nach der

Arbeitsorientierung und der Arbeitszufriedenheit müssen in Ostdeutschland vor dem Hintergrund der jahrzehntelang prägenden Planwirtschaft völlig anders bewertet werden. Wenn heute wesentlich mehr Menschen in Ostdeutschland als im Westen angeben, daß die Arbeitszeit zu den „liebsten Stunden des Tages“ gehört<sup>11)</sup>, dann spiegelt das auch gleichzeitig Ängste wider über die ungewisse Zukunft des Arbeitsplatzes. Über die Arbeitsmoral geben die Daten zunächst wenig Auskunft.

Ähnlich verhält es sich mit der Frage nach dem Lebensziel. Im Westen erklärten im Jahr 1990 insgesamt 42 Prozent, sie wollten „ihr Leben genießen und sich nicht mehr abmühen als nötig“, im Osten äußerten dies nur 21 Prozent<sup>12)</sup>. Erfahrungen westdeutscher Bildungsträger in den neuen Bundesländern kommen jedoch zu ganz anderen Schlußfolgerungen, die bei diesen dichotomisierten Fragestellungen nicht ermittelt werden können.

Die Jahrzehnte des Sozialismus hinterließen nicht nur tiefe Spuren, die angeblich die Arbeitsmoral im traditionellen Sinne konservierten. Vielmehr verlangte die Kommandowirtschaft ein hohes Maß an Untertänigkeit des einzelnen Arbeitnehmers. Wer ohne zu kritisieren den Alltag ertrug, hatte ein ruhiges Arbeitsleben, das zwar initiativlos, aber in sozialer Hinsicht auch ohne Existenzängste war. Risikofreudigkeit und Eigeninitiative zahlten sich weder im Berufsleben noch im politischen Alltag aus. Die Kehrseite der sozialen Sicherheiten bestand eben nicht nur in der Ausprägung von Untertanenmentalitäten, sondern auch in ökonomischer Ineffizienz<sup>13)</sup>. Waren die Ostdeutschen bisher gewohnt, daß alles „oben“ für sie entschieden worden ist, so wird jetzt erwartet, daß sie selbst die Initiative ergreifen. In dem notwendigen Wandel von einer Zuteilungs- zu einer Wettbewerbsmentalität liegen nicht nur die Chancen des wirtschaftlichen Aufbaus, sondern auch die Chance für die rasche Entwicklung einer politischen

<sup>11)</sup> Daten nach: Allensbacher Berichte, (1990) 9, S. 3.

<sup>12)</sup> Daten in: Spiegel-Spezial (Anm. 3), S. 60.

<sup>13)</sup> Vgl. Karl-Rudolf Korte, Die Folgen der Einheit. Zur politisch-kulturellen Lage der Nation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 27/90, S. 29-38.

<sup>9)</sup> Vgl. D. Landua u. a. (Anm. 3).

<sup>10)</sup> Vgl. ebenda und die Ergebnisse in: ISI, Nr. 5/1991, S. 1-4.

Marktorientierung, die für eine pluralistische Gesellschaftsordnung notwendig ist. Doch vierzig Jahre antrainierte Unselbständigkeit lassen sich

nicht einfach abschütteln. Der Wandel von Befehlsempfängern zu eigeninitiativ und selbstbewußt handelnden Arbeitnehmern braucht Zeit.

## V. Pragmatische Demokratiezufriedenheit

Das Staatsbewußtsein der Westdeutschen ist charakterisiert durch eine positive Identifikation mit der politischen Ordnung der Bundesrepublik unter dem Einschluß ihrer marktwirtschaftlichen und sozialstaatlichen Elemente. Es ist eine pragmatisch-problemorientierte und zugleich positive Einschätzung, keine idealistische oder utopische. Das Staatsbewußtsein ist schwerpunktmäßig an den konkreten Lebensverhältnissen orientiert.

Folgende Ergebnisse präzisieren den Befund:

- Internationale Vergleiche zeigen, daß die Systemakzeptanz in der Bundesrepublik, gemessen an den westlichen Demokratien, sehr hoch ist. Die demokratische Regierungsform, parlamentarische Verfahrensweisen, Mehrparteiensystem und Parlament sind zu selbstverständlichen Bestandteilen der politischen Ordnung geworden<sup>14</sup>).
- Die hohe und stabile Zufriedenheit mit dem politischen System der Bundesrepublik ist vom Grad der individuellen Betroffenheit und Interpretation mit abhängig, konkret von der ökonomischen Lageeinschätzung, den politischen Parteipräferenzen und politischen Wertorientierungen<sup>15</sup>).
- Bei der Entwicklung der hohen Akzeptanz des politischen Systems der Bundesrepublik durch seine Bürger kam der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und dem wachsenden Wohlstand eine dominierende Rolle zu. Diese Kombination von wirtschaftlichem Wohlstand und Prosperität für viele bei gleichzeitiger Stabilität und dem Ausbau der demokratischen Institutionen war das Erfolgsrezept der hohen Systemakzeptanz und der gewachsenen Loyalität gegenüber der demokratischen Staatsform.

Die problemorientierte Einschätzung des politischen Systems wird deutlich, wenn man nicht primär nach der allgemeinen Zufriedenheit mit dem

Funktionieren der Demokratie fragt, sondern spezifische Indikatoren des Beziehungsfeldes Bürger und Staat herausarbeitet. Das Bedürfnis nach mehr politischer Beteiligung ist gewachsen. Die Einstellungen zur Notwendigkeit und zu den Erfolgsaussichten politischer Beteiligung haben sich verändert. Dieses aktive Legitimitätseinverständnis wird überlagert von einer deutlich kritischen Haltung zur Politik und sogar Distanzierungsbestrebungen von der Politik. Vor allem jener Teil der jüngeren Generation in Westdeutschland, der höhere Bildungsgänge durchlaufen hat, deckt die Funktionsdefizite des politischen Systems deutlich auf<sup>16</sup>).

Diese Kritik an spezifischen Indikatoren – wie gegenüber den Parteien, der Regierung, den Politikern und Institutionen des öffentlichen Lebens – markiert eine neue politische Konfliktlinie, die wiederum auf breite Zustimmung stößt. Die Artikulation dieser Kritik ist Ausdruck eines deutlichen Zurücktretens obrigkeitstaatlicher Einstellungen und Verhaltensdispositionen in Westdeutschland. Sie ist aber auch ein Beleg für veränderte Wertorientierungen. Denn vielfach bricht sich in dieser Kritik ein eher postindustrielles Selbstverständnis Bahn: Die freie Selbstbestimmung und die vom quantitativen Wachstumsprozeß abgelöste Idee der Lebensqualität sind der Bewertungsmaßstab für politische Prozesse.

Nicht nur das politische Interesse ist gewachsen, auch die Formen der Beteiligung haben sich diversifiziert. Passive Politikorientierung ist von aktiver Unterstützung abgelöst worden. Die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der politischen Beteiligung ist gestiegen. Dennoch: Politikverdrossenheit resultiert gerade oftmals aus fehlenden Partizipationschancen. Mit den partizipativen Orientierungen steigt auch die Bereitschaft zum Widerspruch. Immer mehr Bundesbürger sind nicht bereit, sich von Staats wegen verplanen zu lassen. Ihr Mitgestaltungswille ist um so intensiver, je direkter sie betroffen sind. Bürgerinitiativen, Friedens- und Umweltbewegungen oder die neuen sozialen Bewegungen belegen dies.

<sup>14</sup>) Überblicksartig dazu Dieter Fuchs, Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1989; Bettina Westle, Politische Legitimität, Baden-Baden 1989.

<sup>15</sup>) Vgl. Karl Schmitt (Hrsg.), Wahlen, Parteieliten, politische Einstellungen. Neuere Forschungsergebnisse, Frankfurt/M. u. a. 1990.

<sup>16</sup>) Einzelbelege dazu bei Werner Weidenfeld (Hrsg.), Politische Kultur und deutsche Frage, Köln 1989.

Dieser Trend knüpft an die Befunde zu den individuellen Grunddispositionen an. Denn viele Protestwähler stellen grundsätzliche Fragen: nach dem Zustand des parlamentarischen Systems und der Altparteien, den Rekrutierungsmechanismen von Mandatsträgern, nach der Plausibilität der Hochrüstung und des Militärbündnisses, schließlich nach den Interessenverflechtungen von Industrie, großen Interessenverbänden und der Politik. Das alles hängt mit einer anderen Veränderung im gesellschaftlichen Leben zusammen: Allenthalben ist ein deutlicher Rückgang von Loyalitäten und Bindungen wahrzunehmen. Schließlich begegnen auch staatliche und politische Institutionen (Polizei, Bundeswehr und Parteien) einem breiten Vertrauensentzug. Am besten stehen noch die Gerichte da, insbesondere die obersten Instanzen, wengleich auch die Justiz und ihre Verfahrensregeln von den Jüngeren mit Skepsis bedacht werden<sup>17</sup>). Dies alles kann man auch positiv bewerten. Der Vertrauensschwund und die abnehmende Bindungsbereitschaft sind nämlich auch als ein Ergebnis von wachsendem Unabhängigkeitsbewußtsein und politischer Sensibilität zu deuten. Ein starker Drang zur Eigenständigkeit kommt da zum Vorschein. Die Grundloyalität zum Gemeinwesen bleibt davon meist unberührt.

Die Bindungen der Westdeutschen an ihr politisches System sind hoch. Es genießt eine breite Identifikationsbasis. Diese moderne Identifikation ist nicht eindimensional; sie hat mehrere Quellen. Postnationale, verfassungspatriotische Elemente finden sich darin ebenso wie traditionell an nationalstaatlicher Symbolik ausgerichtete Elemente. Wie tiefgreifend diese Identifikation mit dem Gemeinwesen der Bundesrepublik Deutschland ist, zeigt auch die Diskussion über den Modus der Einheit beider Staaten in Deutschland. Für die Mehrheit der Westdeutschen war die Gesamtheit des politischen Gemeinwesens der Bundesrepublik die einzig akzeptable Grundlage für die Vereinigung mit der DDR: In der Vorstellung der meisten wurde so die Bundesrepublik geographisch auf die DDR ausgedehnt, lange bevor dies auch dem staatlichen Prozeß des Beitritts der DDR in der Realität entsprach. Inwieweit bei den Ostdeutschen nun eine neue Identifikation mit dem demokratischen politischen System entstehen kann oder bereits entstanden ist, bleibt weiter untersuchungsrelevant.

Die Ergebnisse der Umfragen aus dem Jahr 1990 zeigen, daß mit der Einheit auch die Zustimmung

zum demokratisch-parlamentarischen System in Deutschland deutlich angewachsen ist. Die alte Bundesrepublik scheint nachgerade geadelt zu sein. Schon jetzt muß davor gewarnt werden, die empirischen Zeitreihen 1991/92 falsch zu interpretieren: Mit Sicherheit wird sich die Demokratiezufriedenheit erneut auf ein etwas niedrigeres Niveau einpendeln, vermutlich vergleichbar mit den Jahren 1988/89. Dies kann dann nicht vorschnell als Staatsverdrossenheit interpretiert werden, sondern ist vor dem Hintergrund der Ausnahmesituation des Jahres 1990 zu werten.

Die Westdeutschen sind demokratischer geworden. Sie engagieren sich für ihr stabiles politisches System, jedoch ohne Leidenschaft. In kühler Konklusion bejahen sie den Wirtschaftspatriotismus ebenso wie den Verfassungskonsens. In ihrem ausgeprägten Pragmatismus ist für vieles Platz: für sozialtemperierten Individualismus, Wohlstandsstolz, den Hang zum Populismus, aber auch für traditionell autoritäre Restbestände an defizitärer politischer Kultur. Die Mehrheit der heutigen Westdeutschen kam nach Gründung der Bundesrepublik auf die Welt. Die Demokratie ist für sie nicht nur eine Staatsform, sondern viel umfassender vor allem eine Lebensweise, die sie unter keinen Umständen missen wollen. Es ist eine kritische Loyalität, die sich eigene Spielräume stets offenhalten will. Aber insgesamt bildet dieses pragmatische Durchlavieren nach Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten auf individueller Basis eine plural abgefederte und krisenfeste „Stabilitätsreserve für das politische System“<sup>18</sup>).

Das hohe Niveau der Systemzufriedenheit in Westdeutschland ist auch im Kontext von politisch-kulturellen Traditionsströmen in Deutschland zu bewerten. Trotz partizipativer Revolution gibt es weiter Restbestände obrigkeitsstaatlich-etatistischer Grundorientierungen der Deutschen. Auch Züge des Fundamentalismus machen sich breit: Gesellschaftlich wächst das Unbehagen über Heterogenität, über ein Leben in einer multikulturellen Gesellschaft. Kulturell entdecken die Deutschen Sehnsüchte nach Simplität und Populismus.

Für die Bürger der ehemaligen DDR hat sich der institutionelle Lebensraum aufgelöst. Zum Vorschein kommt – trotz größter Emanzipationsleistungen während der Umbruchphase – eine politisch-kulturelle Wertekontinuität kleinbürgerlicher Traditionen in Deutschland<sup>19</sup>). Diese obrigkeits-

<sup>18</sup>) Kurt Sontheimer, Deutschlands politische Kultur, München 1990, S. 19.

<sup>19</sup>) Vgl. K.-R. Korte (Anm. 13); Helmut Klages, Es fehlt die Bereitschaft zum bedingungslosen „Ärmelaufkrepeln“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Februar 1991.

<sup>17</sup>) Vgl. dazu die Daten in: IPOS, Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1990 in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR, Mannheim 1990.

staatlich geprägte, kleinbürgerliche Wertesubstanz wie Etatismus, unpolitische Innerlichkeit, Konfliktscheu, Formalismus, Sicherheitsbedürfnis und das hohe Potential an Ausländerfeindlichkeit schwächen sich angesichts wachsender Pluralisierung, Differenzierung und Internationalisierung vermutlich ab. Es bleibt zum jetzigen Zeitpunkt offen, ob diese autoritären Politikmuster stärker gesamtdeutsch zum Tragen kommen oder ob die Westdeutschen ihre liberaldemokratischen Errungenschaften engagiert ausbauen. Immerhin ist die Demokratie in Westdeutschland zur Lebensweise

geworden. Die Westdeutschen werden keinen Preis zahlen für rückwärtsorientierte Tendenzen, die ihren individuellen Glückserwerb erschweren und Freiräume begrenzen. Doch sicherlich werden wir auf Jahre im vereinigten Deutschland Regionen unterschiedlicher Wertstrukturen haben. Die Reduktion auf kleinräumliche Beziehungen, der Wille zum Ausbau der privaten Existenz, das Auswandern aus der Geschichte durch Kompensationsangebote, wie zum Beispiel die Westwendung, werden die Wertehierarchie der ehemaligen DDR-Bürger weiterhin bestimmen.

## VI. Modernisierungsschock

Der schonungslose Druck der Modernisierung in Ostdeutschland führt schneller und abrupter, als es in der ersten formativen Phase der alten Bundesrepublik möglich war, zur Abfederung und Überlagerung dieser kollektiven Prägungsmuster. Die Westwendung mit weltoffener Kommunikation eröffnet Spielräume der individuellen Differenzierung. Die durch Einmauerung erzeugte Provinzialität läßt mit zunehmender Internationalisierung nach. Ein notwendiger rascher ökonomischer Aufbau in Ostdeutschland wird sich auch politisch lohnen. Denn die soziale Marktwirtschaft fordert eine Wettbewerbsmentalität, die im Schlepptau eine politische Marktorientierung mitführt<sup>20)</sup>. Auch für die politische Stabilität bleibt die wirtschaftliche Effektivität ein wichtiger Begleitprozeß. Der Wiederaufbau Westdeutschlands bietet reichhaltiges Anschauungsmaterial.

Doch Beitritt zum Grundgesetz und Übergang von der Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft bedeuten für die Bürger in den neuen Bundesländern zunächst einen Modernisierungsschock. Alle Rahmenbedingungen des bisherigen Daseins sind aufgelöst – politisch wie ökonomisch. Es bleibt keine Zeit zur Selbstfindung, sondern nur der Sprung in die Moderne: Konkurrenz und Risiko im politischen und wirtschaftlichen Leben, Schließung oder Sanierung und Privatisierung von tausenden

Betrieben, Internationalisierung des Lebens, das Ende einer statischen Gesellschaft. Die Gemütslage ist ambivalent: einerseits die Freude über die neue Freiheit, andererseits Verunsicherung über eine unkalkulierbare Zukunft.

Der Modernisierungsschock hat zwei Konsequenzen: Das westdeutsche Netzwerk der politischen und ökonomischen Struktur wird komplett über die ostdeutsche Gesellschaft geworfen. Zugleich aber kompensiert die ostdeutsche Gesellschaft dies durch die Dramatisierung ihrer eigenen Selbstwahrnehmung. Die ostdeutsche Identität ist unter den Vorzeichen des Modernisierungsschocks schärfer ausgeprägt als je zuvor. Die Ostdeutschen betrachten dabei ihre eigene DDR-Geschichte in einem insgesamt milderen Licht: „Guter Anfang – doch schlechtes Ende.“ Dies tangiert nicht das grundsätzliche Ja zur deutschen Einheit, sie läßt lediglich den eigenen Weg, die Ansprüche und Erwartungen präzise erfahren und schärfer artikulieren.

Der Modernisierungsschock führt somit zu zwei entgegengesetzten Orientierungsmustern der Ostdeutschen: „Die einen wollen schnelle Wessis werden, andere möchten sich am liebsten ein ‚O‘ auf den Ärmel nähen, nicht weil sie besonders stolz auf ihre Herkunft wären, sondern damit sie gar nicht verdächtigt werden, sie wollten mehr scheinen als sein.“<sup>21)</sup>

<sup>20)</sup> Vgl. Martin Greiffenhagen, Die Bundesrepublik Deutschland 1945–1990. Reformen und Defizite der politischen Kultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1–2/91, S. 16–26.

<sup>21)</sup> So kommentiert von der Schriftstellerin Helga Schütz, Was'n kleinkariertes Volk, in: Die Zeit, Nr. 18 vom 26. April 1991.

## VII. Plurale Gemeinschaftsbezüge

Region, Nation, Europa – diese drei Ebenen charakterisieren auf jeweils spezifische Weise das Profil der Deutschen. Auf den ersten Blick verblüfften die empirischen Ergebnisse: Kann es wirklich zeitgleich zu einer Renaissance der Nation kommen, zur Betonung der Heimatverbundenheit und zum gestiegenen Engagement für ein integriertes Europa? Tritt hier nicht erneut der pragmatische Deutsche hervor, der es – abwägend – durchaus schafft, die sich wechselseitig relativierenden Profilschichten zu vereinen? Die Vielfalt von gelebten Gemeinschaftsbezügen ist für die meisten offenbar ein akzeptabler Preis für die moderne Wohlstandsgesellschaft. Die komplexe kollektive Identität mit regionalen und transnationalen Bindungen erweist sich außerdem als beste Versicherung gegen alle nationalistischen Anfälligkeiten.

Die Deutschen in West und Ost sind zufrieden mit ihrem Nationalbewußtsein. Doch die augenblickliche Ruhelage täuscht, denn die Wahrnehmung der Nation muß sich zwangsläufig durch die Einheit verändern. Nicht nur von unseren Partnern wird eine neue außenpolitische Profilierung der größeren Bundesrepublik erwünscht. Sie kritisieren die Neigung der Deutschen zur Selbstverkleinerung, die vor allem aus dem Bedürfnis resultiert, international permanent geliebt zu werden. Auch zwischen den West- und Ostdeutschen ist die Wahrnehmung der Nation unterschiedlich ausgeprägt. Für die Ostdeutschen war die Nation schon immer eine Codewort für gesellschaftliche Erwartungen. Konkret alltagspraktisch – in Form von sozialen Verbesserungen – drückte sich der Wunsch nach Einheit der Nation aus. Die deutsche Frage war in diesem Punkt schon immer auch eine soziale Frage. Für die Westdeutschen, die nach 1949 geboren sind, blieb hingegen die Einheit der Nation oftmals ein eher abstrakter Programmsatz.

Das im internationalen Vergleich insgesamt schwach ausgeprägte Nationalgefühl<sup>22)</sup> führte beim Aufbruch der historischen Geborgenheiten nicht zur nationalen Euphorie. Daß es nach dem 9. November 1989 nicht zum Nationalrausch kam, hängt maßgeblich auch mit einer modernen Ausprägung des Nationalbewußtseins zusammen, wie

sie sich in Westdeutschland herausgebildet hat. Die Wahrnehmungswelten kollektiver Identität umfaßten Regionalismus, staatliche Realität, nationale Perspektiven und europäische Orientierungen gleichermaßen. Diese auch durch die Pluralität der Lebensstile mitverursachte Konstellation moderner europäischer Bürgeridentität integriert nationales Selbstbewußtsein ebenso wie permanente Identitätsnachfragen. Die denkbaren nationalen Überhitzungen und Ausrutscher hat es nicht gegeben, eher hat die abgeklärte Nüchternheit überrascht. Der Prozeß der staatlichen Einheit vollzog sich eher kaufmännisch, nach Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten. Wie eine freundliche Firmenübernahme begriff man in Westdeutschland den Beitritt: Es darf nicht zu viel kosten. Doch die Kehrseite dieser Abgeklärtheit zeigt sich in der oft fehlenden inneren Teilnahme an den vor uns liegenden Schwierigkeiten des Aufbaus und in der mangelnden Opferbereitschaft vieler Westdeutscher.

Bei den Bürgern in den neuen Bundesländern verbirgt sich hinter dem Einheitsverlangen ebenso wenig großdeutscher Nationalismus, vielmehr das Streben nach individuellem Glück. Deshalb suchte man immer mehr den Vergleich mit dem Westen als dem einzigen gültigen Orientierungsmaßstab. Nationalismus ist dabei die falsche Vokabel.

Das Thema der deutschen Einheit hat nur kurzfristig für die Westdeutschen die Fragen der europäischen Integration verdrängt. Doch die Daten zeigen, wie beide Ziele – europäische und deutsche Einheit<sup>23)</sup> – weiter miteinander verknüpft sind. Die Mehrheit der Westdeutschen will gerade in der aktuellen Situation der deutschen Vereinigung auch den europäischen Integrationsprozeß beschleunigen. Die Westintegration ist hinsichtlich der Zustimmung zum westlichen Verteidigungsbündnis und zur EG sehr stabil. Der europäische Gedanke ist fest im Bewußtsein der West- und Ostdeutschen verankert. Die Zustimmung zur EG ist in den fünf neuen Bundesländern sogar höher als im Westen. Doch die Hoffnung auf Europa gleicht einer Entdeckungsreise: Noch ist Europa – West ebenso wie Ost – relativ unbekannt.

<sup>22)</sup> Vgl. die Daten dazu in den Euro-Barometer-Umfragen, zuletzt 1990.

<sup>23)</sup> Vgl. IPOS (Anm. 17).

## VIII. Renaissance der Nation

Die Nationen haben durch den Umbruch in Osteuropa ein neues Gewicht erhalten. Globale Interdependenz ist zu abstrakt, um sozialpsychologisch motivierte Identitätsbedürfnisse zu befriedigen. Als Identifikationsrahmen bleibt die Nation erhalten. Die europäische Integration relativiert mit ihrer Übertragung von Souveränität insgesamt die Rolle jedes einzelnen Nationalstaates. Der Bedarf an nationaler Identifikation und Souveränität wächst in dem Maße, wie politische und ökonomische Nivellierungsprozesse in Europa zunehmen.

Europa steht nicht am Beginn einer Renaissance des Nationalstaates; das Gegenteil trifft zu: Der Kontinent nimmt Abschied von seiner alten Ordnung, die auch von den nationalstaatlichen Strukturen geprägt war. Ein Modernisierungsschub internationalisiert die Lebenssachverhalte der Europäer in dramatischer Weise: Der alte Staat zehrt aus; er wird zu eng für die Lösung der Probleme; die Aufgaben wandern über seine Grenzen hinweg aus; das Pathos von der nationalstaatlichen Souveränität ist längst zu einem idyllischen Ausschnitt aus dem Archiv verkommen; internationale Arbeitsteilung ist gefragt. In einem deutlichen Kontrast dazu ist die Oberfläche der politisch-kulturellen Befindlichkeiten in Europa zu erstasten.

Die Auflösung des Ostblocks hat in Osteuropa nur ein Auffangnetz gefunden – die Nation. Die Ablösung vom harten Zugriff der sowjetischen Herrschaft hat die nationale Perspektive zum Leuchten gebracht. Die Nation ist der Hort für die neu gewonnene Freiheit. Zugleich werden mit dem Ende des Ost-West-Konflikts aber auch Potentiale freigesetzt, welche die Diskrepanz zwischen Nation und bisherigem Nationalstaat aufzeigen. In den neuen Freiheiten tauchen so die alten Gemengelagen wieder auf. Es kommt noch hinzu, daß keiner der verbliebenen Nationalstaaten die eigenen Probleme allein lösen kann. Erneut ist der national verklärte Blick stark nach außen gerichtet.

In Westeuropa bedeutet die Vollendung des Binnenmarktes einen Sprung in ein neues Zeitalter: Die Europäisierung aller Lebenssachverhalte wird bis zum Extrem ausgereizt. Die Europäer kompensieren dies sozialpsychologisch durch eine Dramatisierung des Spezifischen: Die Nation und die Region werden zu orientierenden Haltepunkten einer immer diffuser werdenden Welt. Eine scheinbare Paradoxie steht am Ende. Die Auszehrung der Kompetenz des Nationalstaates provoziert drei Antworten, die eine Stabilisierung der jeweiligen Gemütslage herbeiführen können. Die drei Antworten heißen: Europa, Nation, Region.

## IX. Ausblick

Die Jahre 1989 und 1990 werden eine neue formative Phase in Deutschland begründen. Die epochale Zäsur scheidet zwei Epochen voneinander. Der Prozeß der Vereinigung wird eine Generation prägen, die sich mit einer gemeinsamen Perspektive und kollektiver Erinnerung auf die Ereignisse im Umfeld des Einheitsprozesses konstituiert.

Das für viele europäische Nachbarstaaten prägende historisch-affektive Bezugsfeld der Nation steht nun als ein mögliches Angebot auch in Deutschland wieder zur Verfügung. Langfristig kann dies zur Befriedigung kollektiver Identitätsbedürfnisse beitragen; denn die Teilung war – neben dem noch lange nachwirkenden nationalsozialistischen Erbe – ein gewichtiges Element, das die Schwierigkeiten der Bundesrepublik markierte, sich selbst zu begreifen. Ob die Unsicherheiten, Suchbewegungen, Ängste der Deutschen – als fast schon verlässliche Begleiter der Stabilität – langfristig nachlassen, bleibt unklar. Doch vermutlich entfallen mit der Einheit auch die letzten Vorbehalte bei

der Beurteilung der Stabilität der Demokratie in Deutschland. Mit dem Fehlen einer nationalen, auf einen konkreten Staat bezogenen Identität wurde vielfach auch das Fehlen eines wichtigen Kompensationsfaktors unterstellt, der die Schönwetterdemokratie auch in schlechten Zeiten schützen kann.

Deutschland wird ein Stück weit europäische Normalität erreichen – eine plural angelegte, offene nationale Identität mit legitimitätsstiftender Kraft. So kann die Einheit auch zur Quelle einer neuen deutschen Gelassenheit werden. Die Deutschen sind einverstanden mit ihrem politischen System; sie unterstützten es aktiv. Mit der Einheit wird klarer, für welche nationale Gemeinschaft wir das politische System betreiben. Indem die Nation am Ende der Teilung zur Alltäglichkeit wird, kehrt Normalität ein. Vieles deutet auf eine pragmatische Gegenwartsgebundenheit der Profile der Deutschen: Sie sind eingebunden in den Westen, demokratisch, national-saturiert, verlässlich.

# „Ein unbekanntes Land“ – Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland

## I. Einleitung

Ende 1989. Pioniergeist kam auf. Auch in der Umfrageforschung. Ein unerforschtes Land. Welch eine Chance – 16 Millionen unbefragte Personen. Viele zogen aus, dieses Land zu erforschen: Wie lebt, wie arbeitet, was denkt, was fühlt, was erhofft, befürchtet der dort lebende Mensch? Schnell wurden die zuvor unüberwindbaren Hürden übersprungen, mit ehrbaren Absichten und häufig mangelnder Ausrüstung, getrieben auch in manchmal blind machendem Eifer. Goldgräberstimmung breitete sich aus in der ansonsten als behäbig gescholtenen Profession. Jeder wollte der erste sein, Claims abzustecken, zeigen, was man kann, das zuhausegebliebene Publikum unterrichten<sup>1)</sup>.

Andere – wie wir – mußten zunächst abwarten, planten die Reise, formulierten Anträge für die notwendigen Finanzmittel, fanden landeskundliche Experten, überprüften ihr Werkzeug, stellten sich – so gut es ging – auf das noch unbekannte Land ein. Erste zeitgenössische Reiseberichte<sup>2)</sup> aus einheimischer Sicht erschienen, beschrieben die Lage, wurden gelesen, diskutiert und analysiert – viele Fragen blieben offen<sup>3)</sup>. Wie groß war die Bevölkerung, die es zu untersuchen galt, wie sind die zu finden, die im Namen aller Auskunft geben können? Pläne wurden entworfen, getestet, verworfen. Fragen<sup>4)</sup> geprüft, Konzepte und Methoden seit langer Zeit zum ersten Male wieder ihren Grundlagen gegenübergestellt. Werden wir

<sup>1)</sup> Nach unseren Unterlagen erwies sich DER SPIEGEL als Igel: Er war „all dor“. Bereits in den ersten Tagen des Dezembers 1989 wurde eine vom SPIEGEL u.a. initiierte repräsentative Umfrage in der damaligen DDR so gut es ging nach westlichem Standard durchgeführt; vgl. DER SPIEGEL Nr. 51/1989 und SPIEGEL Spezial Nr. 1/1991. Das Ergebnis kam einer nahezu exakt repräsentativen Stichprobe lediglich sehr nahe: Knapp daneben ist auch vorbei. Andere, im gleichen Zeitraum durchgeführte telefonische Umfragen in Ostdeutschland, von denen auch im SPIEGEL berichtet wird (Nr. 51/1990, S. 86f.), sind ebenso wie berühmt-berühmte Quotenstichproben unter dem Etikett mangelnder Ausrüstung zu fassen. Aus mindestens einer dieser Quotenstichproben, in der offen blieb, wie Quoten bei unbekannter Population vorgegeben werden können, hätte man fast schon das Bild gewinnen können, die damalige DDR sei in nicht unwesentlichem Ausmaß eine konfessionsgebundene Gesellschaft, in Teilen sogar eine katholische(!) Agrargesellschaft. Die meisten dieser ersten demoskopischen Streifzüge durch das „unbekannte Land“ (Rainer M. Lepsius) können aus guten Gründen kaum der sozialwissenschaftlichen Umfrageforschung zugerechnet werden. Sie dienten zunächst dem Ziel, den erkannten Informations hunger zu stillen; daneben stellte sich der vorgezogene Termin für die ersten freien Volkskammerwahlen im März 1990 als eminent wichtiges Datum für die empirische Wahlforschung heraus, auf die sich letztlich nahezu alle einschlägigen Umfrageinstitute und -institutionen einzurichten hatten. Vgl. dazu Bernd Giesen/Claus Leggewie (Hrsg.), Experiment Vereinigung, Berlin 1991.

<sup>2)</sup> Vgl. etwa den vom Institut für Soziologie und Sozialpolitik (ISS) der damaligen Akademie der Wissenschaften der DDR unter Federführung von Gunnar Winkler herausgegebenen Sozialreport 1990 (Berlin sowie Stuttgart 1990).

Neben diesem Sozialreport wurden in kurzer Zeit weitere Sozialberichte erstellt: Frauenreport '90. Im Auftrag der Beauftragten des Ministerrates für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Dr. Marina Beyer, hrsg. von Gunnar Winkler, Berlin 1990; Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften/Statistisches Amt Berlin (Hrsg.), Sozialreport Ost-Berlin. Daten und Fakten zur sozialen Lage, Berlin September 1990 (Manuskriptdruck). Altenreport '90. Zur sozialen Lage von Altersrentnerinnen und Altersrentnern in der DDR. In: Blätter der Wohlfahrtspflege. Sonderausgabe. Heft 10 + 11. Oktober/November 1990.

<sup>3)</sup> Im März 1990 wurde auf einem Workshop der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) dieser Sozialreport 1990 zur Diskussion gestellt. Die Statements der Autoren sowie die Korreferate und die Diskussionsbeiträge wurden zusammenfassend publiziert; vgl. Sozialreport 1990. Dokumentation eines Workshops am WZB. Arbeitspapier P 90-101. Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1990.

<sup>4)</sup> Dabei standen weniger vermutete semantische Unterschiede, die sich auf unterschiedliche Alltagsrealitäten beziehen, im Vordergrund. Es ging vor allem um die zumindest plausible Übertragbarkeit theoretischer Konstrukte wie z.B. die aus der (westlichen) Wertewandeldebatte bekannte Dimension des Materialismus-Postmaterialismus: Trifft die theoretische Grundlage auf die zwischenmoderne Gesellschaft der früheren DDR überhaupt zu; können konkret Items, die sich auf Inflation oder freie Meinungsäußerung beziehen, sinnvollerweise überhaupt beurteilt werden; wie wird das politische Ziel Ruhe und Ordnung verstanden; sollen Parteipräferenzen, die sich theoretisch noch nicht entwickelt haben können, abgefragt werden?

verstanden, wenn wir fragen wie bisher bei uns; verstehen wir die Antworten auf unsere Fragen? Ist Ähnliches vergleichbar; ist Verschiedenes wirklich verschieden<sup>5)</sup>?

Expertenrat war nötig, gesucht und gefunden. Routen wurden entworfen und geplant; ein Netz geworfen über das Land, die Ausgangspunkte der Erkundungen festgelegt, landeskundige Erfahrungen genutzt. Die erste derartig vorbereitete Expedition zog im Juni 1990 aus, die Menschen zu fragen, die zweite folgte im Herbst<sup>6)</sup>. Andere, viele waren uns zuvorgekommen, waren schon vor Ort – oft auch zu früher Zeit am falschen Ort. Diese fanden, was sie zu suchen glaubten: verwirrende Mosaiksteinchen für ein erstes Bild; der Schein war nur schwer vom Sein zu unterscheiden<sup>7)</sup>.

## II. Sozialberichterstattung und Dauerbeobachtung sozialen Wandels

Sozialberichterstattung<sup>8)</sup> ist an den Zielen der Dauerbeobachtung des sozialen Wandels und der Wohlfahrtsentwicklung orientiert. Wohlfahrtsentwicklung ist zu beobachten als Entwicklung der objektiven Lebensbedingungen, der subjektiv wahrgenommenen Lebensqualität und des Zusam-

Auch wir haben den Stein der Weisen nicht gefunden, jedoch unser Ziel so gut es ging erreicht: ein umfassendes Bild über die soziale Lage der früheren DDR-Bevölkerung, die Wahrnehmung ihrer eigenen Lebensverhältnisse erfaßt, ihre Hoffnungen und Ängste, ihre Wünsche und Erwartungen, ihre Beurteilung über das Vergangene und das Kommende dokumentiert. In diesem Aufsatz werden wir empirische Ergebnisse zur sozialen Lage, zu einigen Elementen der Sozialstruktur der früheren DDR und zum subjektiven Wohlbefinden, d. h. zu Ansprüchen, subjektiven Bewertungen der ostdeutschen Bevölkerung – im Ost-West-Vergleich und im zeitlichen Verlauf der letzten sechs Monate im Jahre 1990 – präsentieren. Zugleich sollen einige Thesen und Ideenskizzen über die weitere Entwicklung zur Diskussion gestellt werden.

menhangs beider. Gute Lebensbedingungen, die auch als gut wahrgenommen werden, ist eine einfache Definition von Wohlfahrt. Gute Lebensbedingungen, positive soziale Zugehörigkeit, erfüllte Selbstverwirklichung ist eine emphatische Bestimmung analog der Formel von Erik Allardt: *Having*,

5) Zu Irritationen beim empirischen Sozialstrukturvergleich zwischen Ost- und Westdeutschland, der sich auf den scheinbar so einfachen Vergleich beruflicher Qualifikationen und Erwerbspositionen beschränkt, vgl. Dieter Blaschke/Hasso von Hennings in: Gert Wagner/Bernhard von Rosenblatt/Dieter Blaschke (Hrsg.), *An der Schwelle zur Sozialen Marktwirtschaft. Ergebnisse aus der Basiserhebung des Sozio-ökonomischen Panels in der DDR im Juni 1990. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Heft 143, S. 9–16. Das Gedankenspiel, es gäbe keine gemeinsame Sprache in Ost- und Westdeutschland, macht offenkundig, daß viele vordergründig ähnliche Benennungen nicht unmittelbar gleichgesetzt worden wären.

6) Wir meinen damit die Basiserhebung 1990 DDR des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) und den Wohlfahrtsurvey 1990 Ost. Beide Umfragen sind – im Westen Deutschlands – bewährte Instrumente zur Dauerbeobachtung sozialen Wandels. Die Wohlfahrtsurveys werden seit 1978 – als ein Projekt des Sonderforschungsbereichs 3 „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ der Universitäten Frankfurt und Mannheim – regelmäßig durchgeführt, im gleichen institutionellen Rahmen wurden ab 1984 die Erhebungen des SOEP entwickelt, das inzwischen im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) unter der Leitung von Gert Wagner fortgeführt wird. Als drittes Instrument im Rahmen der Sozialberichterstattung folgte Ende des Jahres 1990 die Zusatzstudie Ost 1990 des ALLBUS; zu ersten Ergebnissen siehe Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Heft 6, Juli 1991. Informationen zur organisatorischen Durchführung des Wohlfahrtsurveys

und der Basiserhebung sind ebenso wie zentrale, vergleichende Ergebnisse zu finden in: Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ (Hrsg.), *Lebenslagen im Wandel – Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in Ostdeutschland*. Frankfurt/M. 1991.

7) Vgl. dazu Anm. 1. Daneben war in durchaus lobenswerter Absicht eine Reihe von noch existierenden oder bereits in Auflösung/Abwicklung begriffenen DDR-Instituten unter das Volk gegangen: im Bereich der engeren sozialwissenschaftlichen Forschung das Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig, das auch früher schon durch ausgezeichnete sozialwissenschaftliche empirische Erhebungen hervorgetreten war; das bereits genannte ISS, das im Januar 1990 eine unserer Erhebungen ähnliche Untersuchung zum Thema „Leben 1990 in der DDR“ durchführte; aber auch Teilgruppen aus der (ehemaligen) Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED wie das Institut für Sozialdatenanalyse (ISDA), das Berliner Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (BISS), das im Mai/Juni 1990 eine Studie „Lebenslagen und soziale Strukturen im Umbruch“ organisierte.

8) Ein zusammenfassender Überblick über empirische Wohlfahrtsforschung findet sich bei Roland Habich/Wolfgang Zapf, *Gesellschaftliche Dauerbeobachtung mit Surveydaten. Die Wohlfahrtsurveys: Instrument der Sozialberichterstattung*, in: Gert Wagner u.a. (Hrsg.), *Fortschritte in der Wirtschafts- und Sozialberichterstattung*, Weinheim 1991 (im Druck). Eine Darstellung über „Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens“ hat Heinz-Herbert Noll (ZUMA-Nachrichten, Nr. 24/1989, S. 26–41) vorgelegt.

*Loving, Being, Having* meint die Realisierung materieller Bedürfnisse und Interessen, *Loving* zielt auf Bedürfnisse der sozialen Zugehörigkeit und Partizipation ab, mit *Being* schließlich treten Bedürfnisse der Selbstverwirklichung hinzu<sup>9)</sup>.

Auf der empirischen Ebene stehen folgende Ziele und Praxisbezüge im Vordergrund der regelmäßigen Erhebungen<sup>10)</sup>:

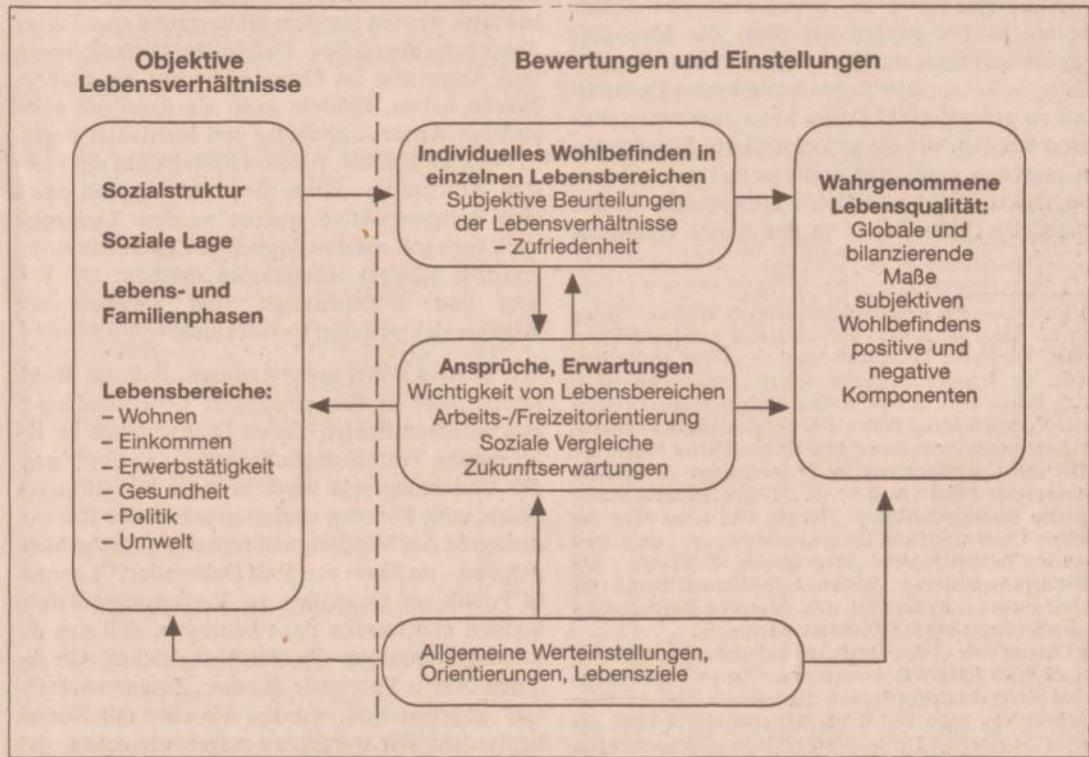
- Beobachtung der sozialen Entwicklung, der Wohlfahrtentwicklung<sup>11)</sup>, vor allem im Hinblick auf die Erreichung der von den Bürgern erstrebten Ziele;
- Aufdeckung von Diskrepanzen und Risiken,

Identifizierung gesellschaftspolitischer Problemgruppen;

- Einbringen der Perspektive des Bürgers, Wählers, Kunden, Klienten in die gesellschaftspolitische Debatte.

Das Basiskonzept der empirischen Wohlfahrtsforschung und Sozialberichterstattung soll an dieser Stelle auf die in folgender Übersicht zusammengefaßten Dimensionen reduziert werden, obgleich dies lediglich einen Teilbereich des jeweiligen Frageprogrammes abdeckt<sup>12)</sup>. Unsere Argumentation in diesem Aufsatz wird sich an den ausgewiesenen Dimensionen orientieren.

**Übersicht: Konzept zur Erfassung individuellen Wohlbefindens**



<sup>9)</sup> Vgl. Erik Allardt, Dimensions of Welfare in a Comparative Scandinavian Study. Research Group for Comparative Sociology, Research Report No.9, University of Helsinki 1973, sowie Erik Allardt, About Dimensions of Welfare. Research Group for Comparative Sociology, Research Report No. 1, University of Helsinki 1975. Stefan Hradil geht von ähnlichen Entwicklungen aus, wenn er die westdeutsche Wohlfahrtentwicklung sinngemäß charakterisiert: Das Wohlstandsparadigma der fünfziger und sechziger Jahre wurde Mitte der siebziger Jahre durch das Wohlfahrtsparadigma (Stichwort Lebensqualität) abgelöst; dieses wiederum scheint inzwischen durch das Lebensstilparadigma weitgehend verdrängt worden zu sein.

<sup>10)</sup> Vgl. Anm. 6. Eine im Sinne von Sozialberichterstattung zentrale Publikation für diese Erhebung stellt der alle zwei Jahre erscheinende „Datenreport“ (hrsg. vom Statistischen Bundesamt) dar.

<sup>11)</sup> Die Relevanz einer „auf Dauer gestellten“ Survey-Forschung dürfte angesichts des sozialen Wandels in Deutschland einleuchtend sein. Vgl. dazu Giesen/Leggewie (Anm. 1).

<sup>12)</sup> Vgl. dazu Wolfgang Glatzer/Wolfgang Zapf (Hrsg.), Lebensqualität in der Bundesrepublik, Frankfurt 1984; Wolfgang Zapf u. a., Individualisierung und Sicherheit, München 1987; Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Sonderforschungsbereich 3, Datenreport 1985, 1987, 1989, Bonn und Stuttgart 1985, 1987, 1989.

In dieser Übersicht wird ein relativ einfaches Modell dargestellt, in dem den gegebenen *objektiven Lebensbedingungen*, den darauf bezogenen *Ansprüchen und Erwartungen* und schließlich den damit verbundenen *individuellen Bewertungen* (u. a. im Sinne von Zufriedenheit) eine jeweils eigene und vor allem kombinierte Aussagekraft zur übergreifenden Bewertung der wahrgenommenen Lebensqualität zukommt. Daneben spielen allgemeine Wertorientierungen gerade im Ost-West-Vergleich eine wesentliche Rolle. Im folgenden werden wir zu diesen Dimensionen empirische Befunde präsentieren<sup>13</sup>).

Im Gang unserer Argumentation werden wir zunächst ausgewählte Indikatoren zum *Vergleich der objektiven Lebensbedingungen* benutzen, um das Wohlfahrtsgefälle<sup>14</sup> zu beschreiben. In einem zweiten Schritt greifen wir dann die Idee auf, anhand sozialstruktureller Kriterien ein *Gesamtbild typischer sozialer Lagen* im vereinten Deutschland zu präsentieren. Dabei kann zum einen illustriert werden, wie die so konstruierte Sozialstruktur aussehen wird; zum anderen soll gezeigt werden, daß sich hinter vergleichbaren sozialen Lagen erhebliche Unterschiede in den damit verbunde-

nen Lebenschancen verbergen. Ähnlichkeiten und Differenzen werden auch im nächsten Schritt aufgezeigt, indem wir *Lebens- und Familienphasen* in Ost- und Westdeutschland vergleichen. Dies dient auch der empirischen Bestandsaufnahme, ob sich die oft vermutete andere Lebensplanung im Osten Deutschlands nachvollziehen läßt.

Mit der daran anschließenden Darstellung des unterschiedlichen *subjektiven Wohlbefindens* wird der Überlegung Rechnung getragen, daß für die Beurteilung des Wohlfahrtsgefälles und der Angleichungschancen individuelle Bewertungen eine wesentliche Rolle spielen – hier erweist sich die Gesamtbevölkerung Ostdeutschlands als „gesamtdeutsche Problemgruppe“.

Individuelle Bewertungen gegebener Lebensverhältnisse werden vor dem Hintergrund spezifischer Ansprüche abgegeben. Daß solche Orientierungen und Ansprüche im Osten nicht nur ein anderes Niveau haben, sondern auch als Ausdruck einer anderen Anspruchshaltung und Mentalität begriffen werden können, steht im Mittelpunkt des nächsten Abschnittes. Diese Beschreibung soll durch eine Zeitperspektive ergänzt werden: Der Blick nach vorn soll auf den doppelten Zukunftshorizont (Helmut Klages) aufmerksam machen; Optimismus und Zukunftsangst sind gleichermaßen Aspekte der weiteren Entwicklung.

Wir werden dabei argumentieren, daß das Wohlfahrtsgefälle in den objektiven Lebensbedingungen zwischen beiden Teilen Deutschlands im beginnenden Transformationsprozeß von überragender Bedeutung sein wird; in einer mittelfristigen Perspektive könnten allerdings subjektive Komponenten in den Vordergrund treten. Politische Maßnahmen – im Sinne von Ralf Dahrendorf<sup>15</sup>) normale Politik im Gegensatz zu Verfassungspolitik – können und werden dazu beitragen, daß sich die Lebensverhältnisse allmählich angleichen. Ob dadurch bereits Potentiale für das „Zusammenwachsen“ gegeben sind, würden wir eher mit Skepsis beurteilen: Wir werden zu zeigen versuchen, daß

<sup>13</sup>) Ergebnisse aus dem Wohlfahrtssurvey 1990 Ost finden sich vor allem in: Roland Habich/Detlef Landua/Eckhard Priller, Geringere Lebenszufriedenheit in der ehemaligen DDR, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Nr. 5, Januar 1991, S. 1–4; Roland Habich/Michael Häder/Peter Krause/Eckhard Priller, Die Entwicklung der subjektiven Lebenslagen vom Januar 1990 bis zum Herbst 1990 in der DDR und Ostdeutschland; in: Projektgruppe „Das Sozioökonomische Panel (Anm. 6)“, S. 332–356; Detlef Landua/Annette Spellerberg/Roland Habich, Der lange Weg zur Einheit. Unterschiedliche Lebensqualität in den „alten“ und „neuen“ Bundesländern. Arbeitspapier P 91–101, AG Sozialberichterstattung, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin 1991. Die folgenden Darstellungen basieren weitgehend auf diesen Auswertungen.

<sup>14</sup>) Unterschiede in den objektiven Lebensbedingungen waren, obgleich frühere Diskussionen stärker auf Gemeinsamkeiten beider deutschen Staaten abgehoben hatten, durchaus bekannt: Vgl. dazu Teil B der Materialien zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987. Bezeichnenderweise wurde der erste systematische Vergleich ausgewählter Lebensbedingungen von einer finnischen Kollegin vorgelegt; vgl. Marie-Louise von Bergman-Winberg, Wohlfahrt, Lebensniveau und Lebensweise im deutsch-deutschen Vergleich. Swedish School of Economics and Business Administration, Bd. 38, Helsingfors 1987. Katharina Belwe, Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der DDR, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Bonn 1989. S. 125–143, bleibt eine lesenswerte Analyse zu Problemen des sozialstrukturellen Wandels. Ein guter Überblick „Zur Geschichte soziologischer Forschung in der DDR“ ist von Rüdiger Thomas vorgelegt worden (in: Heiner Timmermann [Hrsg.], Lebenslagen, Sozialindikatorenforschung in beiden Teilen Deutschlands. Saarbrücken 1990, S. 9–35).

<sup>15</sup>) In seinen auch für die erwarteten Umbrüche der näheren Zukunft beachtenswerten „Betrachtungen über die Revolution in Europa“ (Stuttgart 1990) entwickelt Ralf Dahrendorf die These, daß die Revolution in Osteuropa nicht als eine Entscheidung für den westlichen Kapitalismus, sondern für die „offene Gesellschaft“ zu interpretieren sei. Während die Übernahme von „Verfassungspolitik“ ohne allzu große Friktionen geschehen würde, stünden für die „normale Politik“ eine Reihe von konkurrierenden Optionen zur Diskussion. Seine Schlußfolgerung, daß nach einer Angleichung der materiellen Lebensbedingungen „andere Elemente des westlichen Lebensstiles auf dem Fuß folgen“ (S. 119), sehen wir – wie noch zu zeigen ist – weniger optimistisch.

40 Jahre DDR-Geschichte nicht nur „andere“ Lebensbedingungen geschaffen haben, sondern daß damit auch „andere“ Werte, Einstellungen, Ansprüche verbunden sind, die sich nicht bruchlos in

das westdeutsche Wertesystem transformieren lassen. In dieser subjektiven Dimension könnten spezifische Probleme und Konfliktpotentiale der weiteren Entwicklung liegen.

### III. Objektive Lebensbedingungen – ein Überblick

#### 1. Basisdaten

Als ein Resultat der 40 Jahre anhaltenden Teilung der beiden deutschen Staaten verbleibt auch nach der Wiedervereinigung ein hohes Ausmaß an Unkenntnis über die konkreten Lebensumstände im anderen Teil Deutschlands<sup>16)</sup>. Empirische Befunde über objektive Lebensbedingungen im Osten Deutschlands bewirken allerdings beim Leser oftmals ein unvermeidliches Déjà-vu-Erlebnis, das möglicherweise weniger auf Fakten als auf Vermutungen beruht. Die scheinbar triviale Feststellung, daß die ehemalige DDR eine – verglichen mit der

Gesellschaft der Bundesrepublik – *andere Gesellschaft war und immer noch ist*, muß empirisch belegt werden. Es ist deshalb naheliegend, zunächst anhand einiger ausgewählter Indikatoren die überwiegend unterschiedlichen objektiven Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland anzusprechen. Wir haben dazu wenige Indikatoren ausgewählt: Zu den für die Lebenschancen zentralen Bereichen Einkommen, Wohnen und Erwerbsbeteiligung, zur Konfessionszugehörigkeit sowie für den Umweltbereich werden einige Basisinformationen dokumentiert.

**Tabelle 1: Indikatoren zu objektiven Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland**

Indikator	Insgesamt		Erwerbstätige		Rentner		Arbeitslose	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Haushaltsnettoeinkommen/Kopf (in DM)	1218	733	1320	793	1312	653	973	552
Anteil der Miete (%)	15	4	13	3	18	5	17	4
Anteil an Wohnungseigentümern (%)	46	19						
Wohnungsausstattung (%)								
– mit Bad in der Wohnung	99	84						
– mit WC in der Wohnung	97	83						
– mit Zentralheizung	83	51						
– mit Bad, WC und Zentralheizung	80	49						
Bevölkerungsanteil ohne Konfession (%)	8	67						
Anteil (%) – Männer (18 bis 64 Jahre)			80	88				
– Frauen (18 bis 64 Jahre)			38	72				

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Wohlfahrtssurvey 1990-Ost.

**Haushaltseinkommen:** Das Haushaltseinkommen pro Kopf zeigt im Ost-West-Vergleich selbstverständlich noch erhebliche Differenzen. Die Bürger

der ehemaligen DDR „erreichen“ insgesamt lediglich rund 60 Prozent des Einkommensniveaus eines westdeutschen Haushalts. Für die Versorgungs-

<sup>16)</sup> Vgl. Anm. 13. Im Hinblick auf die tatsächliche ökonomische Lage der früheren DDR kann man eine westliche Überschätzung feststellen: „Bonn's forecasts were off in large measure because western analysts had for decades overestimated productivity, as measured by per capita gross domestic product, in East Germany. Spy satellites may enable intelligence agencies to read car license plates from space, but no one ever developed a reliable method of evaluating economic output in the countries of the old East bloc. ... West

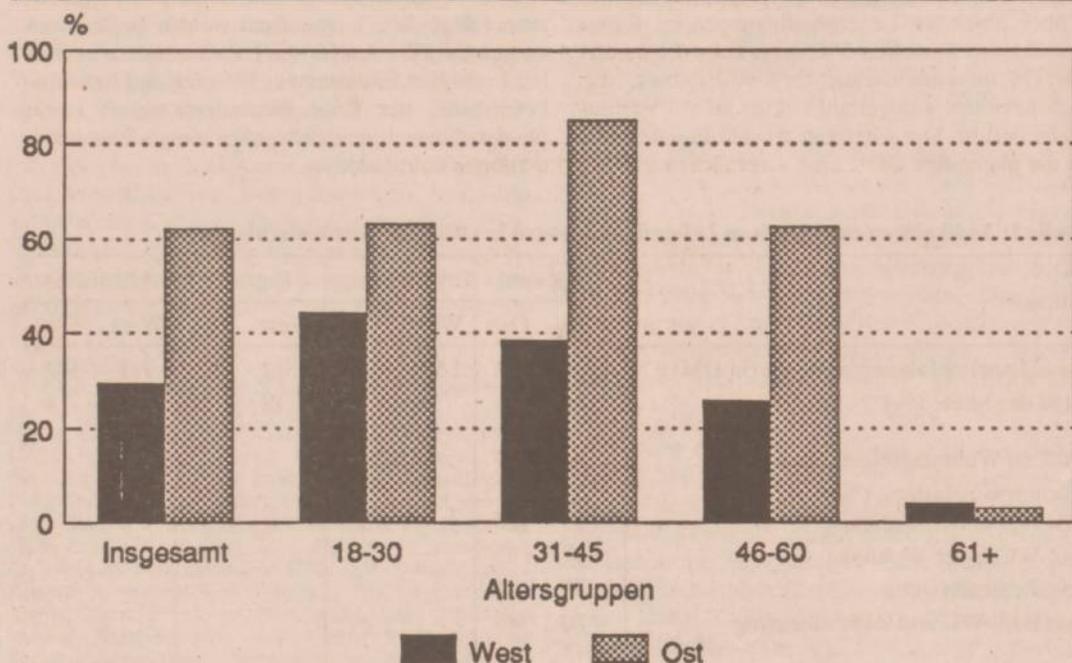
Germans were not alone in their misperceptions and misinterpretations. Other governments and institutions viewed fairly uncritically the Honecker regime's claim that the GDR was one of the 10 strongest economies in the world; in 1985 none other than the CIA had estimated East German productivity at an astounding 102% of the West German rate. On the eve of unification, the West Germans lowered their productivity estimates for the east to around 50%." (Time Magazine, July 1991).

klassen der Rentner und Arbeitslosen stellt sich die Einkommenssituation (bis Ende 1990) noch ungünstiger dar. Gleichzeitig ist aber zu berücksichtigen, daß der Anteil der Wohnungsmieten am Haushaltseinkommen im Westen (noch) rund viermal so hoch ist wie im Ostteil Deutschlands. Die absolute Höhe der Einkommen läßt insofern nur eingeschränkte Aussagen über die Bedarfsdeckungsmöglichkeiten der Privathaushalte zu.

*Wohnsituation:* Erhebliche Unterschiede sind auch bei zentralen Aspekten der Wohnungsversorgung

erkennbar<sup>17</sup>). Neben dem zunächst vielleicht überraschend hohen, aber im Vergleich zum Westen deutlich geringeren Anteil an Wohnungseigentum in Ostdeutschland beziehen sich diese Unterschiede auch auf die Qualität der Wohnungsausstattung. Die Verbreitung von Bad/Dusche, Inntoilette und insbesondere Zentralheizung weist ein erhebliches Ost-West-Gefälle auf. Weniger als die Hälfte aller Wohnungen (49 %) in der ehemaligen DDR verfügt über alle drei genannten Ausstattungsmerkmale. Trotz der früheren Anstrengun-

**Schaubild 1: Anteil erwerbstätiger Ehefrauen in einzelnen Altersgruppen**



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Wohlfahrtssurvey 1990-Ost.

gen, die sanitär- und heizungstechnische Ausstattung der Wohnungen durch Neubau und Modernisierung zu verbessern, bleibt der bis 1990 erreichte Stand hinter dem Niveau vieler westeuropäischer Staaten zurück. Die Wohnverhältnisse in Westdeutschland haben sich in den letzten Jahrzehnten zwar ständig verbessert, aber nach wie vor gibt es Versorgungsprobleme, die sich in jüngster Zeit sogar wieder verstärkt haben<sup>18</sup>). Dennoch lebt die

Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung in guten Wohnbedingungen.

*Erwerbsbeteiligung:* Der Arbeitsmarkt der ehemaligen DDR ist durch eine hohe Frauenerwerbsquote gekennzeichnet<sup>19</sup>). Fast drei Viertel aller ost-

<sup>17</sup>) Die Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung hat Ende 1990 eine vergleichende Erhebung für den Wohnungsbereich in Ost- und Westdeutschland durchgeführt; siehe BfLR-Mitteilungen, Nr. 1/März 1991.

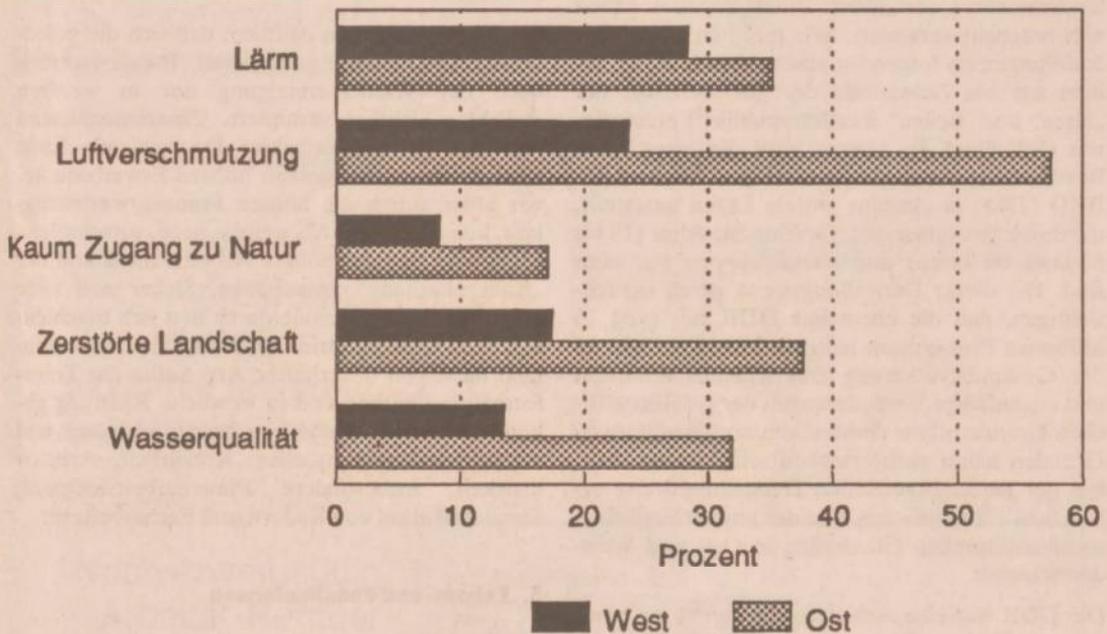
<sup>18</sup>) Vgl. dazu Datenreport 1989 (Anm. 12), S. 122 ff.

<sup>19</sup>) Zur Arbeitsmarktsituation in der früheren DDR vgl. auch Heinz-Herbert Noll, Lange Arbeitszeit und hohe Erwerbstätigkeit. Die Lebensbedingungen in der DDR. Eine Bestandsaufnahme, in: Blick durch die Wirtschaft, Nr. 161, 22. August 1990, S. 7. Zentrale Ergebnisse zum Lebensbereich Arbeitsmarkt vor der Währungsunion sind in Wagner/von Rosenblatt/Blaschke (Anm. 5) ausführlich dargestellt. Inzwischen wird von Infratest Sozialforschung ein auf Umfragedaten basierender regelmäßiger „Arbeitsmarktmonitor“ angeboten.

deutschen Frauen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren waren Ende 1990 (noch) erwerbstätig. Diese Quote übersteigt die westdeutsche um mehr als das Doppelte. Auf der Basis der Erwerbsquoten verheirateter Frauen (Schaubild 1) wird deutlich, daß – im Gegensatz zum westlichen Teil der Bundesrepublik – Familienhaushalte mit „Zweit-Verdienern“ in der ehemaligen DDR der Regelfall waren und sind. Die erkennbaren Einkommensunterschiede zwischen ost- und westdeutschen Haus-

halten erhalten durch diesen Tatbestand ein zusätzliches Gewicht. Ob der momentane Freisetzungszugang von Frauen weiter anhalten wird, bleibt unklar; aus dieser Gruppe dürfte aber auch der Personalbestand für den sich entwickelnden Dienstleistungsbereich kommen. Wahrscheinlich ist auch, daß die westdeutsche Diskussion um Frauenerwerbstätigkeit, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Erfahrungen der DDR-Frauen intensiviert wird.

Schaubild 2: Umweltbelastungen am Wohnort – (Sehr) starken Grund zur Klage haben bezüglich:



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Wohlfahrtssurvey 1990-Ost.

**Konfessionszugehörigkeit:** Auch andere, sozialstrukturell bedeutsame Gesellschaftsbereiche werden durch die Wiedervereinigung substantiell verändert. Nur jeder dritte Ostdeutsche gehört einer Kirche an, im vereinten Deutschland wird deshalb der Anteil der Konfessionslosen von rund acht auf fast 20 Prozent der erwachsenen Bevölkerung ansteigen und damit das laizistische Element verstärken<sup>20</sup>).

<sup>20</sup>) Dies ist ein Argument von Wolfgang Zapf über den „Schuß Ostfarbe“, den die frühere DDR in die gesamtdeutsche Sozialstruktur einbringen wird; vgl. Wolfgang Zapf, Der Untergang der DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung, in: Giesen/Leggewie (Anm. 1), S. 38ff.

**Umwelt:** In jedem der von uns abgefragten Umweltbereiche äußerten erheblich mehr Ost- als Westdeutsche, von wahrnehmbaren Umweltbelastungen an ihrem Wohnort „stark“ bzw. „sehr stark“ betroffen zu sein (Schaubild 2). Fast 60 Prozent der Befragten im Osten der Bundesrepublik (Westen: 23 %) klagten über die Luftverschmutzung, fast 40 Prozent (Westen: 17 %) kritisieren das Ausmaß der Landschaftszerstörung und jeder Dritte klagt über Lärmbelästigung (28 %) und schlechte Wasserqualität (13 %). Entgegen der in der Öffentlichkeit stets zitierten Übereinstimmung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen in der DDR bestanden gravierende Diskrepanzen zwischen Anspruch und Realität.

Die ehemalige Staatsführung der DDR hat dem vereinten Deutschland als Umwelt-Erbe eine schwere ökologische Krise hinterlassen, die zusätzlich zu den weiterhin notwendigen westdeutschen Umweltschutzmaßnahmen Staat und Bürgern gewaltige Leistungen abverlangen wird.

## 2. Ein Gesamtbild sozialer Lagen im vereinten Deutschland

Das wiedervereinigte Deutschland umfaßt nicht nur zwei Gesellschaftssysteme, die sich hinsichtlich vieler objektiver Lebensbedingungen voneinander unterscheiden; auch einzelne Elemente der sozialen Schichtung der „alten“ Bundesrepublik haben sich prägnant verändert. Wir möchten diese Veränderungen im folgenden anschaulich machen, indem wir ein Gesamtbild der Sozialstruktur der „alten“ und „neuen“ Bundesrepublik<sup>21)</sup> präsentieren (Schaubild 3). Hierzu wird die erwachsene Bevölkerung der ehemaligen DDR (1990) und der BRD (1988) in einzelne soziale Lagen unterteilt, die durch Erwerbsstatus, Geschlecht, Alter (18 bis 60/über 60 Jahre) und Berufsgruppen bestimmt sind. Bei dieser Darstellungsweise ist zu berücksichtigen, daß die ehemalige DDR mit rund 16 Millionen Einwohnern lediglich knapp ein Viertel der Gesamtbevölkerung Deutschlands ausmacht und augenfällige Veränderungen der gesellschaftlichen Grundstruktur damit schon aus quantitativen Gründen kaum vorherrschend sein können. Mittels der maßstabsgerechten Darstellungsweise erhält man ein plastisches Bild der unterschiedlichen sozialstrukturellen Gliederung in Ost- und Westdeutschland:

Die DDR war eine *Arbeitsgesellschaft*<sup>22)</sup> mit einer deutlich höheren Erwerbsquote, insbesondere der Frauen. Die (größenproportional umgerechneten) Anteile weiblicher Beschäftigter in Ostdeutschland liegen in fast allen Erwerbstätigengruppen deutlich über den Anteilen in Westdeutschland. Umgekehrt zählen die großen westdeutschen Soziallagen mit hohem Frauenanteil (Hausfrauen, noch nie hauptberuflich Erwerbstätige) im Osten zu eher

marginalen Randgruppen. Die auch in Westdeutschland relativ kleine Gruppe der Selbständigen erhielt nach der Wiedervereinigung zunächst noch wenig Zustrom aus dem ostdeutschen Erwerbspersonenpotential.

Die DDR war eine *Arbeitergesellschaft*, präziser: eine *Facharbeitergesellschaft*<sup>23)</sup>, aber mit einem nicht unerheblichen Leitungsüberbau und zugleich Unternutzung der Fachqualifikationen. Erkennbar sind auch negative Folgen des sozialstrukturellen Transformationsprozesses in der ehemaligen DDR, beispielsweise in Gestalt des überproportionalen Anteils an (überwiegend weiblichen) Arbeitslosen.

Der Vergleich macht deutlich, daß sich die gesellschaftliche Gliederung der „alten“ Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung nur in wenigen Aspekten sichtbar verändert. Zusammenfassend läßt sich die Sozialstruktur Deutschlands Ende 1990 durch eine insgesamt höhere Erwerbsquote, vor allem durch die höhere Frauenerwerbstätigkeit, kennzeichnen. Als weitere neue, substantielle Merkmale sind der höhere Arbeiteranteil und der „Kaderüberhang“ festzuhalten. Sicher sind viele dieser Strukturmerkmale durch den sich beschleunigenden Umstrukturierungsprozeß in Ostdeutschland nicht von dauerhafter Art. Sollte die Transformation überwiegend in westliche Richtung gehen, dann liegen genau hier bereits wirksame und zukünftige Konfliktquellen: Kurzarbeit; Arbeitslosigkeit, insbesondere Frauenarbeitslosigkeit; Dequalifikation von Kadern und Facharbeitern.

## 3. Lebens- und Familienformen

Die Familie ist ein zentraler Lebensbereich; von großer Bedeutung ist sie für die Befriedigung emotionaler Bedürfnisse. Die Familie kann Spannungsausgleich und ein emotionales Rückzugsfeld gegenüber Ansprüchen von „außerhalb“ bieten. Ehe und Familie leisten somit Beiträge zum subjektiven Wohlbefinden ihrer Mitglieder. Für die Familie läßt sich eine Abfolge typischer Entwicklungsphasen<sup>24)</sup> bestimmen: junge Erwachsene in der vorehelichen Phase, die noch bei ihren Eltern

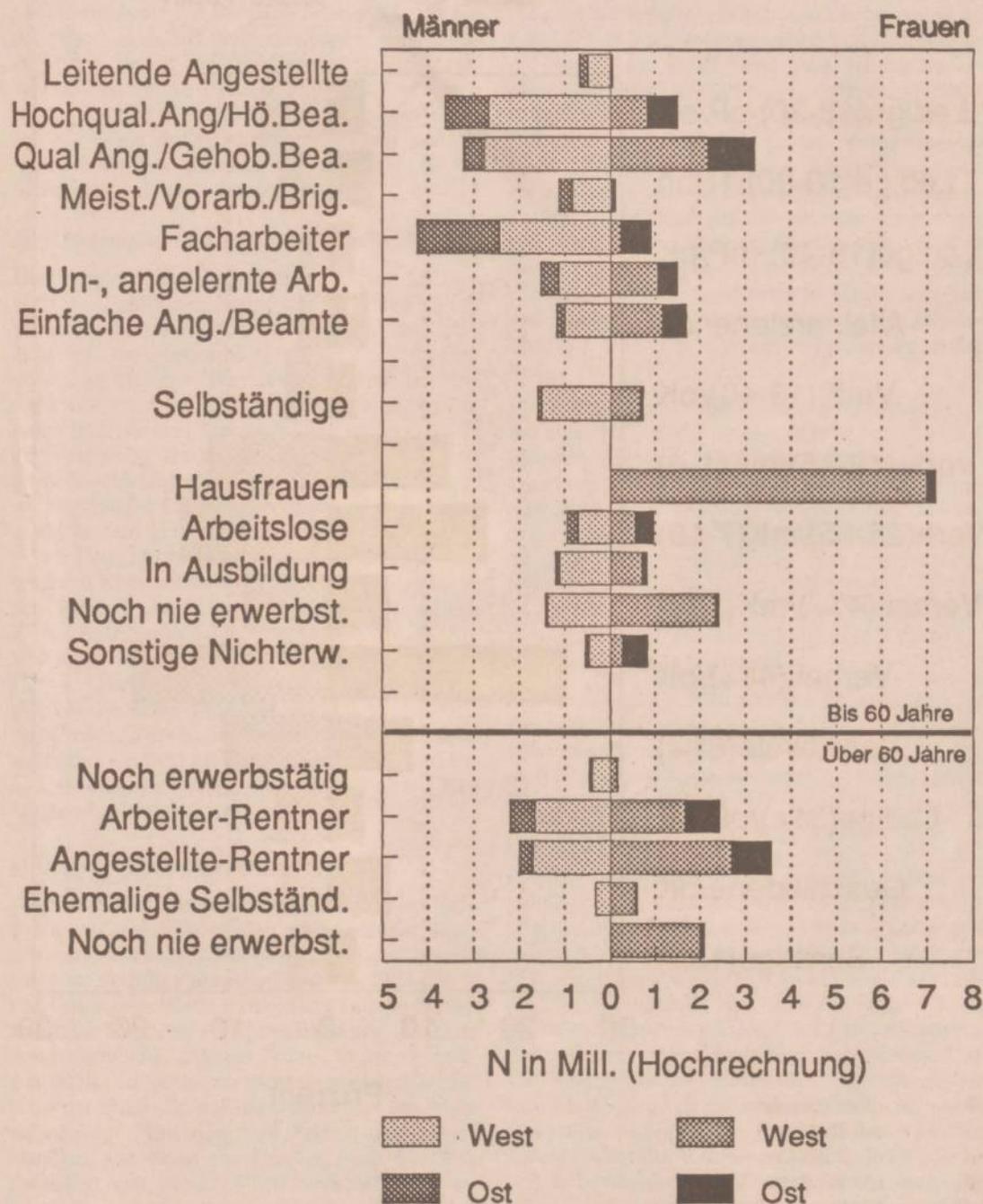
<sup>21)</sup> Die konstruierten „sozialen Lagen“ sind für die „alte“ Bundesrepublik erstmals dokumentiert bei Wolfgang Zapf, Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, in: Weidenfeld/Zimmermann (Anm. 14), S. 111 ff. Ausführlichere Ergebnisse für die frühere DDR finden sich bei Detlef Landua/Wolfgang Zapf, Deutschland nach der Wiedervereinigung: Zwei Gesellschaften, eine Nation, in: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI), Heft 6, Juli 1991, S. 10–13.

<sup>22)</sup> Sie war jedoch keine Leistungsgesellschaft; vgl. dazu Frank Adler, Soziale Umbrüche, in: Rolf Reißig/Gert-Joachim Glaebner (Hrsg.), Das Ende eines Experiments, Berlin 1991, S. 174 ff.

<sup>23)</sup> Ergebnisse zur Qualifikation „Facharbeiter“ dürfen, wie bereits erwähnt, nicht überbewertet werden. Hier geht es allerdings nicht um Qualifikationen, sondern um die berufliche Stellung.

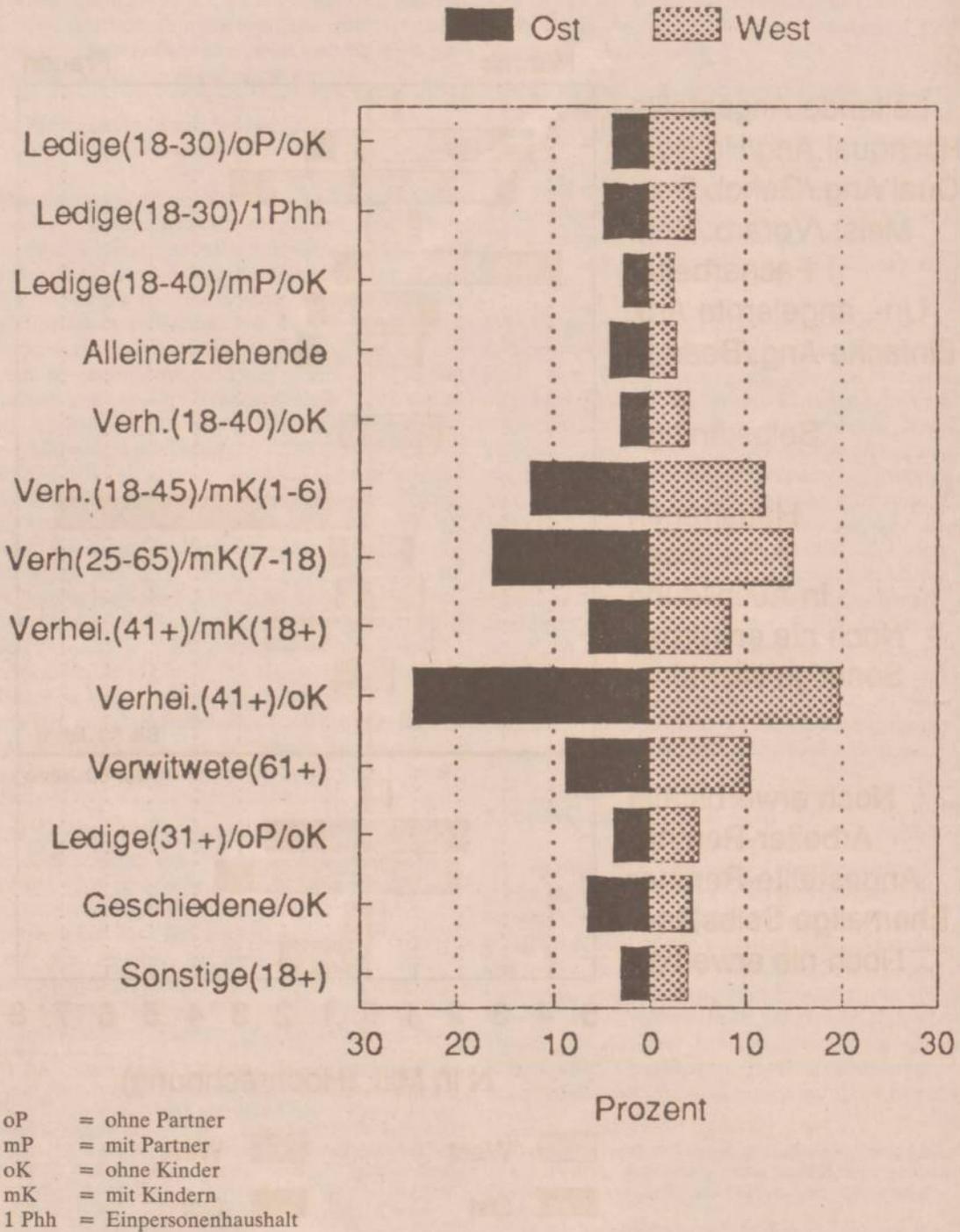
<sup>24)</sup> Die hier verwendete Klassifikation wurde auch aus Vergleichszwecken analog den in den Datenreports (1985, 1989) benutzten Kategorien konstruiert. Lediglich die Gruppe der Ledigen ohne Partner und ohne Kinder wurde zusätzlich in Ein- und Mehrpersonenhaushalte aufgliedert.

Schaubild 3: Soziale Lagen in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Wohlfahrtssurvey 1990-Ost.

Schaubild 4: Lebens- und Familienformen in Ost- und Westdeutschland



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Wohlfahrtssurvey 1990-Ost.

oder bereits (alleine) in einem eigenen Haushalt leben; junge Verheiratete, die noch keine Kinder haben; Verheiratete mit Kleinkindern, Schulkindern, erwachsenen Kindern; die „nachelterliche Gefährtschaft“ der Ehepaare, deren Kinder den elterlichen Haushalt verlassen haben; schließlich die Phase, die mit der Verwitwung beginnt. Daneben gibt es andere Lebens- und Familienformen wie Ledige, die mit dem Partner zusammenleben, und die sogenannten Alleinerziehenden; schließlich noch die Geschiedenen und diejenigen, die ihr Leben lang unverheiratet bleiben.

#### a) Verteilungen von Lebens- und Familienformen

Der Vergleich der Verteilungen dieser Lebens- und Familienformen zeigt für Ost- und Westdeutschland erstaunlich viele Parallelen, aber auch kleinere, nennenswerte Unterschiede (Schaubild 4). In Ost- und Westdeutschland stellen Ehe und Familie die vorherrschenden Formen des Zusammenlebens dar. Unterschiede ergeben sich in der Verteilung der Familienformen nicht zuletzt durch das (bislang noch) niedrigere Heiratsalter in der ehemaligen DDR. Dies findet seine Entsprechung in dem geringeren ostdeutschen Anteil an jungen Ledigen ohne Partner und Kinder, die noch bei ihren Eltern wohnen (erste Gruppe), sowie in dem höheren Anteil an älteren Ehepaaren ohne Kinder im Haushalt. Die überproportionalen Anteile an Geschiedenen und Alleinerziehenden im Ostteil Deutschlands verweisen auf eine vergleichsweise hohe Dynamik der DDR-Familienverhältnisse. Dies ist ein bemerkenswerter Befund angesichts der erklärten Ziele der Sozial- und Familienpolitik der DDR, die auf stabile, auf Ehe beruhenden Familien ausgerichtet war<sup>25</sup>).

#### b) Objektive Lebensbedingungen

Angesichts der ähnlichen Verteilung sollte nicht außer acht gelassen werden, daß jede der angeführten Lebens- und Familienformen mit spezifischen objektiven Lebensbedingungen (Tabelle 2) und subjektiven Befindlichkeiten (Tabelle 3) verknüpft ist. Betrachtet man den durchweg niedrigen Anteil nichterwerbstätiger Frauen in der ehemaligen DDR, so vermittelt sich – zumindest äußerlich – der Eindruck, daß die sozialpolitischen Maßnahmen zur Förderung von Frauen und jungen Familien, vor allem zur Ermöglichung der Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft, sehr erfolgreich waren. Selbst verheiratete Frauen mit Kleinkindern gehen mehrheitlich (62 %) einer

hauptberuflichen Erwerbstätigkeit nach. Dementsprechend höher als in Westdeutschland ist die durchschnittliche Zahl der erwerbstätigen Personen in den einzelnen Lebens- und Familienformen. Allerdings ermöglicht selbst dieser hohe Anteil an zusätzlichen Einkommensquellen pro Haushalt in der ehemaligen DDR keine Angleichung an die entsprechenden westlichen Einkommensverhältnisse. Vielmehr stellt sich bislang, insbesondere für Familien mit Kleinkindern, das Vorhandensein eines „Zweit-Verdieners“ im Haushalt geradezu als eine ökonomische Notwendigkeit dar. Aus finanzieller Sicht höchst problematisch ist vor allem die Lage der Alleinerziehenden im Ostteil Deutschlands. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen pro Kopf dieser (überwiegend weiblichen und geschiedenen) Personen liegt in der Hierarchie aller Familien- und Lebensformen an letzter Stelle.

Ein erklärtes Ziel des Wohnungsbauprogramms der alten DDR-Führung galt dem Abbau von Disproportionen in den Wohnbedingungen zwischen einzelnen sozialen oder demographischen Gruppen. Statistisch zuverlässige Angaben über Wohnraumversorgung, Wohnungsgröße etc. beispielsweise von Arbeiterhaushalten oder einzelnen Familientypen wurden jedoch nicht veröffentlicht. Die „Fortschritte“ wurden in der politischen Argumentation allein durch die Vergabepraktiken der örtlichen Staatsorgane belegt.

An der Belegungsdichte der Wohnungen kann für die „alte“ Bundesrepublik die in den letzten Jahrzehnten kontinuierliche Verbesserung der Wohnverhältnisse abgelesen werden: 1988 standen jeder Person durchschnittlich fast 1,7 Wohnräume zur Verfügung; für viele ostdeutsche Familien zeichnet sich hier ein teilweise höchst negatives Bild ab. Obwohl auch in der ehemaligen DDR bestimmte Familien- und Lebensformen mit einer durchaus angemessenen Belegungsdichte ihrer Wohnungen existierten (Ältere, Alleinstehende), entspricht die Belegungsdichte von 1,37 nur dem Stand der „alten“ Bundesrepublik vor über 20 Jahren<sup>26</sup>), in vielen ostdeutschen Familien mit Kindern müssen sich sogar mehrere Angehörige einen Raum ihrer Wohnung teilen. Im Gesamteindruck zeichnet sich damit in Ostdeutschland eine deutliche – der westdeutschen vergleichbare – Differenzierung der Belegungsdichte der Wohnungen einzelner Familien- und Lebensformen ab. Kennzeichen der ostdeutschen Verhältnisse ist auch hier wiederum das durchweg niedrigere Niveau der Lebensbedingungen.

<sup>25</sup>) Vgl. dazu die Ausführungen im Sozialreport 1990 (Anm. 2), S. 253 ff. und im Frauenreport (Anm. 2) S. 101 ff.

<sup>26</sup>) Siehe Datenreport 1989 (Anm. 12), S. 128.

**Tabelle 2: Ausgewählte objektive Merkmale in unterschiedlichen Lebens- und Familienformen**

	Insgesamt	Nichterwerbs-tätige		Erwerbs-tätige/ Haushalt	Anzahl Zimmer/ Person	Haushalts- einkommen/ Kopf
	West (Ost)	Männer West (Ost)	Frauen West (Ost)	West (Ost)	West (Ost)	West (Ost)
	in Prozent			Mittelwert		
Ledige ohne Partner/ohne Kinder (18-30 Jahre) Mehrpersonenhh.	8 ( 4)	39 (15)	45 (45)	2,22 (2,41)	1,48 (1,03)	1120 ( 788)
Ledige ohne Partner/ohne Kinder (18-30 Jahre) Einpersonenhh.	6 ( 5)	47 ( 6)	27 ( 0)	0,62 (0,90)	1,89 (1,37)	1382 (1064)
Ledige mit Partner/ohne Kinder (18-40 Jahre)	3 ( 3)	41 ( 6)	26 (24)	1,44 (1,66)	1,42 (1,00)	1435 ( 827)
Alleinerziehende	3 ( 5)	22 ( 0)	55 (11)	0,94 (1,24)	1,59 (1,25)	1143 ( 541)
Verheiratete/ohne Kinder (18-40 Jahre)	4 ( 3)	8 ( 0)	22 (20)	1,74 (1,82)	1,73 (0,96)	1586 ( 900)
Verheiratete/mit Kleinkindern bis 6 Jahre (18-45 Jahre)	12 ( 12)	10 ( 1)	72 (38)	1,22 (1,71)	1,12 (0,85)	834 ( 552)
Verheiratete/mit Schulkindern bis 18 Jahre (25-65 Jahre)	15 ( 16)	3 ( 1)	68 (12)	1,61 (2,11)	1,25 (0,98)	957 ( 641)
Verheiratete mit erwachsenen Kindern (41+ Jahre)	9 ( 7)	23 (13)	74 (22)	1,88 (2,61)	1,46 (1,06)	1115 ( 733)
Verheiratete/ohne Kinder (41+ Jahre)	20 ( 25)	59 (49)	80 (64)	0,66 (0,94)	1,84 (1,45)	1355 ( 772)
Verwitwete (61 Jahre und älter)	10 ( 8)	100 (89)	99 (100)	0,10 (0,02)	2,68 (2,39)	1500 ( 656)
Ältere Ledige ohne Partner/ ohne Kinder (31+ Jahre)	5 ( 4)	20 ( 4)	75 (45)	0,67 (0,69)	2,53 (1,89)	1675 (1101)
Geschiedene/ohne Kinder (18+ Jahre)	4 ( 7)	23 (23)	72 (55)	0,76 (0,69)	2,13 (1,99)	1512 ( 904)
Insgesamt	100 (100)	32 (23)	70 (46)	1,26 (1,35)	1,66 (1,35)	1217 ( 733)

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Wohlfahrtssurvey 1990-Ost.

### c) Subjektives Wohlbefinden

Die spezifischen Lebensbedingungen und die Besonderheiten und Belastungen der Umbruchsituation des Jahres 1990 wirken sich – zumindest in Ostdeutschland – auf die subjektive Befindlichkeit der Menschen aus (Tabelle 3). So fühlen sich Alleinerziehende, Geschiedene, ältere Ledige sowie insbesondere ältere Verwitwete in Ost und West oft unglücklich oder einsam. Erwartungsgemäß sind demgegenüber Verheiratete in der Regel nur unterdurchschnittlich von diesen subjektiven Problemlagen betroffen. Im östlichen Teil Deutschlands sind diese Symptome in fast allen Lebens- und Familienformen vergleichsweise häufig erkennbar. Vor allem in dem hohen Ausmaß

gefühlsmäßiger Beeinträchtigungen alleinerziehender, geschiedener und verwitweter Ostdeutscher dürften dabei die – auch im Westen erkennbaren – subjektiven Belastungen dieser Lebensformen und die fehlende Unterstützung familialer Netzwerke im Rahmen der gesellschaftlichen Veränderungen kumulieren.

Die Zufriedenheit<sup>27)</sup> mit der Arbeitsteilung im Haushalt erhält als Indikator nicht zuletzt durch die unterschiedlichen Erwerbsquoten verheirateter Frauen in Ost- und Westdeutschland ihre Brisanz. In beiden Teilen Deutschlands ist die Zufriedenheit

<sup>27)</sup> Zufriedenheiten werden in unserem Konzept auf einer Skala von 0 bis 10 gemessen (0 = ganz und gar unzufrieden; 10 = ganz und gar zufrieden).

**Tabelle 3: Ausgewählte subjektive Merkmale in unterschiedlichen Lebens- und Familienformen**

	Öft einsam	Unglück- lich	Zufriedenheit <sup>1)</sup> mit:			
			Arbeitsteilung im Haushalt		Ehe/Partner- schaft	
			Männer West (Ost)	Frauen West (Ost)	Männer West (Ost)	Frauen West (Ost)
	in Prozent		Mittelwert			
Ledige ohne Partner/ohne Kinder (18-30 Jahre) Mehrpersonenh.	10 (20)	5 (11)	- <sup>2)</sup> -	- -	- -	- -
Ledige ohne Partner/ohne Kinder (18-30 Jahre) Einpersonenh.	9 ( 8)	4 ( 0)	- -	- -	- -	- -
Ledige mit Partner/ohne Kinder (18-40 Jahre)	15 (20)	6 ( 3)	8,1 (8,3)	7,9 (7,8)	8,3 (8,2)	9,4 (8,2)
Alleinerziehende	20 (42)	14 (34)	- -	- -	- -	- -
Verheiratete/ohne Kinder (18-40 Jahre) /	12 ( 0)	1 (20)	8,6 (9,0)	7,2 (8,6)	9,0 (8,6)	8,7 (9,4)
Verheiratete/mit Kleinkindern bis 6 Jahre (18-45 Jahre)	9 (11)	1 ( 4)	8,5 (8,2)	7,7 (7,5)	9,2 (9,0)	8,9 (8,5)
Verheiratete/mit Schulkindern bis 18 Jahre (25-65 Jahre)	6 (15)	2 (11)	8,1 (7,9)	7,0 (7,0)	8,8 (8,7)	8,6 (8,6)
Verheiratete mit erwachsenen Kindern (41+ Jahre)	7 ( 8)	2 (12)	8,4 (8,3)	8,1 (6,6)	9,0 (9,2)	8,8 (8,1)
Verheiratete/ohne Kinder (41+ Jahre)	10 (14)	3 (12)	9,1 (9,1)	8,7 (8,8)	9,1 (9,5)	9,0 (9,5)
Verwitwete (61 Jahre und älter)	44 (71)	11 (33)	- -	- -	- -	- -
Ältere Ledige ohne Partner/ ohne Kinder (31+ Jahre)	25 (27)	9 ( 8)	- -	- -	- -	- -
Geschiedene/ohne Kinder (18+ Jahre)	30 (40)	22 (40)	- -	- -	- -	- -
Insgesamt	14 (21)	4 (15)	8,5 (8,1)	7,9 (7,7)	9,0 (9,0)	8,9 (8,8)

<sup>1)</sup> Mittelwerte einer zehnstufigen Skala von 0 bis 10 (0 = ganz und gar unzufrieden; 10 = ganz und gar zufrieden).

<sup>2)</sup> Nicht definiert.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Wohlfahrtssurvey 1990-Ost.

mit der haushaltsinternen Arbeitsteilung insgesamt recht hoch, gleichzeitig zeichnet sich dabei aber ein deutliches geschlechtsspezifisches Zufriedenheitsgefälle in West und Ost ab. Frauen bewerten die Arbeitsteilung im Haushalt durchweg schlechter als Männer. Bezüglich der Belastung durch Haushalt und Kinderbetreuung finden Frauen offensichtlich nur bedingt Unterstützung seitens der Männer; nur eine Minderheit der Männer fühlt sich für die Hausarbeit (mit-)verantwortlich. Der Ausbau von Kindertagesstätten in der ehemaligen DDR war, vor allem für Ehefrauen mit Kindern, eine notwen-

dige Maßnahme zur Begrenzung der Mehrfachbelastung von Frauen durch Kinder, Haushalt und Beruf. Einen wesentlichen Wandel der (privaten) Vorstellungen über die innerfamiliäre, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hatten diese sozialpolitischen Maßnahmen aber nicht zur Folge.

Die Bewertung von Ehe und Partnerschaft kann als ein zentraler Indikator für den Zustand einer Beziehung angesehen werden. Die jeweiligen Zufriedenheitsangaben der Befragten geben damit zugleich auch Aufschluß über den Zustand in

einem der wichtigsten privaten Lebensbereiche. Ehe bzw. Partnerschaft werden in Ost- und Westdeutschland insgesamt sehr hoch bewertet. Dennoch variiert das Zufriedenheitsniveau in einzelnen Lebens- und Familienformen und zwischen Männern und Frauen zum Teil erheblich. Nicht-eheliche Lebensgemeinschaften werden in Ost und West vergleichsweise schlecht bewertet, allerdings ist die Ursache dieses geringen Zufriedenheitsniveaus, zumindest für die „alte“ Bundesrepublik, vor allem in den relativ schlechten Bewertungen von Männern zu suchen. Verheiratete Frauen in Westdeutschland sind mit ihrer Ehe in allen Familienphasen durchschnittlich etwas unzufriedener als die Ehemänner, das jeweilige Zufriedenheitsgefälle ist aber nicht sehr stark ausgeprägt. Die

Zufriedenheitsdifferenzen zwischen ostdeutschen Ehepartnern erreichen hingegen teilweise ein bemerkenswertes Ausmaß.

So bewerten beispielsweise in jungen Ehen ohne Kinder Ehemänner ihre Beziehung deutlich schlechter und umgekehrt sind in Ehegemeinschaften mit erwachsenen Kindern Ehefrauen mit ihrer Beziehung im Durchschnitt erheblich unzufriedener als Männer. Das absolute Bewertungsniveau und das bestehende Zufriedenheitsgefälle zwischen Ehepartnern sind allein sicher keine hinreichenden Erklärungen für die relativ hohe Instabilität ostdeutscher Ehen, wohl aber sind sie als Faktoren zur Erklärung der hohen Scheidungsziffer in der ehemaligen DDR mit zu berücksichtigen.

#### IV. Subjektives Wohlbefinden

##### 1. Wahrgenommene Lebensqualität

Neben objektiven Aspekten wird die Lebensqualität auf der subjektiven Ebene mit Fragen zur Zu-

friedenheit, zum Glück, zu Sorgen und zu Anomiesymptomen untersucht. Im Indikator „Zufriedenheit“ drückt sich eine bilanzierende Bewertung der persönlichen Lebensbedingungen vor dem

Tabelle 4: Komponenten subjektiven Wohlbefindens

	Allgemeine Lebenszufriedenheit				Glück			
	eher unzufrieden		hochzufrieden		sehr unglücklich	ziemlich unglücklich	ziemlich glücklich	sehr glücklich
	0-4	5-7	8-9	10				
	in Prozent				in Prozent			
Westdeutschland	4	28	50	17	1	5	71	23
Ostdeutschland	13	50	32	6	2	14	73	11

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Wohlfahrtssurvey 1990-Ost.

Hintergrund eigener Erwartungen, Hoffnungen und Ansprüche aus. Glück ist ein eher affektiver Zustand, dessen Ausmaß stärker unmittelbar durch positive und negative Erlebnisse beeinflusst wird<sup>28</sup>).

Das subjektive Wohlbefinden war in der alten Bundesrepublik über die letzten zehn Jahre hinweg auf hohem Niveau stabil<sup>29</sup>). 1988 lag der Durchschnittswert des Indikators „allgemeine Lebenszufriedenheit“ bei 7,9. Die Bevölkerung der ehemaligen DDR weist mit einem Mittelwert von 6,5 ein deutlich niedrigeres Niveau auf. Der Anteil

der Unzufriedenen ist dreimal so hoch wie im Westen (13 % zu 4 %). Ähnliche Unterschiede zeigen sich bei der Einschätzung der emotionalen Befindlichkeit (vgl. Tabelle 4). Während im Osten etwa jeder sechste Befragte angab, „sehr oder ziemlich unglücklich“ zu sein, war es im Westen lediglich jeder zwanzigste. Insgesamt weisen diese Ergebnisse auf ein im Vergleich zum Westen deutlich geringeres Wohlbefinden in der ehemaligen DDR hin. Die Bevölkerung im Osten Deutschlands vermittelt in der Selbsteinschätzung ihrer Lebensumstände ein Bild, das im Westen lediglich bei typischen Problemgruppen (Arbeitslose/alleinlebende, einsame Ältere/dauerhaft gesundheitlich Beeinträchtigte) anzutreffen ist.

<sup>28</sup>) Vgl. Glatzer/Zapf (Anm. 12), S. 13.

<sup>29</sup>) Vgl. dazu Datenreport 1989 (Anm. 12), Teil II.

Die vergleichsweise stärkere Beeinträchtigung der Lebensqualität zeigt sich ebenfalls in der Ausprägung von Besorgnis- und Anomiesymptomen (Tabellen 5 und 6). In der ehemaligen DDR sind die Gefühle von Orientierungslosigkeit, Sinnlosigkeit und Einsamkeit sowie Sorgen verbreiteter als im Westen<sup>30</sup>). Erwähnt werden sollte jedoch auch, daß sich mehr als ein Drittel der Befragten durch keines der Besorgnisssymptome beeinträchtigt fühlt – obgleich dies im Vergleich zum Westen ein relativ geringer Bevölkerungsanteil ist (37 % im Osten, 47 % im Westen). Der tiefgreifende soziale Wandel trifft einzelne Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark, in negativer wie auch in positiver Hinsicht. Vor allem Frauen, Arbeitslose und

Befragte mit niedrigerem Bildungsabschluß zeigen sich verunsichert. Ebenso ist davon auszugehen, daß in diesen Angaben unterschiedliche Bewältigungsstrategien und Ressourcen, sich mit den veränderten Lebensverhältnissen zu arrangieren, zum Ausdruck kommen.

## 2. Zufriedenheit nach Lebensbereichen

In den Wohlfahrtssurveys wird die Frage nach der Zufriedenheit nicht nur als zusammenfassende Bewertung der allgemeinen Lebensbedingungen verwendet, sondern auch für die Beurteilung einzelner Lebensbereiche, wie Familie, Arbeitsplatz, Haushaltseinkommen, Gesundheit, politische Beteiligung, öffentliche Sicherheit oder Umweltschutz. In beiden Teilen Deutschlands stehen die privaten Bereiche Familie, Ehe/Partnerschaft und Arbeitsteilung im Haushalt an der Spitze einer Rangfolge der Zufriedenheiten, während die öffentlichen Bereiche Umweltschutz und öffentliche Sicherheit mit hoher Unzufriedenheit bewertet werden. Diese Problemfelder werden in Ostdeutschland erst seit der Wiedervereinigung deutlich wahrgenommen: Probleme des Umweltschutzes wurden vorher eher verharmlost; eine unklare Rechtslage, mangelnde Autoritäten ebenso wie Meldungen über steigende Gewalttätigkeiten führten zum Vertrauensschwund in die öffentliche Sicherheit. Ein großer Problemdruck besteht aber nicht nur in diesen öffentlichen Belangen, sondern wird auch bei den privaten materiellen Lebensbedingungen wahrgenommen: beim Haushaltseinkommen, bei der Wohnung, beim Lebensstandard und bei der sozialen Sicherheit.

Bemerkenswert ist, daß hinsichtlich der materiellen Lebensbedingungen die Unzufriedenheit in Ostdeutschland noch zunimmt, wie der Vergleich zwischen den Angaben im Sozio-ökonomischen Panel (Juni 1990) und im Wohlfahrtssurvey-Ost (November 1990) zeigen. Die Tendenzen sind trotz des kurzen Zeitraumes klar erkennbar: Die Zufriedenheit mit dem Einkommen sank im Durchschnitt von 5,5 auf 4,7; mit der Arbeit von 7,2 auf 6,7; mit der Wohnung von 6,9 auf 6,5 und im Umweltbereich von 3,1 auf 2,2. Da noch nicht abzusehen ist, wann die Talsohle im Osten durchschritten sein wird, dürfte diese massive Unzufriedenheit weiter fortbestehen oder sich sogar noch verstärken.

## 3. Einstellungen und Wertorientierungen

Der Unzufriedenheit in einzelnen Lebensbereichen sollte vor allem Beachtung geschenkt wer-

**Tabelle 5: Besorgnisssymptome**

Sorgen	West	Ost
	in Prozent	
Öfter erschöpft oder zerschlagen	44	52
Immer wieder Ängste und Sorgen	19	29
Ständig aufgeregt oder nervös	12	17
Gewöhnlich unglücklich oder niedergeschlagen	11	16
Keines der angegebenen Symptome	47	37

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Wohlfahrtssurvey 1990-Ost.

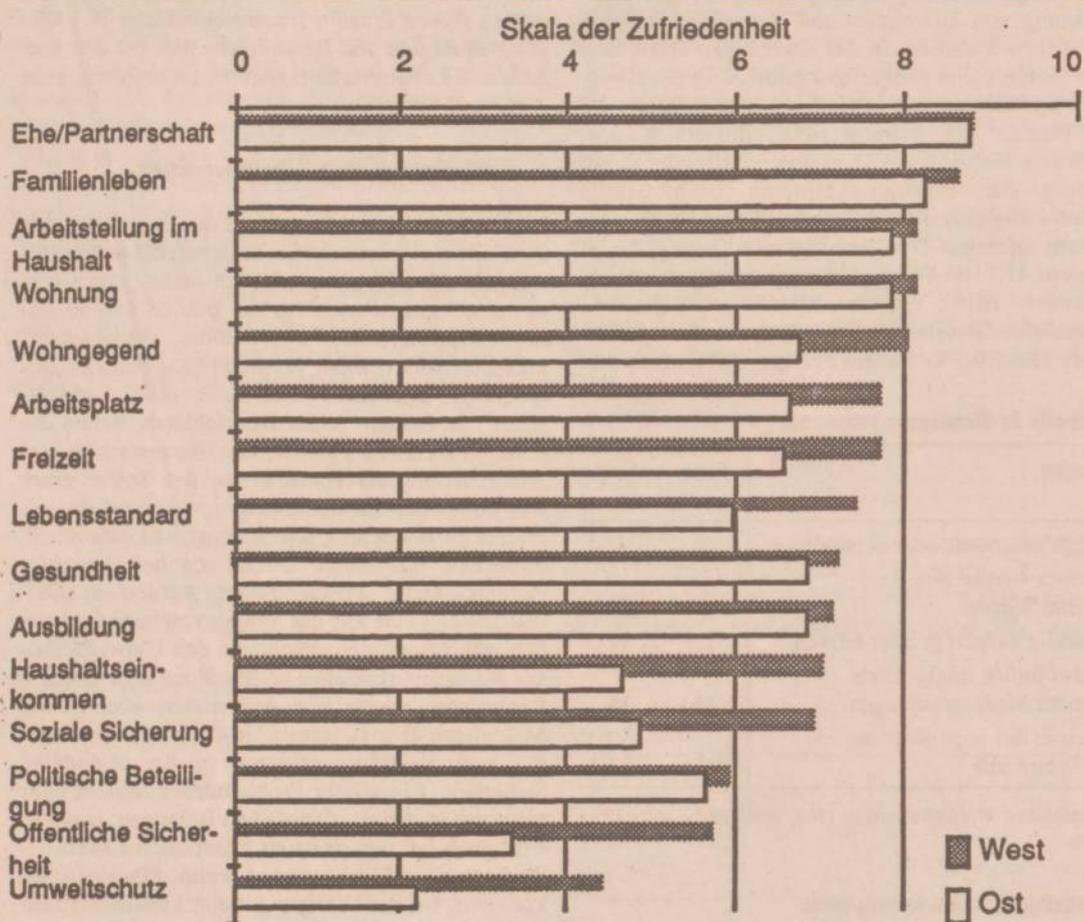
**Tabelle 6: Anomiesymptome**

	Einsamkeit		Sich nicht zurechtfinden		Arbeit macht keine Freude		Schwierigkeiten nicht ändern können	
	++	-- <sup>1)</sup>	++	--	++	--	++	--
	in Prozent							
West	6	54	3	61	4	56	-	-
Ost	10	54	12	25	8	53	34	6

1) ++: stimmt ganz und gar; --: stimmt ganz und gar nicht. Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Wohlfahrtssurvey 1990-Ost.

<sup>30</sup>) In englischsprachigen Veröffentlichungen werden die Begriffe zur Beschreibung der Stimmungslage in der früheren DDR bereits in deutscher Sprache benutzt: „Zukunftsangst is fear of the future“; „Wendekrankheit – turnabout sickness – describes the general malaise that has accompanied the sharp dislocations associated with unification“ (Time Magazine, July 1991).

Schaubild 5: Zufriedenheit mit Lebensbereichen



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988 und 1990-Ost.

den, weil diese das subjektive Wohlbefinden stark beeinflussen. Werden die Wichtigkeitseinschätzungen im Sinne von Ansprüchen an einzelne Lebensbereiche interpretiert, so zeigt sich zunächst eine höhere Anspruchshaltung bei der ostdeutschen Bevölkerung. Die Rangfolge der Wichtigkeiten weist jedoch in den alten und neuen Ländern eine erstaunliche Ähnlichkeit auf: Die privaten Bereiche Familie<sup>31)</sup> und Gesundheit liegen vorne, während der Glaube und der politische

Einfluß für das individuelle Wohlergehen relativ bedeutungslos sind. Auch der öffentliche Bereich Umweltschutz wird als sehr wichtig erachtet. Die hohe Sensibilisierung und der große Problemdruck dürften diese hohen Bedeutungszumessungen erklären. Angesichts des früheren Stellenwertes der Erwerbsarbeit, der aktuellen ökonomischen Krise und der Arbeitsplatzunsicherheiten in den neuen Ländern ist es wenig überraschend, daß vor allem Arbeit, Einkommen und beruflicher Erfolg in der

<sup>31)</sup> In dem noch stärker als im Westen betonten Stellenwert der Familie kommen vermutlich ebenso die Entfaltung- und Rückzugsmöglichkeiten, die das Privatleben als Gegenpol zum stark organisierten und sanktionierten öffentlichen Leben bot, wie auch die erfahrenen Unterstützungsleistun-

gen des Familienverbandes zum Ausdruck. „Außerhalb der Arbeit – im privaten Rahmen – sieht alles anders aus. Da schimpft und opponiert man, da gelten andere Denkmuster.“ Antonia Grunenberg, Bewußtseinslagen und Leitbilder in der DDR, in: Weidenfeld/Zimmermann, (Anm. 14), S. 228.

ostdeutschen Bevölkerung als wesentlich bedeutender eingestuft werden als im Westen.

Im Zuge der Umstrukturierungen in der ehemaligen DDR ist die Bedeutsamkeit einzelner Lebensbereiche sogar noch gestiegen: Die Arbeit hielten im Juni 1990 45 Prozent der Befragten für sehr wichtig, während es im November 60 Prozent waren; den Freundeskreis erachteten in der ersten Erhebung (Sozio-ökonomisches Panel) 25 Prozent für sehr wichtig, in der zweiten stieg der Anteil auf 42 Prozent. Anhand dieser Ausprägungen kann die in der Literatur häufig konstatierte Orientierung auf Privatsphäre und Arbeitswelt auf repräsentativer Basis empirisch gestützt werden.

Die unterschiedlich geprägten Werthaltungen in beiden Landesteilen Deutschlands sind auch an den Meinungen zum Schwangerschaftsabbruch und zur Sterbehilfe ablesbar. Die Abtreibung wurde in der DDR nicht im Kontext genereller Werte, religiöser Grundüberzeugungen und gesellschaftlicher Leitlinien diskutiert. Die Haltung zum Schwangerschaftsabbruch im Osten fällt wohl aus diesem Grund wesentlich liberaler aus. Die Frage der Sterbehilfe scheint insgesamt weniger symbolisch geprägt. Im allgemeinen wird eine aktive Verkürzung des Lebens abgelehnt. Die unbedingte Verlängerung des Lebens Todkranker wird im Osten häufiger befürwortet. Den Hintergrund für die geringere Zustimmung im Westen bildet vermutlich die Debatte um die sogenannte „Gerätemedizin“, d. h. um das Verhältnis von technischen Möglichkeiten und ethischen Grundfragen der Behandlung von Kranken. Wir gehen davon aus, daß dieses Thema aufgrund der unterschiedlichen ärztlichen Versorgungsstrukturen und -möglichkeiten in der ehemaligen DDR weniger umstritten war.

Für die alte Bundesrepublik haben sich die Werte und Einstellungen in der Nachkriegsperiode zugunsten von Genuß, Ökologie, Mitbestimmungs- und Gerechtigkeitswerten sowie persönlicher Selbstbestimmungs- und Entfaltungsmöglichkeiten gewandelt<sup>32)</sup>. So stieg auch der Anteil der Bundesbürger, für die Arbeit und Freizeit gleichermaßen wichtig sind. Die Befragten im Osten dokumentieren eine deutlich ausgeprägtere Arbeitsorientierung, die im Vergleich zum Westen als „tradition-

**Tabelle 7: Werteinstellungen und Wichtigkeit von Lebensbereichen**

Wichtigkeit von Lebensbereichen (Lebensbereich ist „sehr wichtig“)	Westdeutschland 1988	Ostdeutschland 1990
	in Prozent	
Gesundheit	80	80
Familie	73	83
Liebe und Zuneigung	68	71
Umweltschutz	60	67
Arbeit	36	60
Einkommen	34	58
Freizeit	31	35
Beruflicher Erfolg	18	32
Glaube	16	8
Politischer Einfluß	9	10
<b>Generelle Werte</b>		
Schwangerschaftsabbruch		
Verbot	15	3
Soziale Indikation	43	25
Drei-Monate-Indikation	13	23
Freigabe	25	49
Sterbehilfe		
Absolute Verlängerung des Lebens	7	25
ohne Schmerz sterben	61	48
passive Hilfe	20	18
aktive Hilfe	8	9

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Wohlfahrtssurvey 1990-Ost.

nellere“ Wertorientierung interpretiert werden kann. Dieses Ergebnis ist insofern nicht überraschend, als die Betonung „immaterieller“ Werte eine ausreichende materielle Sicherheit voraussetzt, die zur Zeit in der ehemaligen DDR weniger gegeben ist. Außerdem muß auch hier die ideologische Prämisse in der früheren DDR, Arbeit zum „ersten Lebensbedürfnis“ zu entwickeln, als entscheidender gesellschaftlicher Hintergrund für den hohen Stellenwert der Arbeit berücksichtigt werden.

<sup>32)</sup> Auch in der DDR sind steigende Bedürfnisse nach Individualität und Selbstverwirklichung zu beobachten gewesen. Fraglich erscheint jedoch die These Gensickes, der in der DDR sogar z.T. progressivere Haltungen als im Westen vermutet: „... um zu klären, ob die ‚integrativen‘ Ostdeutschen die Westdeutschen in Richtung Wertsynthese nicht bereits überholt haben.“ (Thomas Gensicke, Sind die Ostdeutschen konservativer als die Westdeutschen? Überlegun-

gen zur Mentalität der Ostdeutschen und ihrer gegenwärtigen Stimmungslage, in Reißig/Glaebner (Anm. 22), S. 268 ff. Ähnlich auch Schmidt, Wertewandel in einheimischen und westlichen Lebenswelten. Sozialphilosophische Nachforschungen, ebd., S. 243 ff. Noelle-Neumann dagegen bescheinigt den Ostdeutschen eine konservativere Haltung (Premiere des demoskopischen Vergleichs zwischen Ost- und Westdeutschen, Manuskript, Allensbach 1991).

**Tabelle 8: Vergleich von Arbeitseinstellungen (Angaben in Prozent)**

		Insgesamt	Geschlecht		Altersgruppen			
			Männer	Frauen	18-24	25-34	35-49	50-65
<b>Arbeitsorientierung</b>								
Arbeit ist wichtiger als Freizeit	West	27	27	26	17	20	31	33
	Ost	40	43	37	25	44	43	38
Arbeit und Freizeit sind gleich wichtig	West	44	47	38	42	45	45	43
	Ost	39	40	38	37	32	40	40
Freizeit ist wichtiger als Arbeit	West	29	26	36	41	35	24	25
	Ost	21	17	25	37	24	17	16
<b>Arbeitsplatzmerkmal ist „sehr wichtig“</b>								
Verdienstmöglichkeit	West	36	38	31	33	34	37	38
	Ost	57	61	53	75	64	51	53
Arbeitsplatzsicherheit	West	56	57	53	55	46	59	62
	Ost	79	76	81	75	80	77	81
Arbeitszeitregelungen	West	27	22	37	33	26	26	23
	Ost	33	27	40	42	36	29	35
Aufstiegsmöglichkeiten	West	25	27	22	42	26	21	17
	Ost	13	15	11	25	16	8	12
Kollegen	West	54	53	57	60	51	56	47
	Ost	58	55	62	76	65	52	55
Prestige	West	13	13	15	18	9	15	23
	Ost	25	20	29	24	32	19	27
Abwechslung bei der Arbeit	West	43	43	45	48	45	42	39
	Ost	37	38	35	42	35	34	39
Selbständige Gestaltung	West	42	45	37	33	50	47	34
	Ost	39	37	42	32	35	43	40

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Wohlfahrtssurvey 1990-Ost.

Im Westen zeigt der Vergleich zwischen Männern und Frauen, daß die Arbeitsorientierung bei beiden Geschlechtern gleich stark verbreitet ist und die Unterschiede bei der mehr oder weniger ausgeprägten Freizeitorientierung hervortreten. Im Osten fällt der hohe Anteil arbeitsorientierter Männer besonders auf. Bemerkenswert ist ferner, daß auch der Anteil der arbeitsorientierten Frauen die westdeutschen Werte deutlich übersteigt. Trotz ihrer Zuständigkeit für Haushalt und Familie und der damit verbundenen Doppelbelastung bringen die ostdeutschen Frauen ihre Verbundenheit mit der Erwerbssphäre deutlich zum Ausdruck. Nach Alter differenziert zeigt sich die erwartete Verteilung, nach der jüngere Gruppen eher als ältere den neuen Werten zustimmen. Im Osten gleicht sich die jüngste Altersgruppe den Werten im Westen an. In den mittleren Kohorten aus der ehemaligen

DDR dominiert hingegen – anders als im Westen – die Arbeitsorientierung.

Mit diesen Befunden korrespondieren unterschiedliche Wichtigkeitseinschätzungen von Arbeitsaspekten. Während die eher „klassischen“ Aspekte – Arbeitsplatzsicherheit, Verdienstmöglichkeiten, Prestige – von den Erwerbstätigen im Osten deutlich häufiger als „sehr wichtig“ eingestuft werden, sind dies im Westen die „modernen“ Akzentsetzungen – Abwechslung bei der Tätigkeit, selbständige Gestaltung der Arbeit, Aufstiegchancen. Die Karrierechancen weisen wegen der Bezüge zur Selbstentfaltung und -verwirklichung in das Spektrum sogenannter postmaterialistischer Einstellungen wie auch in Richtung materialistischer Aspekte. Übertreffende Bedeutung kommt darüber hinaus in den neuen Ländern der Arbeitsplatzsicherheit zu, die auch im Westen

einen vergleichsweise hohen Stellenwert hat. Angesichts steigender Arbeitslosigkeit und hoher Arbeitsorientierung ist es nicht verwunderlich, daß Frauen ein noch größeres Gewicht auf die Sicherheit des Arbeitsplatzes legen als Männer. Bemerkenswert ist ferner, daß den Frauen in der ehemaligen DDR die selbständige Gestaltung der Arbeit ähnlich wichtig ist wie den Männern aus dem Westen, während die männlichen Befragten aus der DDR den gleichen, niedrigeren Durchschnittswert

wie die Frauen aus dem Westen erreichen. Die Frage, ob aus diesen Daten auf eine ausgeprägtere „modernere“ Arbeitseinstellung bei den weiblichen Erwerbstätigen in Ostdeutschland geschlossen werden kann, muß offen bleiben. Im Osten variieren die Arbeitswerte ferner undeutlicher und uneinheitlicher mit dem Alter als im Westen; ebenso sind hier Tendenzen in Richtung moderner Orientierungen unter den Jüngeren weniger klar herauszulesen.

## V. Perspektiven der zukünftigen Entwicklung

### 1. Optimismus – Pessimismus

Angesichts der vielfältigen Probleme des Umgestaltungsprozesses in der ehemaligen DDR, die zum Teil in massiver Unzufriedenheit ihren Ausdruck finden, überrascht der feststellbare weitverbreitete Optimismus. Die allgemeine persönliche Zukunft wird insgesamt optimistisch beurteilt. Diese positive Einschätzung relativiert sich, wenn konkreter nach einzelnen Lebensbereichen gefragt wird. Bei den „Kosten des Lebensunterhalts“ und den „Möglichkeiten, politischen Einfluß zu nehmen“ über-

wiegen pessimistische Äußerungen. So rechnen z. B. drei von vier ehemaligen DDR-Bürgern mit einer positiven Einkommensentwicklung in den nächsten zwei bis drei Jahren, und weit mehr sind zuversichtlich, mit der veränderten Lebenssituation zurechtzukommen. Sogar die „Umweltsituation am Wohnort“ wird (eher) optimistisch gesehen, obwohl gleichzeitig eine große Unzufriedenheit mit den derzeitigen Verhältnissen artikuliert wird. Diese Diskrepanz läßt vermuten, daß viele Ostdeutsche erwarten, konkrete Maßnahmen würden die Lebensverhältnisse verbessern.

Tabelle 9: Optimismus in einzelnen Lebensbereichen<sup>1)</sup>

	Insgesamt	Erwerbstätige	Arbeitslose	Rentner
	in Prozent			
Persönliche Zukunft allgemein	84	86	83	77
Einkommensentwicklung	73	76	70	67
Sicherheit des Arbeitsplatzes	–	52	–	–
Soziale Sicherheit generell	62	64	65	54
Mit der veränderten Lebenssituation zurecht kommen	83	85	85	72
Kosten des Lebensunterhalts	36	39	51	23
Umweltsituation am Wohnort	54	54	49	55
Möglichkeiten, politischen Einfluß zu nehmen	45	45	49	42
Möglichkeit, beruflich weiterzukommen	58	59	60	–

<sup>1)</sup> Jeweils Anteil „optimistisch“ und „eher optimistisch“. Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1990-Ost.

Für die Einschätzungen der näheren Zukunft untersuchen wir hier drei Bevölkerungsgruppen, die von dem Transformationsprozeß in jeweils besonderer Weise betroffen sind. Unerwartet ausgeprägt ist dabei der Optimismus der Arbeitslosen, die die Entwicklung in einzelnen Bereichen positiver be-

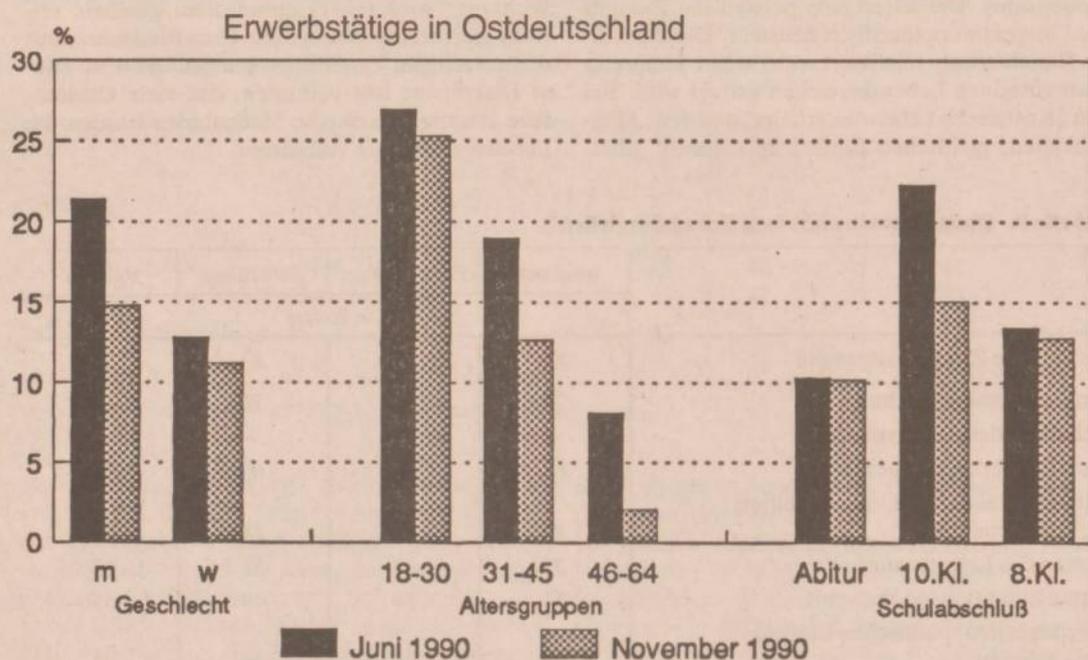
urteilen als Rentner und Erwerbstätige. Während letztere sich verhalten optimistisch zeigen und überwiegend die Kategorie „eher optimistisch“ wählen, entscheiden sich Arbeitslose überdurchschnittlich oft für die Kategorie „optimistisch“. So sind beispielsweise 42 Prozent der Arbeitslosen

„optimistisch“ im Hinblick auf die Entwicklung des Einkommens, während es im Durchschnitt nur 32 Prozent aller Befragten sind. Gerade die Betonung materieller Bereiche deutet auf einen Zweckoptimismus hin. Die optimistischen Zukunftserwartungen der Arbeitslosen stehen in einem deutlichen Gegensatz zu den wahrgenommenen Arbeitsmarktchancen der Erwerbstätigen – es scheint, daß Arbeitslose ihre Lage als temporär ansehen. Im Vergleich zu den Arbeitslosen äußern sich Rentner „eher pessimistisch“; dies vor allem bei der Entwicklung des Lebensunterhalts, aber auch bei der Einkommens- und der sozialen Entwicklung. Ein großer Teil der Rentner scheint demnach eine Erhöhung der Kosten des Lebensunterhalts zu befürchten, ohne daß dies durch eine

entsprechende Anpassung der Renten kompensiert würde. Erwerbstätige blicken zwar insgesamt relativ optimistisch in die Zukunft, zugleich fürchtet aber die Hälfte der Erwerbstätigen um ihren Arbeitsplatz.

Mit diesen Negativeinschätzungen korrespondieren, gemäß der tatsächlichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die subjektiven Arbeitsmarktchancen, d.h. im Falle eines Arbeitsplatzverlustes eine neue Stelle finden zu können. Zwischen Juni und November 1990 zeigt sich dabei eine höhere Risikowahrnehmung. Diese Einschätzung teilen jedoch nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen: Insbesondere von jüngeren und weiblichen Befragten werden die Arbeitsmarktchancen relativ konstant beurteilt.

**Schaubild 6: Subjektive Arbeitsmarktchancen bei möglichem Arbeitsplatzverlust – Anteil: „Neue Stelle wäre leicht zu finden“**



Datenbasis: Juni – DDR-SOEP, Welle I; November – Wohlfahrtssurvey 1990-Ost.

Generell sind die optimistischen Zukunftserwartungen Ausdruck der Hoffnung auf eine rasche Verbesserung der Lebensverhältnisse. Offensichtlich herrscht das Empfinden vor, daß man sich in einer Talsohle befindet und eine gewisse Durststrecke zu durchlaufen habe. Wenn es allerdings zu keinen sichtbaren Verbesserungen in absehbarer

Zeit kommt, besteht die Gefahr, daß diese Stimmung in Resignation umschlägt.

## 2. Wie kann es weitergehen?

Zum Abschluß wollen wir auf mögliche Entwicklungstendenzen aufmerksam machen. Dafür grei-

fen wir auf das Konzept von Allardt zur Beschreibung sozialen Wandels zurück. Danach sind drei Aspekte zu unterscheiden: die Verbesserung der Versorgungslage der Bevölkerung; die Verringerung von Ungleichheit; die Vermeidung von Ungerechtigkeiten und die Verwirklichung gleicher Zugangschancen. Unter der Prämisse der Einbindung in das westliche Muster<sup>33</sup>) läßt hier die Entwicklung in Ostdeutschland erwarten, daß nach der weiteren Erhöhung der Versorgungslagen auch eine Erhöhung der sozialen Ungleichheit und eine Verringerung bisher bestehender Chancengleichheiten (positiv formuliert: eine verstärkte soziale Differenzierung) eintreten. Wir gehen somit davon aus, daß in der näheren Zukunft mindestens zwei, in ihrer wohlfahrtsstaatlichen Zielrichtung gegenläufige Prozesse gleichzeitig stattfinden werden.

Zentral für die weitere Entwicklung dürfte dabei sein, daß – überspitzt formuliert – die Gesamtbevölkerung im Osten Deutschlands in praktisch allen sozialen Lagen, in allen gemessenen objektiven Lebensbedingungen und in allen gemessenen Dimensionen subjektiven Wohlbefindens die „Unterschicht“ im vereinten Deutschland bildet. Dies wird sich, wenn entsprechende politische Maßnahmen greifen, ändern; eine vom Westen deutlich verschiedene Entwicklung im Wertebereich kann jedoch nicht ausgeschlossen werden. Anhand der

<sup>33</sup>) Nach Wolfgang Zapf werden „gemäß Modernisierungstheorie die meisten Entwicklungen der DDR in westdeutsche Richtung gehen“ (in: Giesen/Leggewie [Anm. 20], S. 44); zu diesen Problemen siehe auch Klaus von Dohnanyi, Das deutsche Wagnis. Über die wirtschaftlichen und die sozialen Folgen der Einheit 1990 (vor allem Kapitel 8 „Gerechte Einheit oder Klassenkampf unter Brüdern“).

Kategorisierung Allardts (*Having, Loving, Being*) vermuten wir entscheidende Unterschiede im Modernisierungsprozeß im Osten Deutschlands gegenüber der westdeutschen Entwicklung. Unsere These lautet, daß in Westdeutschland vermutlich stärker als bisher Lebensstilelemente auch sozialstrukturell prägend werden (*being*), in der früheren DDR jedoch die Entwicklung in umgekehrter Richtung verläuft: weg von *being* über *loving* zurück zu *having*. Stärker werdende Ansprüche und Orientierungen im Bereich des materiellen Wohlstands machen dabei auf einen umfassenden, gesellschaftlichen Nachholprozeß aufmerksam. Dieser ist jedoch mit dem Versuch verbunden, bestimmte Elemente der individuellen und gesellschaftlichen *Wohlfahrt* aufrechtzuerhalten, unter Ausschluß und Abbau bisher aufgebauter *Lebensstilaspekte*.

Über den Umweg der Verbesserung der Wohlstandspositionen könnte hier ein Angleichungsprozeß stattfinden, der allerdings Konfliktpotentiale in der Gesamtgesellschaft freisetzen könnte: Erhebliche Bevölkerungsteile, zudem regional konzentriert, könnten Gefahr laufen, gesamtgesellschaftlich marginalisiert und ausgegrenzt zu werden. Dies nicht nur im Hinblick auf objektive Lebensbedingungen, sondern gerade im Hinblick auf signifikant andere Ansprüche und Einstellungen. Ob diese – pointiert formuliert – „rückwärts gerichtete Modernisierung“ einem „Modernisierungsschock“ (Hettlage) gleichkommt, eben weil der Weg zur Einheit auf Modernisierungs-Umwegen zurückgelegt werden muß, ist nicht auszuschließen. Die dadurch entstehenden Probleme könnten im beginnenden Transformationsprozeß zu einem nicht unbedeutenden Risiko für die Integration führen.

# Perspektiven der politischen Kultur im vereinigten Deutschland

Eine empirische Studie

## I. Fragestellung

Nachdem die deutsche Vereinigung rechtlich und institutionell vollzogen ist, werden jetzt die Probleme des realen Zusammenwachsens beider Teile in ihren Konturen deutlich. Eine von vielen geteilte Diagnose über die Ausgangslage des Zusammenwachsens läßt sich in der pointierten These „vereint und doch gespalten“<sup>1)</sup> zusammenfassen. Die Frage des Ausmaßes dieser Spaltung betrifft eine Vielzahl ökonomischer, sozialer und politischer Aspekte. Bei den politischen Aspekten stehen seit einiger Zeit die Mentalitätsunterschiede der Bürger im östlichen und westlichen Teil Deutschlands und deren langfristige Konsequenzen für die Demokratie im Vordergrund der Diskussion<sup>2)</sup>. Wir greifen diese Diskussion auf und versuchen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Bürger Ost- und Westberlins in wichtigen politischen Dimensionen auf der Basis einer repräsentativen Umfrage der Bevölkerung Gesamtberlins deskriptiv festzuhalten. Diese Umfrage wurde in Ostberlin von April bis Mai 1990 und in Westberlin von April bis Juli 1990 durchgeführt<sup>3)</sup>.

Es wird davon ausgegangen, daß Strukturen und Tendenzen politisch relevanter Mentalitäten gerade in Brennpunkten politischer Auseinandersetzungen deutlich werden. Insofern könnten die empirischen Ergebnisse trotz der Begrenztheit ihres Geltungsbereiches auf Berlin auch für das vereinte Deutschland insgesamt instruktiv sein. Zur Identifikation der wichtigsten politischen Dimensionen und zur Interpretation der Befunde verwenden wir das Konzept der politischen Kultur, das sich schon zur Analyse der Entwicklung der Demokratie der Bundesrepublik als fruchtbar erwiesen hat<sup>4)</sup>. In ähnlicher Weise ist U. Feist<sup>5)</sup> vorgegangen, die Wertorientierungen und Vertrauen in Institutionen in Ost- und Westdeutschland untersucht hat. Im Unterschied zu ihrer Analyse konzentrieren wir uns weitgehend auf politische Handlungsdispositionen, die eines der Kernelemente des klassischen Konzeptes der politischen Kultur darstellen, so wie es von Almond und Verba formuliert worden ist.

1) Ursula Feist, Zur politischen Akkulturation der vereinten Deutschen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11-12/91, S. 21-32, hier S. 21.

2) Vgl. u. a. Karl-Rudolf Korte, Die Folgen der Einheit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 27/90, S. 29-38; Jakob Schissler, Aspekte der politischen Kultur im Deutschland der Gegenwart, in: *Beiträge zur Konfliktforschung*, 20 (1990) 3, S. 5-32; Thomas Gensicke, Sind die Ostdeutschen konservativer als die Westdeutschen? Überlegungen zur Mentalität der Ostdeutschen und ihrer gegenwärtigen Stimmungslage, in: Rolf Reißig/Gert-Joachim Glaesner (Hrsg.), *Das Ende eines Experiments. Umbruch in der DDR und deutsche Einheit*, Berlin 1991, S. 268-295; Werner Harenberg, Vereint und Verschieden, in: *SPIEGEL Spezial*, (1991) 1, S. 10-23.

3) Das Berlin-Projekt 1990 wurde von Nils Diederichs (FU Berlin), Lutz Erbring (FU Berlin) und Hans-Dieter Klingemann (WZB) beantragt und wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert. An dieser Studie sind Wissenschaftler der Freien Universität Berlin (Institut für

Kommunikationssoziologie und -psychologie des Fachbereichs Kommunikationswissenschaften; Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung), des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (Abteilung Institutionen und sozialer Wandel), der Humboldt Universität Berlin (Institut für Soziologie) sowie des Instituts für zeitgeschichtliche Jugendforschung Berlin beteiligt. Bei der Umfrage wurden in Ostberlin 868 und in Westberlin 1378 Personen befragt.

4) Vgl. Gabriel A. Almond/Sidney Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton N.J. 1963; David P. Conrard, *Changing German Political Culture*, in: Gabriel A. Almond/Sidney Verba (Eds.), *The Civic Culture Revisited*, Boston 1980, S. 212-272; Oscar W. Gabriel, *Demokratiezufriedenheit und demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 22/87, S. 32-45; Dieter Fuchs, *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1989; Dirk Berg-Schlosser, *Entwicklung der Politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 7/90, S. 30-46.

5) Vgl. U. Feist (Anm. 1).

## II. Das Konzept der politischen Kultur

Das besondere Anliegen der politischen Kulturforschung galt der Einbeziehung subjektiver Faktoren zur Erklärung politischer Phänomene. Der Begriff der politischen Kultur umfaßt in seiner allgemeinsten Form die Gesamtheit aller politisch relevanten Persönlichkeitsmerkmale sowie grundlegender Orientierungen, die Prädispositionen zu konkreten politischen Einstellungen und Verhaltensweisen darstellen<sup>6)</sup>. Dieser sehr allgemeine Begriff der politischen Kultur muß entsprechend der konkreten Fragestellung jeweils präzisiert werden<sup>7)</sup>. Die leitende Fragestellung der einflußreichen komparativen Studie von Almond/Verba<sup>8)</sup> war die Stabilität von Demokratien. Almond und Verba arbeiteten heraus, daß zu einer stabilen Demokratie nicht nur eine funktionsfähige institutionelle Struktur gehört, sondern auch eine dazu kongruente politische Kultur<sup>9)</sup>. Dazu gehören neben der Legitimation des demokratischen Regimes die Fähigkeit und die Bereitschaft der Bürger, sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen. Vor allem über die letztere Komponente wird bei Almond und Verba die „civic culture“ (Staatsbürgerkultur) definiert, die sie als die zur demokratischen Struktur kongruente politische Kultur postulieren.

Unter dem analytischen Gesichtspunkt der Kongruenz von Struktur und Kultur ließ sich die Entwicklung der Bundesrepublik sinnvoll rekonstruieren. In ihrer Anfangsphase war die Bundesrepublik mit dem Problem konfrontiert, zu einer von den westlichen Demokratien übernommenen politischen Struktur eine kongruente politische Kultur zu entwickeln. Wie Analysen aus der Besatzungszeit nach dem Zweiten Weltkrieg und den ersten

Jahren der Bundesrepublik belegen, waren zu Beginn bei den Bürgern autoritäre Orientierungen noch weit verbreitet<sup>10)</sup>. Almond und Verba bezeichneten die Bundesrepublik denn auch als „Untertanenkultur“ (subject culture), die sich – im Unterschied zur „Staatsbürgerkultur“ durch eine starke Outputorientierung, niedrige Systemakzeptanz, geringe politische Kommunikationsneigung sowie eine wenig ausgeprägte Partizipationsbereitschaft auszeichnet<sup>11)</sup>.

Nachfolgende Studien haben zu einer grundlegenden Revision dieser Einschätzung geführt. Es besteht heute weitgehend Konsens darüber, daß die Bundesrepublik das Problem der Herausbildung einer „Staatsbürgerkultur“ sehr erfolgreich gelöst hat. Spätestens seit Mitte der siebziger Jahre hat die Bundesrepublik hinsichtlich der Legitimation der Demokratie als Staatsform, der Akzeptanz demokratischer Werte und Normen sowie der Bereitschaft, sich politisch zu engagieren, mit den etablierten westlichen Demokratien gleichgezogen<sup>12)</sup>.

Die Situation in den neuen Bundesländern ist in gewisser Weise mit der der Bundesrepublik kurz nach ihrer Gründung vergleichbar. Durch den Beitritt der fünf neuen Länder zur Bundesrepublik ist eine demokratische Struktur übernommen worden, und es besteht das Problem, eine dazu passende politische Kultur zu entwickeln. Inwieweit und in welcher Hinsicht eine Inkongruenz zwischen Struktur und Kultur vorliegt, ist zunächst einmal eine empirisch zu klärende Frage. Daß nicht umstandslos von der Ausgangslage der Bundesrepublik Anfang der fünfziger Jahre auf die der fünf neuen Länder geschlossen werden kann, hat mehrere Gründe: Erstens sind die fünf neuen Länder einem bereits etablierten demokratischen Staat beigetreten. Die weitere Entwicklung der politischen Kultur dieser Länder wird sich also nicht nur eigen-dynamisch vollziehen, wie das bei der Bundesrepublik der Fall war. Zweitens gab es über die intensive Nutzung westlicher Massenmedienangebote bei den Bürgern der ehemaligen DDR möglicherweise so etwas wie sekundäre Sozialisationseffekte im Sinne demokratischer Spielregeln und Handlungs-

6) Vgl. Gabriel A. Almond, *The Intellectual History of the Civic Culture Concept* in: G. A. Almond/S. Verba (Anm. 4), S. 26 ff.; D. Berg-Schlosser (Anm. 4), S. 30.

7) Vgl. J. Schissler (Anm. 2), S. 12; zu analytischen Klärungen des Konzeptes siehe: Glenda M. Patrick, *Political Culture*, in: Giovanni Sartori (Ed.), *Social Science Concepts: A Systematic Analysis*, Beverly Hills 1984, S. 265–314; Max Kaase, *Sinn oder Unsinn des Konzepts „Politische Kultur“ für die vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln*, in: Ders./Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980*, Opladen 1983, S. 144–171; Franz Urban Pappi, *Politische Kultur. Forschungsparadigma, Fragestellungen, Untersuchungsmöglichkeiten*, in: Max Kaase (Hrsg.), *Politische Wissenschaft und politische Ordnung*, Opladen 1986, S. 279–291.

8) Vgl. G. A. Almond/S. Verba (Anm. 4).

9) Zur Frage der Kongruenz zwischen Struktur und Kultur siehe Oscar W. Gabriel, *Politische Kultur. Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen–Wiesbaden 1986, S. 62–81; D. Fuchs (Anm. 4), S. 5–11.

10) Vgl. Anna Merritt/Richard Merritt, *Public Opinion in Occupied Germany*, Urbana 1970; dies., *Public Opinion in Semisovereign Germany*, Urbana 1980.

11) Vgl. G. A. Almond/S. Verba (Anm. 4), S. 170.

12) Vgl. Samuel H. Barnes/Max Kaase et al., *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills 1979; D. P. Conradt (Anm. 4); O. W. Gabriel (Anm. 4); D. Fuchs (Anm. 4); D. Berg-Schlosser (Anm. 4).

möglichkeiten. Drittens wurde der Zusammenbruch des DDR-Regimes nicht nur durch äußere Ereignisse, sondern auch durch die aktive politische Beteiligung der Bürger selbst herbeigeführt. Daß eine solche aktive Beteiligung der Bürger an einer Regimetransformation gravierende und langfristige

Folgen haben kann, haben beispielsweise Almond und Verba bei ihrer Charakterisierung der politischen Kultur Mexikos dargestellt und solche „symbolischen Ereignisse“ als einen der begünstigenden Faktoren beim Aufbau einer demokratischen politischen Kultur bezeichnet<sup>13</sup>).

### III. Persönlichkeitsmerkmale und Beteiligungsbereitschaft

Eines der wichtigsten Abgrenzungskriterien zwischen einer „Staatsbürgerkultur“ und einer „Untertanenkultur“ bei Almond und Verba betrifft die Rolle des Bürgers als aktiver Teilnehmer am politischen Prozeß<sup>14</sup>). In letzterer ist der Bürger eher ein passiver Adressat der politischen Eliten; insofern sind „Untertanenkulturen“ kongruente politische Kulturen zu zentralisierten und autoritären Staaten wie dem der ehemaligen DDR. Im Unterschied dazu sind Demokratien der Norm nach politische Systeme, in denen die Bürger die politischen Eliten kontrollieren und in denen die politischen Eliten in der Antizipation möglicher Konsequenzen seitens der Bürger handeln.

Eine der Bedingungen der Realisierung dieser demokratischen Norm ist die Überzeugung der Bürger, daß sie einen Einfluß auf die politischen Eliten ausüben können. In dem Maße, in dem ein Individuum glaubt, daß es einflußreich ist, steigt auch die Wahrscheinlichkeit, daß es tatsächlich versucht, Einfluß auszuüben oder wie Almond und Verba formulieren: „A subjectively competent citizen... is more likely to be an active citizen.“<sup>15</sup>)

Das Meßinstrument zur Erfassung der subjektiven politischen Kompetenz bei Almond/Verba bezieht sich auf die Einschätzung der Befragten, ob sie etwas gegen ein von ihnen als ungerecht empfundenen Gesetz unternehmen können. Unseres Erachtens ist diese Fragestellung zu spezifisch, um die subjektive politische Kompetenz als ein Persönlichkeitsmerkmal, das sich auf das grundlegende Verhältnis zwischen Individuum und politischem System bezieht, ausreichend erfassen zu können. Wir knüpfen deshalb an eine allgemeine Theorie des Verhältnisses zwischen Individuen und Umwelt an und nehmen dann eine Spezifikation für den Bereich der Politik vor.

Die soziale Lerntheorie von Rotter<sup>16</sup>) postuliert, daß Individuen eine generalisierte Erwartung herausbilden, Umweltereignisse im Sinne der eigenen Ziele kontrollieren zu können, und daß diese generalisierte Erwartung einen Effekt auf das Handeln der Individuen hat. Für das Ausmaß der Kontroll-erwartung können entweder eigene Fähigkeiten und Motivationen eine Rolle spielen oder äußere Faktoren wie einerseits Zufall und Schicksal und andererseits soziale Verhältnisse und Konstellationen. Dementsprechend wird zwischen interner und externer Kontrollerwartung unterschieden.

Diese lerntheoretische Konzeption liegt letztlich auch dem Konzept „political efficacy“<sup>17</sup>) zugrunde, das in der klassischen Definition vom Campbell et al. beschrieben wird als „the feeling that individual political action does have, or can have, an impact upon the political process“<sup>18</sup>). Dieses ursprünglich eindimensionale Konzept wurde später in Anlehnung an Rotters Unterscheidung von interner und externer Kontrollerwartung in „internal“ und „external efficacy“ differenziert<sup>19</sup>). Diese Differenzierung stellt auf die zweiseitige Relation zwischen

<sup>16</sup>) Julian B. Rotter, Generalized Expectancies for Internal versus External Control of Reinforcement, in: Psychological Monographs, 80 (1966) 1, S. 1–28; ders., Beliefs, Social Attitudes, and Behavior: A Social Learning Analysis, in: Ders./J. E. Chance/E. J. Phares (Eds.), Applications of a Social Learning Theory of Personality, New York 1972.

<sup>17</sup>) „Political efficacy“ wird im Deutschen normalerweise mit „politische Beeinflußbarkeit“ oder „politische Effektivität“ übersetzt. Diese Begriffe sind unseres Erachtens aber weniger präzise als die englische Bezeichnung.

<sup>18</sup>) Angus Campbell/Gerald Gurin/Warren E. Miller, The Voter Decides, Evanston 1954, S. 187.

<sup>19</sup>) Vgl. Philip E. Converse, Change in the American Electorate, in: Angus Campbell/Philip E. Converse (Eds.), The Human Meaning of Social Change, New York 1972, S. 236–337; George I. Balch, Multiple Indicators in Survey Research: The Concept „Sense of Political Efficacy“, in: Political Methodology, 1 (1974), S. 1–43; Warren E. Miller/Arthur H. Miller/Edward J. Schneider, American National Election Studies Data Sourcebook, 1952–1978, Cambridge 1980.

<sup>13</sup>) Vgl. G. A. Almond/S. Verba (Anm. 4), S. 503f.

<sup>14</sup>) Vgl. ebd., S. 19–32.

<sup>15</sup>) Ebd., S. 182.

dem Individuum als Staatsbürger und den politischen Entscheidungsträgern ab. Das Gefühl eines geringen Einflusses auf den politischen Entscheidungsprozeß kann entweder in einem geringen Zutrauen in die eigenen politischen Fähigkeiten begründet sein (internal efficacy) oder in einer geringen Reaktionsbereitschaft der politischen Eliten auf die eigenen Wünsche (external efficacy).

In der Berlin-Studie wurden die beiden Dimensionen von „political efficacy“ nicht mit den ursprünglichen Meßinstrumenten erfaßt<sup>20</sup>), weil diese unseres Erachtens die beiden theoretischen Dimensionen nur unzureichend voneinander separieren. Es wurden statt dessen Indikatoren von Hoffmann/Schenk (external efficacy) und Krampen (internal efficacy)<sup>21</sup>) verwendet. Aus den Fragebatterien von Hoffmann/Schenk und Krampen wurden jeweils drei Fragen ausgewählt<sup>22</sup>). Diese drei Fragen wurden zu einem Mittelwert-Index kombiniert, der ab- bzw. aufgerundet wurde, so daß man am Ende wiederum die in den folgenden Schaubildern wiedergegebene 7er Skala erhält, mit der die Einzelitems gemessen wurden. Der resultierende Index für die interne Dimension wird von uns als *persönliche Kompetenzerwartung* bezeichnet und der für die externe Dimension als *politische Kontrollerwartung*.

Persönliche Kompetenzerwartung und politische Kontrollerwartung sind generalisierte Überzeugungen des Individuums hinsichtlich ihrer Beeinflussungsmöglichkeiten des politischen Entscheidungsprozesses und geben demzufolge noch keinen Aufschluß über die Art und Weise, wie sich diese Beeinflussungsversuche vollziehen könnten. In der Berlin-Umfrage sind eine Reihe von Fragen zu konkreten politischen Handlungsformen enthalten, mit denen sich Bürger in den westlichen De-

mokratien am politischen Geschehen beteiligen. Diese können nach einer Kennzeichnung der Political-Action-Studie<sup>23</sup>) in konventionelle und unkonventionelle Handlungsformen unterteilt werden. Konventionelle Handlungsformen sind primär auf Parteien und Wahlen bezogen, während sich unkonventionelle Handlungsformen durch einen geringen Institutionalierungsgrad auszeichnen. Es hat sich aus theoretischen und empirischen Gründen als sinnvoll erwiesen, aus den unkonventionellen Handlungsformen die illegalen Aktivitäten des zivilen Ungehorsams als eine eigene Dimension herauszulösen<sup>24</sup>). Wir unterscheiden also zwischen konventionellen und legal-unkonventionellen Handlungsformen<sup>25</sup>) sowie Handlungsformen des zivilen Ungehorsams.

Die Befragten sollten für jede einzelne Aktivität der drei Handlungsdimensionen angeben, ob sie sich daran schon beteiligt haben, sich bei einer wichtigen Sache, in einer außergewöhnlichen Situation oder unter keinen Umständen beteiligen würden. Konventionelle Beteiligungsformen umfassen Aktivitäten wie die Mitarbeit in einer politischen Partei, die Unterstützung von Kandidaten als Wahlhelfer sowie die Bereitschaft, politische Verantwortung zu übernehmen<sup>26</sup>). Zu den legal-unkonventionellen Handlungsformen zählt die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung, an einer Bürgerinitiative oder an einer genehmigten Demonstration. Die Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration, die Zahlungsverweigerung von Mieten, Raten oder Steuern, die Beteiligung an einem wilden Streik, die Besetzung von Fabriken oder anderen Gebäuden und das Aufhalten des Verkehrs mit einer Demonstration werden

<sup>20</sup>) Vgl. dazu W. E. Miller/A. H. Miller/E. I. Schneider (Anm. 19).

<sup>21</sup>) Vgl. Mathias Hoffmann/Josef Schenk, Zur Operationalisierung des locus-of-control Konzeptes von Rotter: Überprüfung der Bipolarität von internal-external control, in: *Diagnostica*, 31 (1985) 2, S. 93–104; Günter Krampen, Selbstkonzept eigener politischer Kompetenzen. Messung durch eine Kurzskala und einige Korrelate, in: *PP-Aktuell*, 5 (1986) 2, S. 19–25.

<sup>22</sup>) Items zur Konstruktion der Skala „politische Kontrollerwartung“: (1) Wir können Entscheidungen der Regierung mitbestimmen. (2) Die Meinung des einzelnen Bürgers hat keinen Einfluß auf die Politik, die durch mächtige Gruppen gesteuert wird. (3) Gegen die politischen Machthaber kann der kleine Mann nichts ausrichten. Items zur Konstruktion der Skala „persönliche Kompetenzerwartung“: (1) In der Bewertung politischer Sachverhalte bin ich eher unsicher. (2) Kein Mensch kann alles. Für Politik habe ich einfach keine Antenne. (3) Die Teilnahme an Diskussionen über politische Themen fällt mir leicht.

<sup>23</sup>) Vgl. S. Barnes/M. Kaase (Anm. 12); M. Kent Jennings/Jan W. van Deth et al., *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*, Berlin-New York 1990.

<sup>24</sup>) Vgl. Dieter Fuchs, Die Aktionsformen der neuen sozialen Bewegungen, in: Jürgen W. Falter/Christian Fenner/Michael T. Greven (Hrsg.), *Politische Willensbildung und Interessenvermittlung*, Opladen 1984, S. 621–634; Hans-Martin Uehlinger, *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1988.

<sup>25</sup>) Wir übernehmen die Begriffe „konventionell-unkonventionell“, obgleich diese Bezeichnungen den Sachverhalt in der Bundesrepublik nicht mehr angemessen treffen. Die sogenannten unkonventionellen Beteiligungsformen haben inzwischen ein ähnliches Ausmaß an Legitimität erreicht wie die konventionellen Formen. Vgl. dazu Dieter Fuchs, *The Normalization of the Unconventional. Forms of Political Action and New Social Movements*, WZB-Discussion Paper FS III 90–203.

<sup>26</sup>) Die Indikatoren wurden entnommen aus H.-M. Uehlinger (Anm. 24).

zu den Formen des Zivilen Ungehorsams gezählt<sup>27)</sup>.

Für alle drei Handlungsdimensionen werden wiederum Mittelwert-Indizes unter Beibehaltung der 4er Skala des Einzelitems gebildet, die die generelle Beteiligungsbereitschaft erfassen sollen (vgl. Schaubilder 5-7). Diese drei Indizes politischer Handlungsbereitschaft werden um einen Index der sogenannten Repressionshaltung ergänzt (vgl. Schaubild 8). Dieser bezieht sich auf die Bereitschaft der Bürger, repressive Aktionen des Staates gegenüber unkonventionellen Handlungsformen zu tolerieren<sup>28)</sup>. Ohne die Berücksichtigung dieser Dimension staatlicher Repression gegenüber unkonventionellen Handlungsformen ist die Frage, inwieweit sich eine politische Partizipationskultur jenseits der institutionalisierten Beteiligungskanäle etabliert hat, nur unzureichend zu beantworten.

Die bisher dargestellten Persönlichkeitsmerkmale und die entsprechenden Meßinstrumente beziehen sich ausdrücklich auf die subjektive Perzeption des Verhältnisses zwischen Staatsbürgern und politischem System. Da diese Perzeption so kurz nach dem Zusammenbruch des DDR-Regimes auch von situativen und kontingenten Faktoren beeinflusst wird, werden zusätzlich grundlegendere Persönlichkeitsmerkmale analysiert, die keinen direkten Politikbezug haben, aber dennoch politische Einstellungen, Wertorientierungen und Verhaltensweisen determinieren.

<sup>27)</sup> Die Indikatoren zu den legal-unkonventionellen Formen und den Formen des Zivilen Ungehorsams wurden entnommen aus S. H. Barnes/M. Kaase (Anm. 12).

<sup>28)</sup> Entsprechend der Frageformulierung bei S. H. Barnes/M. Kaase (Anm. 12), S. 87-91, wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob sie die folgenden vier Aussagen (a) voll befürworten, (b) im großen und ganzen befürworten, (c) im großen und ganzen ablehnen oder (d) entschieden ablehnen: (1) Wenn Polizisten mit Schlagstöcken gegen Demonstranten vorgehen. (2) Wenn Gerichte harte Strafen über solche Protestierer verhängen, die sich gegen Anweisungen der Polizei zur Wehr setzen. (3) Wenn die Regierung zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung jede öffentliche Demonstration gesetzlich verbietet. (4) Wenn die Bundesregierung (Regierung) den Bundesgrenzschutz (die Bereitschaftspolizei) oder die Bundeswehr (die Armee) einsetzt, um einen Streik zu beenden. Für die Repressionskala wurde ebenfalls ein Mittelwert-Index gebildet. Durch Rundung erhält man vier Ausprägungen, die von sehr schwach bis sehr stark reichen.

In der politischen Psychologie hat die Identifikation solcher Persönlichkeitsmerkmale eine lange Tradition. Insbesondere im Kontext der Versuche, die Erfolge des Nationalsozialismus zu erklären, wurden Anstrengungen unternommen, psychologische Profile einer demokratischen Persönlichkeit bzw. ihres Gegenteils zu ermitteln<sup>29)</sup>. *Entfremdung* und *Autoritarismus* sind prominente Beispiele solcher Persönlichkeitsmerkmale. Es gilt in der politischen Psychologie als weitgehend gesichert, daß lange Jahre der Unterworfenheit unter ein totalitäres oder diktatorisches Regime solche Persönlichkeitsmerkmale verstärken, die der Ausbildung demokratischer Orientierungen entgegenstehen.

*Entfremdung* bezieht sich auf ein allgemeines Gefühl der Orientierungslosigkeit in der heutigen Welt, das aus der Wahrnehmung resultiert, Ereignisse nicht durch sein Verhalten determinieren zu können. Dieser allgemeinere Aspekt der Machtlosigkeit wird von dem Konzept der politischen Kontrollverlustung in spezifischer Weise wieder aufgegriffen. *Autoritarismus* bezieht sich auf die Bereitschaft, sich Autoritäten und Gruppennormen fraglos unterzuordnen und gleichzeitig kompromißlos gegenüber Andersdenkenden zu sein.

In der Berlin-Umfrage sind eine Reihe von Fragen enthalten, die die Konstruktion von Skalen zur Erfassung dieser beiden Persönlichkeitsmerkmale ermöglichen<sup>30)</sup>.

<sup>29)</sup> Vgl. u. a. Theodor W. Adorno et al., *The Authoritarian Personality*, New York-London 1950.

<sup>30)</sup> Entfremdung wurde mit folgenden Items gemessen: (1) In diesen Tagen ist alles so unsicher geworden, daß man auf alles gefaßt sein muß. (2) Früher waren die Leute besser dran, weil jeder wußte, was er zu tun hatte. (3) Heute ändert sich alles so schnell, daß man oft nicht weiß, woran man sich halten soll. Sie stammen aus: Artur Fischer/Heinz-Ulrich Kohr, *Politisches Verhalten und empirische Sozialforschung: Leistung und Grenzen von Befragungsinstrumenten*, München 1980. Die verwendeten Items zur Konstruktion der Autoritarismusskala finden sich in: Ursula Järisch, *Sind Arbeiter autoritär?*, Köln 1975. Sie lauten: (1) Wenn wir uns nicht gegen Chaoten und Radaubröder wehren, wird unsere Freiheit bald in Unordnung und Chaos ausarten. (2) Wer seine Kinder zu anständigen Bürgern erziehen will, muß von ihnen vor allem Gehorsam und Disziplin verlangen. (3) In unserem Staat sollten sich Gruppen- und Verbandsinteressen bedingungslos dem allgemeinen Wohl unterordnen. Es wurden wie bei den übrigen Skalen Mittelwert-Indizes erstellt, die wieder auf die ursprüngliche 7er Skala zurückgeführt wurden.

## IV. Empirische Ergebnisse

Die geschilderten Persönlichkeitsmerkmale sind theoretisch unterschiedlichen Persönlichkeitsebenen zuzuordnen. Autoritarismus und Entfremdung bewegen sich auf der relativ „tiefsten“ Ebene, während die politische Beteiligungsbereitschaft das andere Ende des Kontinuums bildet; Kompetenz- und Kontrollerwartung liegen auf einer „mittleren“ Ebene zwischen diesen Polen. Wir wollen die empirischen Ergebnisse unserer Analyse entlang dieser Anordnung nach Tiefenschichten der Persönlichkeit diskutieren.

Nach den im Schaubild 1 präsentierten Verteilungen zeigt sich ein deutlich höherer Anteil an entfremdeten Bürgern in Ostberlin. Wenn man die Prozentsätze der Skalenpunkte 5-7 zusammenfaßt, dann ist der Anteil entfremdeter Bürger in Ostberlin (58 Prozent) mehr als doppelt so hoch wie in Westberlin (25 Prozent). Das gleiche Bild zeigt sich bei Autoritarismus (Schaubild 2): 62 Prozent autoritäre Bürger in Ostberlin stehen 30 Prozent in Westberlin gegenüber. Dieses Ergebnis entspricht der Vermutung, daß die Sozialisation in nicht-legitimen und autoritären Systemen Einfluß auf solche tiefsitzenden Persönlichkeitsmerkmale hat.

Zu dieser Annahme paßt auch, daß wir die Verteilungsunterschiede zwischen Ost und West nicht mit den klassischen soziodemographischen Hintergrundvariablen wie Alter, Schulbildung, Geschlecht etc. erklären können (Die Ergebnisse werden hier nicht im einzelnen dargestellt). Offensichtlich ist die Systemvariable der beste Prädiktor für die empirisch ermittelten Differenzen. Wenn wir allerdings einen Blick auf die konkreten Fragen werfen, mit denen die Persönlichkeitsmerkmale gemessen wurden, dann kann man hinsichtlich der beiden Dimensionen eine unterschiedliche Wirkungsweise des „Systems“ im Falle der DDR annehmen. Die Fragen der Entfremdungsskala beziehen sich vor allem auf Sicherheits- und Berechenbarkeitsgefühle gegenüber der gesellschaftlichen Umwelt. Diese Gefühle werden neben den andauernden Erfahrungen in einem illegitimen Gesellschaftssystem sicherlich auch vom Systemzusammenbruch selbst beeinflusst. Ein Ende dieses Ereignisses bedeutet jedoch nicht notwendigerweise, daß damit auch seine Effekte auf die Persönlichkeiten verschwinden. Allerdings kann angenommen werden, daß eine Konsolidierung der fünf neuen Bundesländer im Rahmen des vereinigt-

Schaubild 1: Entfremdung

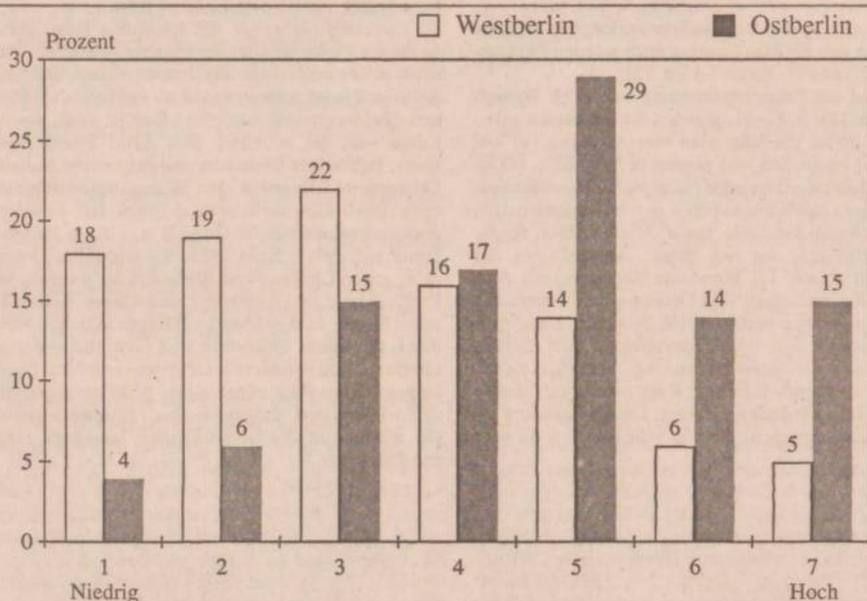
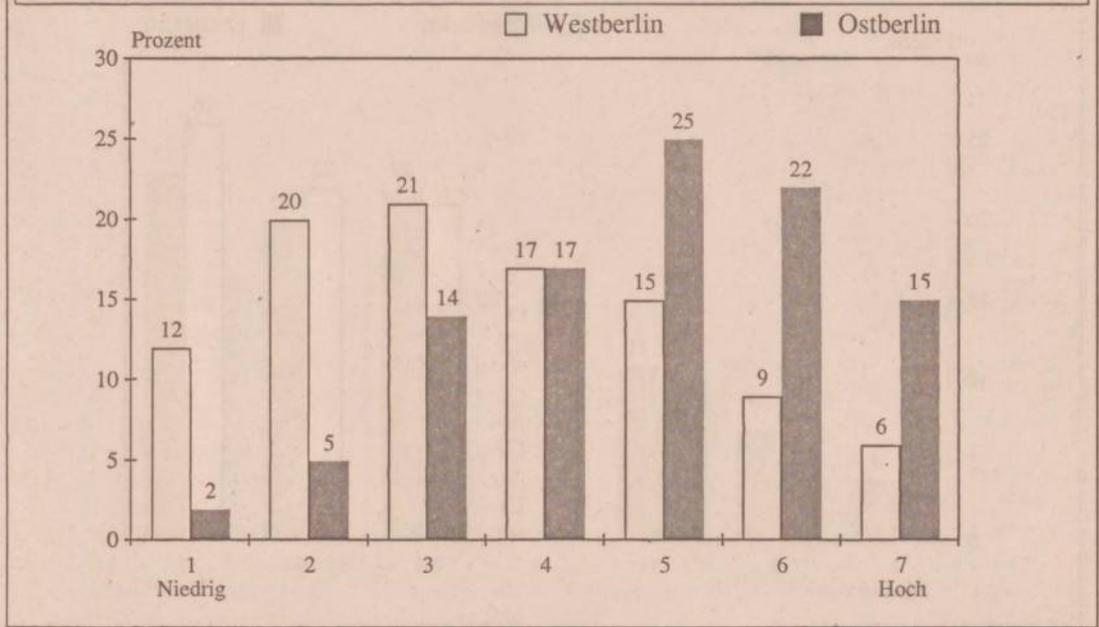


Schaubild 2: Autoritarismus



ten Deutschlands zumindest langfristig positive Auswirkungen auch auf die Entfremdungsgefühle der ehemaligen DDR-Bürger hat. Bei Autoritarismus ist der Systemzusammenbruch als situativer Wirkungsfaktor weniger plausibel geltend zu machen. Zu den in den Schaubildern 1 und 2 dargestellten Ergebnissen soll hier noch angemerkt werden, daß die für Ostberlin ermittelten Werte für Entfremdung und Autoritarismus im gesamten Gebiet der ehemaligen DDR noch deutlicher ausgeprägt sind<sup>31</sup>). Es handelt sich also nicht nur um ein Berlin-spezifisches Ergebnis.

Demgegenüber bieten die beiden Skalen zur subjektiven Erwartung der Beeinflussbarkeit des politischen Systems durch eigene Handlungen ein ganz anderes Bild (Schaubild 3 und 4). Gleichgültig, welche Perspektive in der Interaktion von individuellen und politischen Akteuren eingenommen wird – sei es die persönliche Kompetenzerwartung oder die politische Kontrolliererwartung – die Unterschiede zwischen Ost- und Westberlin sind gering.

Sowohl bei der persönlichen Kompetenzerwartung als auch bei der politischen Kontrolliererwartung sind die Werte in Westberlin nur etwas höher als in Ostberlin. Wenn man lediglich die Erfahrungen der ehemaligen DDR-Bürger mit ihrem Regime als Bezugspunkt nähme, dann hätte man diese Ergebnisse für Ostberlin zumindest für die externe Dimension nicht erwarten können. Immerhin waren die realen Einflußmöglichkeiten in der DDR extrem gering, und persönliches Engagement konnte fast ausschließlich nur in gesellschaftlichen Massenorganisationen und unter Führung der Partei stattfinden.

Neben diesen Erfahrungen dürften sich aber auch die Art und Weise ausgewirkt haben, wie sich der Zusammenbruch des DDR-Regimes und die weitere Transformation dieses Regimes zu einem demokratischen Staat vollzogen hat. Das Gefühl der Bürger, an diesem Prozeß beteiligt gewesen zu sein oder diesen sogar selbst herbeigeführt zu haben, hat offensichtlich Spuren in der grundlegenden Perzeption der Möglichkeiten der Bürger hinterlassen, aktiv am politischen Geschehen teilzunehmen und dieses zu beeinflussen. In dieser Hinsicht läßt sich ein wesentlicher Unterschied zu den Anfangsjahren der Bundesrepublik feststellen, als die Einschätzung der Einflußmöglichkeiten auf lokaler

<sup>31</sup>) Zu den Daten im einzelnen vgl. Dieter Fuchs/Hans-Dieter Klingemann/Carolin Schöbel, Demokratische Bürgerkultur in der ehemaligen DDR?, in: WZB-Mitteilungen, 51 (1991), S. 25–27.

Schaubild 3: Persönliche Kompetenzerwartung

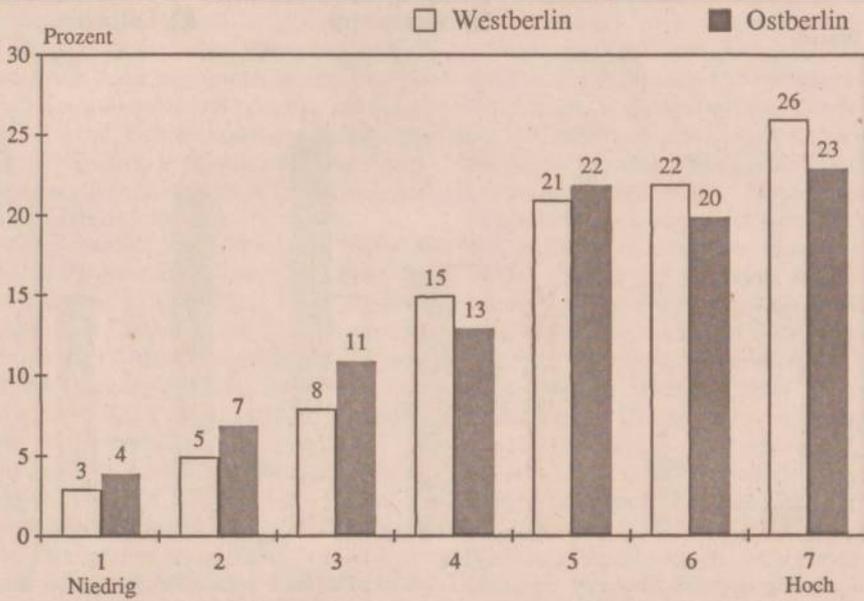


Schaubild 4: Politische Kontrollerwartung

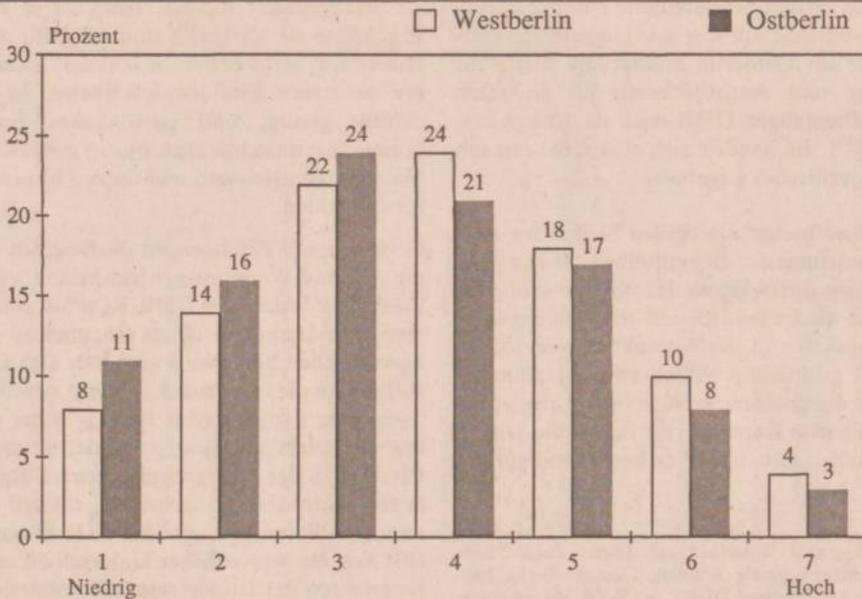


Schaubild 5: Bereitschaft zu konventioneller Beteiligung

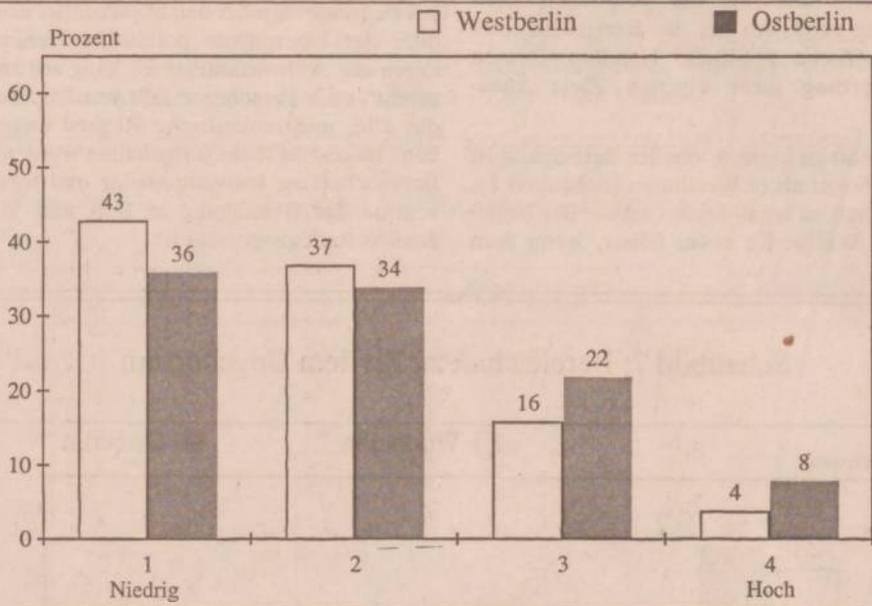
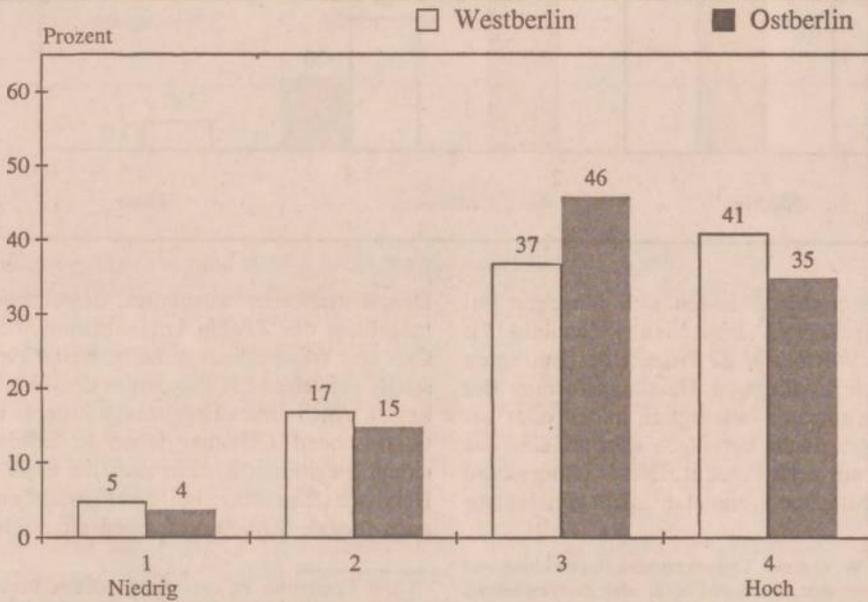


Schaubild 6: Bereitschaft zu legal-unkonventioneller Beteiligung



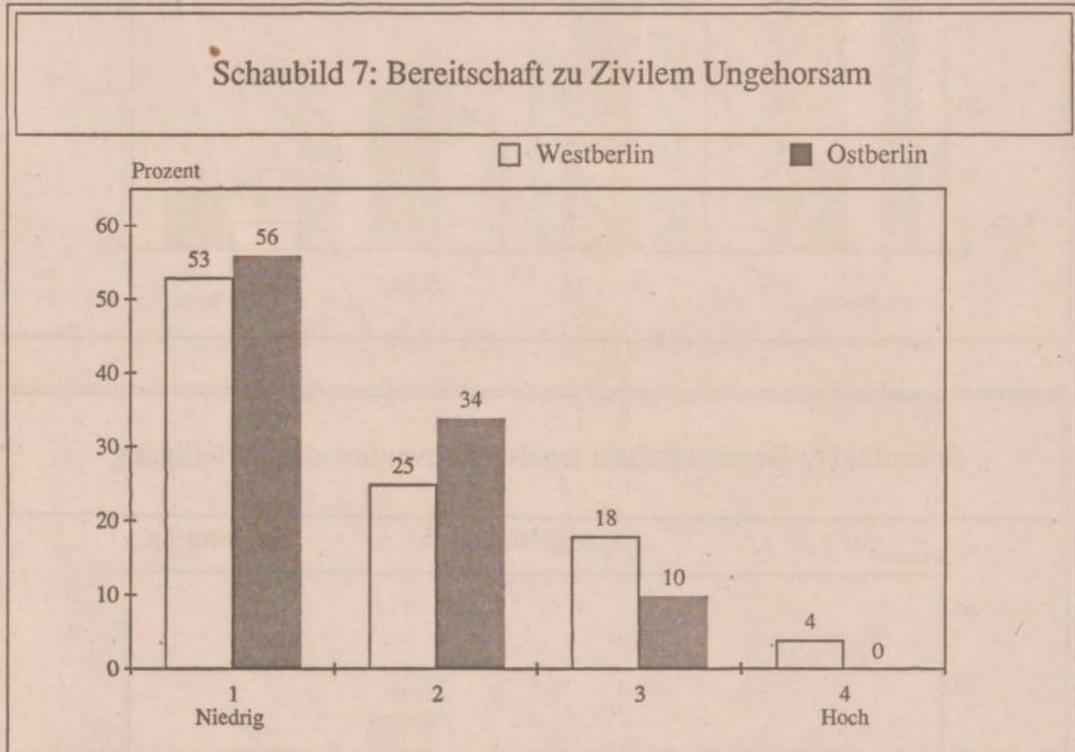
und nationaler Ebene erheblich von der anderer westlicher Demokratien abwich und erst allmählich anstieg<sup>32</sup>).

Ein ähnliches Resultat wie bei der persönlichen Kompetenzerwartung und der politischen Kontrollwartung zeigt sich bei der Bereitschaft der Bürger, spezifische politische Handlungsformen zur Durchsetzung ihrer eigenen Ziele anzuwenden.

Die Bereitschaft zu konventioneller Beteiligung ist in Ostberlin höher als in Westberlin (Schaubild 5). Die Bereitschaft zu legal-unkonventioneller Beteiligung ist in Westberlin etwas höher, wenn man

nur die höchste Kategorie berücksichtigt und in Ostberlin etwas höher, wenn man die Kategorien 3 und 4 zusammennimmt (Schaubild 6). Die Prozentsätze für konventionelle Beteiligung dürften im Falle Ostberlins aber etwas überschätzt sein, da bei den Fragen nach der Mitarbeit in einer Partei oder der Übernahme politischer Verantwortung durch die Antwortkategorie „habe ich bereits gemacht“ auch Personen erfaßt werden, die sich für das alte, undemokratische Regime engagiert haben. Insgesamt kann festgehalten werden, daß die Bereitschaft zu konventioneller und legal-unkonventioneller Beteiligung in Ost- und Westberlin ähnlich stark ausgeprägt ist.

Schaubild 7: Bereitschaft zu Zivilem Ungehorsam



Größere Unterschiede lassen sich hingegen bei Zivilem Ungehorsam feststellen (Schaubild 7): Während in Westberlin 22 Prozent der Befragten angaben, sich an illegalen Handlungsformen des Zivilen Ungehorsams beteiligt zu haben oder bei einer wichtigen Sache beteiligen würden, sind das in Ostberlin nur zehn Prozent. Dieser Unterschied wird noch deutlicher, wenn man „nicht genehmigte

Demonstrationen“ ausnimmt, der einzigen Handlungsform des Zivilen Ungehorsams, bei der die Ost- und Westberliner dieselbe Beteiligungsbereitschaft aufweisen (31 Prozent in Ost- und Westberlin)<sup>33</sup>). Auch dieses Ergebnis ist unseres Erachtens überraschend. Offenbar haben die Erfahrungen in einem illegitimen System nicht zu einer größeren Bereitschaft geführt, bei einer „wichtigen Sache“ auch illegale Handlungsformen einzusetzen. Hier

<sup>32</sup>) Vgl. Oscar W. Gabriel, Demokratische Entwicklung und politische Kompetenz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/90, S. 15–26.

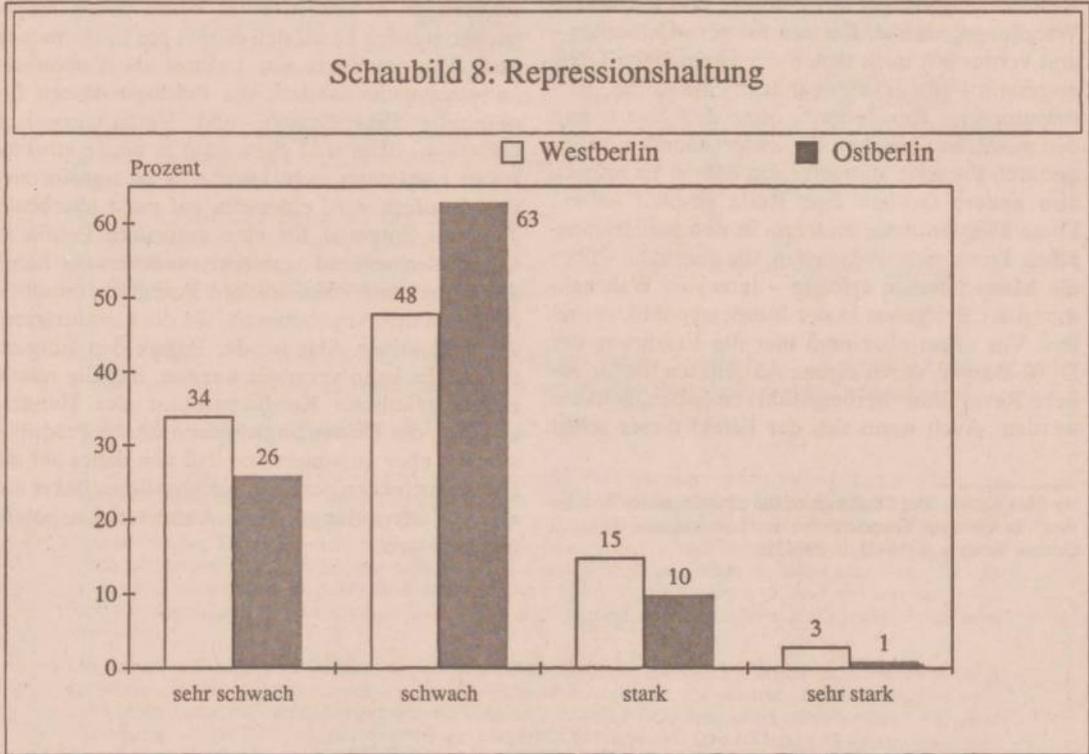
<sup>33</sup>) Die Ergebnisse zu den verschiedenen Items sind hier nicht im einzelnen präsentiert.

läßt sich möglicherweise ein systematischer Zusammenhang zu den relativ starken autoritären Orientierungen der Ostberliner herstellen, die eine psychologische Schwelle zur Überschreitung der Legalitätsgrenze errichten könnten.

Um so interessanter ist der Sachverhalt, daß repressive Handlungen des Staates von den Ostberlinern deutlich geringer befürwortet werden als von den Westberlinern (Schaubild 8). Die geringere

Bereitschaft der Bürger Ostberlins, selber illegale Handlungsformen anzuwenden, geht demnach nicht mit einer höheren Bereitschaft einher, repressive Handlungen des Staates zu befürworten. Die konkreten Erfahrungen mit einem repressiven Staatsapparat dürften hier eine wesentliche Rolle gespielt haben, die durch den Machtverlust der Repressionsorgane nicht so ohne weiteres aufgelöst werden können.

Schaubild 8: Repressionshaltung



## V. Schlußfolgerungen

Die Bundesrepublik hat rund zwei Jahrzehnte benötigt, eine Staatsbürgerkultur herauszubilden, die sich mit denen der etablierten westlichen Demokratien vergleichen läßt. Wenn man hinsichtlich der Ausgangslage des Gebietes der ehemaligen DDR eine einfache Analogie zur Entwicklung der Bundesrepublik herstellt, dann ist eine gewisse Skepsis hinsichtlich der Perspektive der politischen Kultur im vereinigten Deutschland angebracht. Die politisch-kulturelle Integration von immerhin fast 17 Millionen Bürgern mit einer Sozialisation in einem undemokratischen Staat könnte den mühsam erarbeiteten Fortschritt der politischen Kultur

der Bundesrepublik wieder etwas zurückwerfen<sup>34</sup>). Zu diesem skeptischen Szenario bieten zumindest die von uns analysierten Daten relativ wenig Anlaß. Wenn man – in Anknüpfung an das theoretische Konzept der politischen Kultur – die subjektive Einschätzung der Bürger, Einfluß auf die Politik ausüben zu können, und die Bereitschaft, verfügbare Handlungsformen zu dieser Einflußnahme auch einzusetzen, als Kernelemente einer demokratischen politischen Kultur annimmt, dann kann man überraschenderweise kaum von einem unter-

<sup>34</sup>) Vgl. dazu u. a. U. Feist (Anm. 1), S. 22.

schiedlichen Entwicklungsstand in Ost- und Westberlin reden.

Die in den westlichen Ländern festgestellte hohe Bereitschaft zur Anwendung auch unkonventioneller Handlungsformen und die hohe generalisierte Motivation, sich politisch zu beteiligen, wurde als „partizipatorische Revolution“<sup>35)</sup> bezeichnet. Wie alle empirischen Analysen zu diesem Thema zeigen, ist diese „partizipatorische Revolution“ das Resultat langfristiger struktureller und kultureller Wandlungsprozesse. Bei den Bürgern Ostberlins – und vermutlich auch denen der ehemaligen DDR insgesamt – gibt es offenbar auch eine solche „partizipatorische Revolution“, ohne daß hier wie in den westlichen Ländern die entsprechenden evolutionären Prozesse stattgefunden haben. Es müssen also andere Gründe eine Rolle gespielt haben. Diese könnten unter anderem in den sozialisatorischen Transfereffekten liegen, die durch die – über die Massenmedien erfolgte – intensive Wahrnehmung der Ereignisse in der Bundesrepublik verliefen. Vor allem aber muß hier die Erfahrung der DDR-Bürger, durch eigene Aktivitäten die „friedliche Revolution“ herbeigeführt zu haben, genannt werden. Auch wenn sich der Effekt dieser selbst

herbeigeführten „Revolution“ durch die Alltagserfahrungen im vereinigten Deutschland wieder etwas abschleifen sollte, zeigen doch Beispiele aus anderen Ländern, daß solche dramatischen Ereignisse nachhaltige Wirkungen auf die politische Kultur haben können.

Die Frage der längerfristigen politischen Auswirkungen des relativ hohen Anteils an entfremdeten und autoritären Bürgern in Ostdeutschland ist schwieriger zu beantworten. Wenn davon ausgegangen werden kann, daß es sich bei Entfremdung und Autoritarismus um tiefsitzende Persönlichkeitsmerkmale handelt, die Prädispositionen für politische Einstellungen und Verhaltensweisen darstellen, dann sind diese auch in neuen strukturellen Kontexten nicht kurzfristig zu transformieren. Insofern wird einerseits auf nicht absehbare Zeit das Potential für eine autoritäre Politik in Gesamtdeutschland verstärkt; andererseits hängt die Umsetzung eines solchen Potentials entscheidend von den Angeboten ab, die die konkurrierenden kollektiven Akteure der Politik den Bürgern liefern. Es kann vermutet werden, daß die relativ stabile politische Konfliktstruktur der Bundesrepublik die Umsetzungschancen dieser Prädispositionen eher minimiert und daß von daher auf die Dauer auch korrigierende Sozialisierungseffekte auf diese Entfremdungs- und Autoritarismuspotentiale erfolgen.

<sup>35)</sup> Max Kaase, The Challenge of the „Participatory Revolution“ in Pluralist Democracies, in: International Political Science Review, 5 (1984), S. 299–318.

## **Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte: Die pragmatischen Deutschen. Zum Staats- und Nationalbewußtsein in Deutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/91, S. 3-12

Wie denken die Deutschen über sich selbst? Welches Bild haben die West- und die Ostdeutschen von ihrem Staat und ihrer Nation? Die Einstellungen zum Staat und zur Nation werden in der vorliegenden Untersuchung mit AlltagsEinstellungen in zentralen Lebensbereichen verknüpft. Die Grunddispositionen sind ambivalent: Die Deutschen lieben Mobilität und Reisen, Erlebnishunger und bunt-kreative Selbsterfüllung; gleichzeitig suchen sie die Sinnbefriedigung in überschaubaren Sinnzusammenhängen, Glück in Bindungen. Die Gesamtschau dieser Profilschichten der Nation lassen sich als ausgeprägter Pragmatismus kennzeichnen.

Die Westdeutschen sind demokratischer geworden. Sie engagieren sich für ihr stabiles politisches System, jedoch ohne Leidenschaft. Die Demokratie ist für sie nicht nur eine Staatsform, sondern viel umfassender vor allem eine Lebensweise. Für die Bürger der ehemaligen DDR hat sich der institutionelle Lebensraum aufgelöst. Zum Vorschein kommt, trotz größter Emanzipationsleistungen während der Umbruchphase, eine politisch-kulturelle Wertekontinuität kleinbürgerlicher Traditionen in Deutschland. Diese obrigkeitlich geprägte, kleinbürgerliche Wertesubstanz wie Etatismus, unpolitische Innerlichkeit, Konfliktscheu, Formalismus, Sicherheitsbedürfnis und das hohe Potential an Ausländerfeindlichkeit schwächen sich angesichts wachsender Pluralisierung, Differenzierung und Internationalisierung vermutlich ab.

Mit der Einheit wird klarer, für welche nationale Gemeinschaft die Deutschen das politische System betreiben. Indem die Nation am Ende der Teilung zur Alltäglichkeit wird, kehrt Normalität ein. Vieles deutet auf eine pragmatische Gegenwartsgebundenheit der Profile der Deutschen: Sie sind eingebunden in den Westen, demokratisch, national saturiert, verlässlich.

## **Roland Habich/Detlef Landua/Wolfgang Seifert/Annette Spellerberg: „Ein unbekanntes Land“ – Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden in Ostdeutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/91, S. 13-33

In diesem Beitrag werden vor allem auf der Grundlage des Wohlfahrtssurvey-Ost, der im Herbst 1990 in der früheren DDR durchgeführt wurde, Basisdaten zum Vergleich der objektiven Lebensbedingungen und des subjektiven Wohlbefindens zwischen Ost- und Westdeutschland präsentiert. Neben dem Wohlfahrtsgefälle zwischen beiden Teilen Deutschlands wird auf Ähnlichkeiten und Unterschiede sowohl in der sozialstrukturellen Gliederung als auch in Lebens- und Familienformen aufmerksam gemacht. Dabei wird illustriert, daß in einem Gesamtbild der Sozialstruktur quantitativ nur wenig Verschiebungen sichtbar werden; vermutete Veränderungen in einzelnen sozialen Lagen sind allerdings mit nicht unerheblichen Konfliktpotentialen verbunden.

Ein zentrales Ergebnis im Bereich des subjektiven Wohlbefindens lautet, daß sich nicht nur im Bereich grundlegender Wertorientierungen wesentliche Unterschiede zeigen; vor allem sind unterschiedliche konkrete Ansprüche und Erwartungen im Hinblick auf einzelne Lebensbereiche zu erkennen. Vor dem Hintergrund dieser Differenzen bewerten die Bürger Ostdeutschlands ihre Lebensverhältnisse wesentlich negativer als die westdeutsche Bevölkerung – das Wohlbefinden der ostdeutschen Bevölkerung ist alles in allem auf ähnlich niedrigem Niveau wie das westdeutscher Problemgruppen. Ausgehend von diesen Befunden wird die These vertreten, daß neben der notwendigen Angleichung der objektiven Lebensverhältnisse ein besonderes Augenmerk auf die vermutlich auch weiterhin „anderen“ Einstellungen und Ansprüche zu richten ist.

## **Dieter Fuchs/Hans-Dieter Klingemann/Carolin Schöbel: Perspektiven der politischen Kultur im vereinigten Deutschland. Eine empirische Studie**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/91, S. 35-46

Eines der Probleme der deutschen Vereinigung stellt das Zusammenwachsen der politischen Kulturen beider Teile dar. Dieses ergibt sich vor allem aus der Vermutung, daß das zentralisierte und autoritäre System der DDR gerade auf solche Persönlichkeitsmerkmale und Handlungsdispositionen eher negative Auswirkungen gehabt hat, die Grundvoraussetzungen zu einer demokratischen Staatsbürgerkultur bilden. Der empirisch ermittelte hohe Anteil entfremdeter und autoritärer Bürger in Ostberlin entspricht durchaus diesen Erwartungen.

Allerdings ist die Einschätzung der Ostberliner, den politischen Entscheidungsprozeß effektiv beeinflussen zu können und ihre Bereitschaft zur Anwendung eines Spektrums konventioneller und legal-unkonventioneller Handlungsformen ebenso ausgeprägt wie die der Westberliner. Dieser Sachverhalt kann im wesentlichen darauf zurückgeführt werden, daß die Bürger der DDR durch eigene Aktivitäten den Zusammenbruch ihres Regimes herbeigeführt haben. Vor allem aus diesem Umstand ergeben sich wider Erwarten eher positive Perspektiven der politischen Kultur im vereinigten Deutschland.